DEUTSCH-ARGENTINISCHE REMINISZENZEN

- Argentinische Politik - deutsche Diplomatie zu turbulenten Zeiten -

Heinz F. Dressel

Mai 2009

DEUTSCH-ARGENTINISCHE REMINISZENZEN

- Argentinische Politik - deutsche Diplomatie zu turbulenten Zeiten -

Heinz F. Dressel

I.) Die wirklich Verantwortlichen für die Leiden des argentinischen Volkes ...

"Abgesehen von allen politischen Differenzen unter uns, ist es uns allen völlig klar, wer die wirklichen Gegner und die Verantwortlichen für alle Übel, die unser Volk zu erleiden hat, letztendlich sind."

Dies erklärte in Paris eine Gruppe argentinischer Studenten - *"Colectivo Argentino por la Memoria"* - im Blick auf die für den 8. Dezember 2008 in der Universität Paris 1 angekündigte Rede des früheren argentinischen Wirtschaftsministers Domingo Cavallo. Er war vom "Lehrstuhl der Amerikas" der Universität Paris 1-Sorbone durch den argentinischen Prof. Guillermo Hillcoalt zu einem Vortrag über das Thema: "Die Geldpolitik der Schwellenländer" eingeladen worden.

Die argentinischen Studenten verteilten an die Teilnehmer der Konferenz Flugblätter, in denen über den politischen Werdegang des Referenten zur Zeit der Militärdiktatur unter Videla - einschließlich seiner illegalen Waffengeschäfte - berichtet wurde. Seine Karriere als Wirtschaftsminister scheiterte im Kontext der Tumulte vom 19. und 20. Dezember 2001, als die Frauen mit ihrem "Konzert der Töpfe" auf die Straße gingen.

Gleich zu Beginn seiner Rede - in englischer Sprache - begann ein solches "Konzert der Töpfe" und machte die Veranstaltung unmöglich. Die Studenten zwangen den "Professor einer Ökonomie der Schande" dazu, nach einstündigen tumultartigen Szenen den Saal zu verlassen. Die Sicherheitsbeauftragten der Universität kamen zu dem Entschluss, die Veranstaltung mit der Begründung zu annullieren, die französische Universität dürfe nicht der Straflosigkeit zuarbeiten und die Folgen intellektueller Handlungen zugunsten zerstörerischer Wirtschaftsmodelle, sei es in Argentinien oder in der ganzen Welt, ignorieren.

USA - der BIG BROTHER im Norden des Kontinents, galt als der "Hauptfeind", nicht der Militärs, sondern des argentinischen Volkes, ein tief eingefleischtes Feindbild, das sich auch bis dato im Prinzip nicht geändert hat, insbesondere seit *McDonalds*

fast food-Lokale und *Pizza Hut* die Städte zu überschwemmen begannen und die Präsenz des "großen Bruders" auch für den Mann auf der Straße mit Händen zu greifen ist.

Selbstverständlich greift die Bemerkung aus den Reihen des *"Colectivo Argentino por la Memoria"* in Paris viel tiefer als dies der Hinweis auf die US-*fast-food*-Überflutung etc. nahelegen könnte - und ja nicht nur in Argentinien. Es gibt neben *Coca Cola* und *McDonald* auch andere "Symbole", und beileibe nicht nur nordamerikanischer Couleur, die den Leuten in die Augen stechen: Frankreich ist da genau so vertreten wie Italien oder Schweden, um hier nur von europäischen Ländern zu sprechen. Und natürlich Deutschland.

In seiner Rede anlässlich der mir 2007 in Buenos Aires zuteil gewordenen Ehrung erinnerte der argentinische Außenminister Jorge Enrique Taiana daran, dass die Solidarität des Auslands zur Zeit der Militärdiktatur "gering und verkrampft" gewesen sei. Er beklagte nicht nur die weitgehende Unwissenheit und das Desinteresse der Welt bezüglich der Vorgänge in seinem Land, sondern da und dort sogar die Komplizenschaft mancher Länder mit denen, die „auf der anderen Seite der Mauer standen" - und derer waren viel! Umso bemerkenswerter sei die Tatsache, dass die Evangelische Kirche in Deutschland angesichts des Terrors in Argentinien nicht einfach zugeschaut habe, sondern bereit gewesen sei, dem Nächsten jenseits des Atlantiks in seiner Not beizustehen.

In einem vielbeachteten Fernsehfilm von Sabine Rollberg / Beate Schlanstein, der am 4.06.03 in einer Sendung ARTE, WDR unter dem Titel Verschwörung des Schweigens ausgestrahlt wurde, hieß es: "Die deutsche Bundesregierung und besonders das Auswärtige Amt haben diese Selbstverständlichkeiten [nämlich alle Mittel und Möglichkeiten zur Rettung deutscher Staatsangehöriger, die von Organen einer Militärdiktatur entführt und gefoltert werden, einzusetzen] in der argentinischen Militärdiktatur von 1976-83 auf so skandalöse Weise verletzt, dass Angehörige deutscher Verschwundener sich damals nur mit der Flucht in die Öffentlichkeit, mit Protestaktionen, Hungerstreiks und schließlich mit einer Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung gegen Bundesaußenminister Genscher, Beamte des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft in Buenos Aires zu helfen wussten. Insgesamt verschwanden unter dieser Militärdiktatur fast 100 Deutsche bzw. Deutschstämmige." [*"Mindestens 72 Deutschstämmige ... waren unter den 30000 Verschleppten und Ermordeten der argentinischen Militärdiktatur" (DER SPIEGEL 35 / 2000)*]

Der Bericht veranschaulicht das unglaubliche Versagen des Auswärtigen Amtes am Beispiel der beiden Deutschen Klaus Zieschank und Elisabeth Käsemann und stellt fest, dass kein einziger deutscher Verschwundener gerettet werden konnte. "Während 100 Deutsche entführt und ermordet wurden, avancierte die Bundesrepublik weltweit zum Waffenlieferanten Nr. 1 für die Militärjunta, schloss die

deutsche Industrie mit der Diktatur Verträge in Milliardenhöhe ab." Anstatt den Militärs Widerpart zu geben, "[...] hat ein Major des argentinischen Geheimdienstes im Beisein des deutschen Konsuls in der Botschaft die Angehörigen der Verschwundenen verhört und die Ergebnisse an seine Vorgesetzten in den Folterzentren weitergegeben, wo dann entschieden wurde, ob sie getötet wurden. Das gibt er heute offen zu."

Die ehemalige Justizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin schämt sich für eine solche deutsche Außenpolitik. In ihrer Laudatio anlässlich der Verleihung des Bremer Solidaritätspreises an Frau Elsa Sanchez de Oesterheld und Pfarrer Kuno Hauck am 21-2-2005 in Bremen erklärte sie: "[...] es erfüllt uns mit Scham, wie wenig damals der ehemalige Außenminister, aber auch andere Regierungsmitglieder gesehen haben, damals in der Zeit der argentinischen Militärdiktatur zu helfen und zu handeln, als noch Zeit und Möglichkeit bestanden haben, Menschen zu retten, die später ermordet wurden." Unter Bezugnahme auf die vergeblichen Bemühungen Prof. Käsemanns, seiner in Argentinien "verschwundenen" Tochter Elisabeth zu helfen, bekennt die frühere Justizministerin: "Ich habe auch meine eigene Wut als Abgeordnete noch gut in Erinnerung, wenn auf Anfragen an die Deutsche Botschaft in Buenos Aires, aber auch ans Auswärtige Amt selbst von honorigen Persönlichkeiten wie etwa der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Hamm-Brücher immer wieder Auskünfte erteilt wurden wie: "Eine Dame Käsemann in Argentinien ist nicht bekannt und dort seit 8 Jahren auch nicht gemeldet" - wie wir wissen, eine glatte Lüge. Oder, nachdem Prof. Käsemann darüber informiert hatte, dass und in welchem Folterlager seine Tochter nachweislich gefangen gehalten wurde und um Schutz und Hilfe für seine Tochter bat: "Ein Lager dieses Namens ist uns nicht bekannt" oder, dann später die Antwort, ja, die Militärs hätten Frau Käsemann gefangen, aber sie sei "wohlauf". Diese Auskunft gaben sie kurze Zeit bevor Elisabeth Käsemann liquidiert wurde. Wir wissen längst, dass deutsche Behörden hätten mehr eingreifen, entschlossener handeln und damit ermordete Menschen hätten retten können. Und uns beschämt die Berechtigung des Vorwurfs, die damalige Politik der sog. stillen Diplomatie sei in Wirklichkeit eine Politik des Nichtstuns gewesen." (Die Suche nach Gerechtigkeit, Bd. I, 2005, Nürnberg, März 2005, Koalition gegen die Straflosigkeit, NMRZ, S. 44)

Als Außenminister Jorge Enrique Taiana von der Komplizenschaft wichtiger ausländischer Akteure - *"complicidad de importantes actores internacionales"* - sprach, bezog er sich, entsprechend dem üblichen Sprachgebrauch, auf "befreundete Nationen" ebenso wie auch auf (Geschäfts)Partner, "Mitläufer", im besten Fall blauäugige oder aber auch durchtriebene Komplizen.

Im Zusammenhang mit der *complicidad* wurden - neben "befreundeten Nationen" - ganz selbstverständlich immer wieder auch große europäische, nordamerikanische oder internationale Konzerne genannt, aus der Bundesrepublik u. a. Daimler-Benz. Die Süddeutsche Zeitung überschrieb seinerzeit einen Artikel mit großen Lettern:

"Deutsche Hoffnungen in die Militärjunta" und bemerkte, es würden "Zugeständnisse an mehrere Wirtschaftsunternehmen in Argentinien erwartet." (5.4.76) Dies bezog sich offensichtlich auf deutsche Firmen wie Siemens, Dresdner Bank etc.

Während einer Pressekonferenz am 5.9.76 beim Staatspräsidenten, Generalleutnant Jorge Rafael Videla, an der auch ein deutsches Journalistenteam, das zur Teilnahme am Eröffnungsflug der Lufthansa eingeladen worden war, teilgenommen hatte, soll "der lockere und gutgelaunte Videla" u. a. auf "104 deutsche Firmen mit einer Gesamtinvestition von 120 Millionen US$", die in Argentinien tätig seien, Bezug genommen haben. (Von den Journalisten auf den "Fall Zieschank" hin angesprochen, verwies er auf die "offizielle Antwort" der argentinischen Regierung.)

2.) Der Militärputsch vom 24. März 1976

Der Staatsstreich unter Führung von General Jorge Rafael Videla sollte eine "neue historische Etappe", einen "Prozess der Nationalen Reorganisation" einleiten. So hatten die Militärs ihre Ziele seit dem Sturz Peróns immer wieder formuliert, z.B. zur Zeit Onganías in den kritischen Jahren vor und nach dem *cordobazo,* dem einschneidenden Aufstand der Arbeiter und Studenten in Córdoba 1969. In der Bezeichnung *cordobazo* verbinden sich im Prinzip zwei unterschiedliche Begriffe miteinander. einmal die Erinnerung an die Vorgänge vom 29. Mai 1969 in Córdoba, zum anderen geht es um die Markierung eines "epochalen Phänomens", wenn man so will, nämlich um bürgerlichen Widerstand einerseits, staatliche Gewalt andererseits, plus gewaltsamer oder bewaffneter Resistenz, die aus dieser Situation erwachsen war. Stets war die Absicht der Generäle "*estructurar un sistema político democrático, estable y eficiente, bajo la forma de gobierno republicana, representativa y federal, que asegure la libertad, el respeto y la protección de la persona humana*" - ein demokratisches, stabiles und effizientes politisches System zu schaffen, in Gestalt einer republikanischen, repräsentativen und föderalen Regierung, welche die Freiheit, die Achtung und den Schutz der menschlichen Person sicherstellt - so formulierte es der Nationale Sicherheitsrat nach der Entführung des Ex-Präsidenten Aramburu.

Das Programm der Junta orientierte sich im wesentlichen am Beispiel Brasiliens, wo sich am 13.12.68 mit dem "Institutionellen Akt Nr. 5, der den "Putsch innerhalb des Putsches" markierte, die Doktrin der "Nationalen Sicherheit" endgültig und aufs radikalste durchgesetzt hatte. Mit der Verabschiedung des "Institutionellen Aktes" war der Anfang zur restlosen Ausschaltung aller oppositionellen Gruppen und Kräfte aus dem politischen Leben gemacht. Die Ausschaltung politisch widerstrebender Elemente - einzelner Bürger, ganzer Institutionen und Gruppen - nahm dann

unaufhaltsam ihren Verlauf, und es setzte eine Welle von willkürlichen Verhaftungen politischer und gewerkschaftlicher Führer ein, bis schließlich eine vollständige Kontrolle aller wichtigen Bereiche der Gesellschaft bestand: der öffentlichen Verwaltung, der Ökonomie, des Transport- und Nachrichtenwesens, der Angelegenheiten der Binnenwanderung, des Flüchtlingsproblems, der Fragen der Erziehung und Bildung, der Religion - und zwar bis in den letzten Distrikt hinein. Die Steuerung der Unterdrückungsaktionen erfolgte im Nationalen Sicherheitsrat, der das Schritt für Schritt stärker entpolitisierte Volk unter strenger militärischer Disziplin hielt. Mit Hilfe des revolutionären Ausnahmerechts gelang es den Militärs, jeweils im rechten Augenblick alle notwendige Macht in den Händen der Exekutive zu vereinigen. Die Präsidenten waren in der Lage, das Land mit Notverordnungen zu regieren; jahrelang herrschte landesweit oder in bestimmten Regionen der Ausnahmezustand (*estado de sitio*), der es z.B. möglich machte, "völlig legal" willkürliche Verhaftungen vorzunehmen oder das Parlament zu schließen. Unter dem Schutz des Ausnahmerechts war es möglich, den "Notstand"oder das Kriegsrecht (mit dem Paragraphen zur Todesstrafe) auszurufen bzw. die gesetzlich garantierten Bürgerrechte außer Kraft zu setzen. In der Regel beschränkte sich die Regierung auf die Aufhebung der individuellen Rechte, z. B. des Rechts auf freie Meinungsäußerung, des Brief- oder Telefongeheimnisses, der in Lateinamerika seit jeher geheiligten Unantastbarkeit der Wohnung, des *habeascorpus*-Rechts und der Unverletzbarkeit der Person, des Anspruchs auf gerichtliche Klärung und Verteidigung im Falle einer Verhaftung usw. Die bürgerlichen Grundrechte verloren schlichtweg ihre Gültigkeit; so konnte etwa auch die Reisefreiheit willkürlich aufgehoben werden. Menschen wurden ohne jegliche Einbeziehung der Justiz inhaftiert und sassen oft jahrelang in Strafanstalten, ohne jemals erfahren zu haben, wessen man sie eigentlich anklagte. Schlimmer noch erging es denen, die bald das triste Heer der "*desaparecidos*" vergrößerten. Bisweilen wurden auch Mittel eingesetzt, die, laut Verfassung, dem "Belagerungszustand", dem "Kriegszustand" oder dem "Notstand" vorbehalten waren, z. B. die Aufhebung der Immunität gewählter Volksvertreter, die Beurlaubung oder Auflösung des Kongresses oder die Veranlassung von in der Verfassung nicht vorgesehenen Maßnahmen. Das revolutionäre Ausnahmerecht setzte die regierenden Generäle in die Lage, alle wichtigen Bereiche der Gesellschaft entsprechend zu beeinflussen und auf diese Weise unter vollständiger Kontrolle zu halten.

Marcia Carmo, Buenos Aires, wies in einem Beitrag für BBC Brasil (13.12.2008) *AI-5 influenciou regimes militares na América do Sul, dizem analistas* - darauf hin, dass nach Meinung zweier bekannter Analysten der *Ato Institucional Nº 5* (*AI-5*), der dem Militärregime in Brasilien unbegrenzte Macht verschafft hatte, den anderen Ländern Südamerikas für ihre Militärputsche als "Exempel" gedient hatte. Nach Meinung von Prof. Ricardo Israel, *Universidad Autônoma*, Chile, wollte jenes "neue Modell der Diktatur" zur Zeit des "kalten Krieges" nicht nur die Kommunisten "erledigen", sondern auch ein neues politisches System und eine neue Wirtschaftspolitik einführen. "Die Militärs hatten eine totalitäre Sicht, welche die

Kontrolle der Gesellschaft, der Kommunikationsmittel, der Legislative und der Gerichtsbarkeit einschloss, unterstrich R. Israel. Sein Fachkollege, Guillermo Holzmann, sieht es ebenso. "Die ideologische Grundlage (der Militärs) war die Doktrin der Nationalen Sicherheit, welche Brasilien mit dem AI-5 durch einen Prozess größerer Autonomie und mit einer Perspektive, die über die reine Neutralisierung der kommunistischen Gefahr hinausging, aufwertete." Brasilien sei auch das Vorbild zur Stunde der "Eliminierung der Aufständischen" - *insurgentes* - gewesen, mit dem Segen der Vereinigten Staaten, fügte R. Israel hinzu."In Brasilien brachte man militärische Praktiken für die Eliminierung der Gegner zur Anwendung. Dasselbe Modell wurde auch in anderen Ländern der Region angewendet." Der Unterschied habe darin bestanden, dass die Verfolgung in den Ländern, die Brasilien "kopierten" - wie Argentinien und Chile - noch intensiver und grausamer war, weil dort die Opposition viel stärker gewesen sei.

Eine von multipler Gewalt traumatisierte Nation atmete zuerst einmal auf, in der Hoffnung, damit sei der Spuk der letzten Jahre zu Ende. Seit den Tagen Irigoyens, also im Verlauf von nur einer Generation - 1930 bis 1976 - hatte es im Lande schließlich nicht weniger als sechs klassische Staatsstreiche gegeben.

3.) Zeittafel für die Jahre von 1930 - 1976

1930 Staatsstreich: Sturz des Präsidenten Irigoyen im Zuge eines Volksaufstands, hinter dem eine Clique von Offizieren steht, zu denen auch der Hauptmann Perón zählt. Das höchste Staatsamt wird von General José F. Uriburu übernommen.

1931 Wahlen. Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung. Präsident General Agustín P. Justo.

1938 Wahlen. Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung. Präsident Roberto M. Ortiz.

1940 Präsident Ortíz gibt sein Amt aus gesundheitlichen Gründen ab. Der Vizepräsident, Ramón S. Castillo, tritt an seine Stelle.

1943 Staatsstreich: Militärs stürmen die Casa Rosada Der Geschäftsführende Präsident Dr. Ramón S. Castillo flieht. Die *Gruppe der Vereinten Offiziere* (G.O.C) kontrolliert das Land (nomineller Präsident: Ramirez)

1946 Wahlen. Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung. Präsident Juan D. Perón.

1949 Änderung der Verfassung aus dem Jahre 1853.

1952 Wahlen. Kontinuität der konstitutionellen Ordnung. Präsident (durch Wiederwahl) General Juan Domingo Perón.

1955 Konservative Kräfte im Verein mit rebellierenden Truppenteilen aus der Provinz zwingen den Präsidenten Juan Domingo Perón zum Rücktritt und zur Flucht ins Exil. General Lonardi wird Chef einer katholisch-nationalistischen Regierung, jedoch kurz darauf von einer Militärjunta seines Amtes enthoben. Er wird bald von General Pedro Aramburu abgelöst.

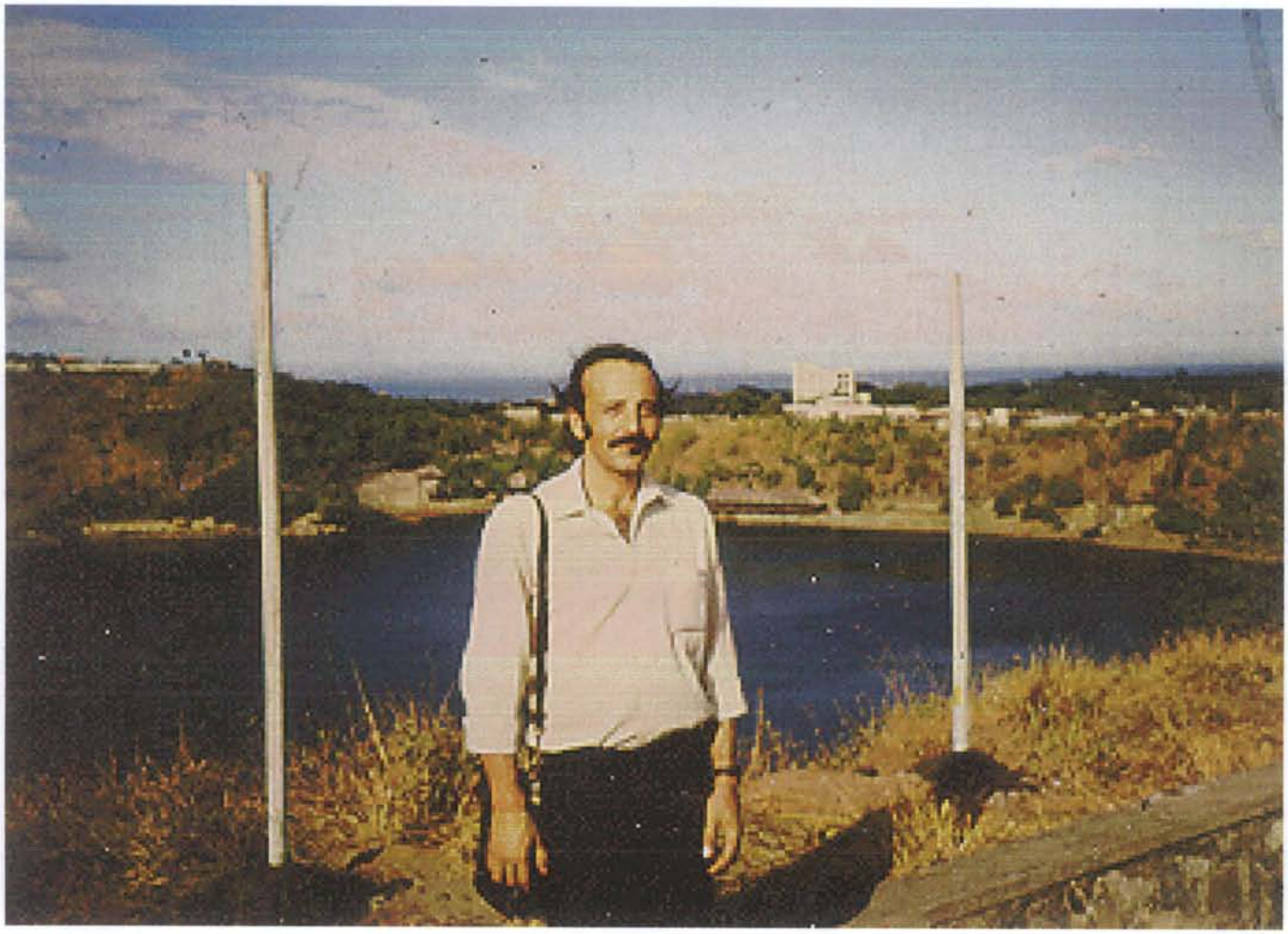
1958 Wahlen. Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung. Präsident Dr. Artur Frondizi.

1962 Staatsstreich: Sturz und Verhaftung des Präsidenten Arturo Frondizi.
1963 Wahlen unter Ausschluss der Peronisten. Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung. Präsident Dr. Arturo H. Illía.
1966 Staatsstreich unter General Ongania: Sturz des Präsidenten Arturo H. Illia, Auflösung des Parlaments und der Parteien. Staatschef: General Ongania.
1970 Ermordung des von Peronisten entführten Ex-Präsidenten Aramburu und Absetzung Onganias; Übergangspräsident General Levington.
1971 Militärjunta übernimmt unter Führung von General Alejandro A. Lanusse die Macht. Im Zeichen eines "ideologischen Pluralismus" Wiederzulassung der Parteien, Erwägung einer Rückkehr Peróns.
1973 Wahlen. Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung. Präsident José H. Cámpora.
1973 Rückkehr Peróns; Rücktritt Cámporas. Interimspräsident: Raúl Lastiri, (als Präsident des Parlaments). Wahlen. Präsident: General Juan Domingo Perón.
1974 Tod des Präsidenten Perón. Die Vizepräsidentin, Maria Estela Martínez de Perón, "*Isabelita*", übernimmt das höchste Staatsamt.
1976 Staatsstreich: Sturz "*Isabelita*". Generalleutnant Jorge Rafael Videla übernimmt - nach dem Interimspräsidenten Raul Lastiri - das Kommando der Nation.

4.) Der Wendepunkt *"cordobazo"*

Der "*cordobazo*" vom 29. Mai 1969 konnte als Spiegelbild der nationalen Situation betrachtet werden, jedenfalls bildete er den Auftakt zum "letzten Gefecht" des "Peronismus", der seit dem Sturz des *Caudillos* im Jahre 1955 mehr oder weniger in den Untergrund verdrängt worden war.

Meine ersten persönlichen Eindrücke vom *peronismo* gehen auf das Jahr 1972 zurück, als mir bei einem Besuch in Buenos Aires eine Zahnmedizinerin und lutherische Pfarrfrau namens Mercedes vorgestellt wurde, eine sozial außerordentlich engagierte Patriotin. Einer Familie entstammend, die der Sozialpolitik Peróns selbst viel zu verdanken hatte, war sie ganz selbstverständlich Mitglied der "Peronistischen Jugend" und später der Partei geworden - ein klassisches Beispiel, könnte man sagen, für die Jugend eines ganzen Volkes: Die jungen Leute hatten die Inklination zum Peronismus mit der Muttermilch eingesogen und von Kindesbeinen an den Glaubenssatz vernommen: *que de Perón abajo todos eramos iguales* (abgesehen von Perón sind alle Menschen gleich), wie es Álvaro Abós in seiner politischen Autobiographie ausdrückte. Das gesamte Leben der Argentinier war von einem Peronismus mythischen Charakters und von einer politischen Kultur geprägt, in deren Mittelpunkt die "Ikone" Perón stand. Zum Mythos Perón trug maßgeblich auch *Evita* bei, die nach ihrem Tode sozusagen zur Heiligen des Landes erhoben worden war. So engagierte sich also Mercedes in den 60er Jahren mit ganzem Herzen in einem Kreis von *Priestern für die Dritte Welt*. Prof. Obermüller von ISEDET hatte sie gebeten, den Besucher in die argentinische *"Realität"* einzuführen. In diesem Zusammenhang machte sie mich auch mit dem "Sozialzentrum Albert Schweitzer" im Hafenviertel der Capitale



bekannt. Der ganze Bau, eine einfache Baracke, war der Umgebung gut angepasst und war eher zu armselig und schmutzig als auch nur um ein Grad zu luxuriös ausgefallen. In diesem Zentrum wurde auch Volksschulunterricht gehalten. Die Kinder kamen aus einem Elendsviertel, das sich in der unmittelbaren Nachbarschaft gebildet hatte. Es gab auch einen kleinen Behandlungsraum für gynäkologische Untersuchungen. Die Kartei der Arztpraxis zeigte, dass es dort viele Klienten zu behandeln galt, gebührenfrei, versteht sich. Außerdem gab es eine öffentliche Dusche, die für 1 *Peso* benutzt werden konnte; die meisten Leute hatten ja in ihrer schlichten Behausung kein fließendes Wasser und waren auf öffentliche Duschen angewiesen. Man beabsichtigte 1972 im Sozialzentrum einen zahnärztlichen Betreuungsdienst aufzubauen, verfügte jedoch nicht über die notwendige Einrichtung, besass weder einen Behandlungsstuhl noch irgendwelche Ausrüstung. Man wollte zunächst ein Team von (ehrenamtlichen) Zahnärzten bilden und sich dann an "Brot für die Welt" wenden und um die Finanzierung eines Stuhles bitten. Ich hielt dies für eine sehr sinnvolle Investition und setzte mich dann in Deutschland für eine entsprechende Unterstützung ein.

In einem Brief vom 26.1.73 bedankte sich Mercedes für die Hilfe bei der Beschaffung eines gebrauchten Zahnarztstuhls für das *Centro Médico Social Albert Schweitzer* – wobei Dr. A. van Soest vom *Deutschen Institut für Ärztliche Mission (Difäm)* in Tübingen entscheidend mitgeholfen hatte – sowie für die Überweisung einer Geldspende und fügte eine Bemerkung über die politische Entwicklung in Argentinien bei: "Sie werden über die politische Situation in unserem Lande und über die infame Kampagne, welche die Regierung gegen die Volksbewegung, die durch die Nationale Befreiungsfront (eine Allianz zwischen dem Peronismus und anderen politischen Kräften) repräsentiert wird, im Bilde sein." Álvaros Abós' Bemerkung: "der Antiperonismus machte die Jugend zu Peronisten" entspricht exakt der damaligen Realität. "Als Führer der Jugend streben wir danach, das Glück des Menschen und die Größe des Vaterlandes und darüber hinaus die Einheit Lateinamerikas erfüllt zu sehen. Gegenwärtig spricht man von der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Vietnam, und es wäre wunderbar, wenn der Mensch damit begänne, sich Gott zu nähern, um den inneren Frieden, der in dieser Zeit so nötig ist, zu gewinnen", hieß es weiter in Mercedes' Brief.

Vier Wochen später berichtete sie: "Ich arbeite politisch auf nationaler Ebene zusammen mit einer Gruppe junger berufstätiger Frauen. Wir beschäftigen uns mit den Projekten, welche die Regierung der Justitialisten (Justitialistische Befreiungsfront) realisieren will. Auf Peróns Anordnung hin hat die Befreiungsfront als Kandidaten die Doktoren Cámpora für die Präsidentschaft und Solano Lima als Vize aufgestellt." Die *Frente Nacional Justicialista* bildete sich 1972 aus der Partei (*Partido Justicialista*) unter der Regie des in Madrid befindlichen Ex-Präsidenten Perón und seines in Argentinien agierenden Sachwalters, Héctor J. Cámpora. Des weiteren zählte zu dem Bündnis die Bewegung für Integration und Entwicklung (MID) unter Anführung des Ex-Präsidenten Frondizi und Rogelios Frigerios;

außerdem nahmen drei kleinere Parteien - *Partido Conservador Popular* unter der Führung von Vicente Solano Lima, der dann unter Cámpora als Vizepräsident agierte, und *Partido Popular Cristiano* unter Oscar Allende, sowie die *Unión del Pueblo Argentino* (Udelpa) unter Horacio Sueldo y Héctor Sandler - an der *Frente* teil. Diese Parteien trennten sich am Ende von der *Frente Justicialista de Liberación* (Frejuli), um die *Alianza Popular Revolucionaria* zu bilden. Bei der Wahl im März 1973 errang Frejuli satte 50% der Stimmen, während die APR 8% für sich zu verbuchen vermochte.

Mercedes fuhr in ihrem Brief vom Februar 73 fort: "Wir stellen fest, dass die geplanten Arbeitsprojekte vor allen Dingen die Kinder sowie die berufstätigen Frauen, einschließlich der Hausangestellten, im Blick haben. Es handelt sich um großartige Projekte, die jenen der einstigen Eva-Perón–Stiftung vergleichbar sind." Die *Fundación-Eva-Perón* wurde während des ersten Mandats des Caudillos (1946-1952) gegründet und von der Präsidentengattin geleitet. Die Opposition hatte stets daran Anstoß genommen, dass sich das Stiftungsvermögen aus "Spenden" speiste, die unter mildem Druck der Vorsitzenden eingegangen waren.

Am 26.3.73 schrieb Mercedes: "Ich nehme an, dass Sie durch die Presse über den totalen Triumph des Peronismus bei den Wahlen vom 11. März, dem Datum unserer Befreiung, informiert sind. Das Schwierigste steht nun erst bevor, nämlich die Etappe des Wiederaufbaus; unser Ziel ist der christliche nationale Sozialismus, den wir mit Gottes Hilfe erreichen werden." Der Enthusiasmus und die Euphorie jener Generation waren grenzenlos. Die Herzen der Studenten schlugen für die Ideale des Peronismus. Die gesamte Mittelklasse war peronistisch. Als 1973 der entscheidende Wahltag kam, war die gesamte argentinische Jugend voll "peronisiert". Der Peronismus der Jugend und die *guerrilla*, die *montoneros*, waren so etwas wie der Schaum auf einer riesigen Woge des Peronismus, Schaum als der geräuschvollste Sektor, der von sich reden machte, ohne jedoch tatsächlich das Zentrum gewesen zu sein. "1960 war Perón für die Jugendlichen ein schlimmes Wort. Damals haben wir uns seinetwegen in unserer Einsamkeit und in unserem Unverstand gebalgt. Zehn Jahre später war er der Prophet der Revolution," erinnert sich Álvaro Abós. "Ein Komplex nationaler und internationaler Umstände hatte den Sinneswandel erzwungen. Die kubanische Revolution und die *teoria foquista* Che Guevaras hatten die Jugend des gesamten Kontinents radikalisiert. Eine Welle jugendlichen Protests ging um die Welt: die chinesische Kulturrevolution, der *Mai 68* in Paris, das II. Vatikanische Konzil, in dessen Gefolge in Lateinamerika die Theologie der Befreiung Wurzeln schlug, welche die Verantwortung einer Kirche des Volkes für die Armen auf ihre Fahnen schrieb, ein Impuls, der sich in der *Bewegung der Priester für die Dritte Welt* manifestierte" - dies waren einige der nationalen und internationalen Faktoren, die dazu geführt hatten, dass praktisch die gesamte Jugend des Landes sich um Perón scharte.

Padre Carlos Múgica, einer der "Priester für die Dritte Welt", sagte später im mexikanischen Exil von der argentinischen Jugend jener Jahre: "Wir haben tiefen Respekt vor den jungen Katholiken, die, in der Überzeugung, dass die friedlichen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind, den Weg der Waffen gewählt haben, dem Beispiel San Martíns und "Che" Guevara folgend, und für die Befreiung ihrer Länder kämpfen ... Wir respektieren zutiefst ihre Option, die dem Glauben an Christus entspringt. Jesus Christus starb nicht im Bett, Jesus Christus starb am Kreuz, als Opfer einer Verschwörung der Autoritäten seiner Zeit, die ihn mit seiner Botschaft der Befreiung nicht zu ertragen vermochten. So glauben wir und sind mit Gottes Hilfe und im Bewusstsein unserer Schwäche bereit, vorwärts zu gehen bis zur letzten Konsequenz." (*El Caso Argentino, Hablan sus Protagonistas*, México 1977)

Am 29.3.74 berichtete Mercedes: "Ich fand eine Anstellung im Privatbüro von General Perón ... Bald darauf begann ich im Amt der Vizepräsidentin, Frau Perón zu arbeiten, stets im Bereich der Verwaltung, bis man meine Nominierung als Angehörige der Zahnmedizinischen Abteilung des "Instituts der Rentner und Pensionäre", in dem ich jetzt tätig bin, bewirkte ... Sie fragen mich nach der gegenwärtigen Situation des Landes ... Die Lage hat sich in letzter Zeit wesentlich verbessert, die Zahl der Arbeitslosen geht täglich zurück, man errichtet in einem beschleunigten Tempo Wohnungen. Sie haben ja selbst beobachtet, welche Tragödie der Wohnungsmangel in ganz Lateinamerika ist ... Es besteht ein Dreijahresplan der Regierung, der alle Aspekte berücksichtigt und der termingerecht erfüllt werden wird. Es ist nur zu bedauern, dass es Leute gibt, die, anstatt das Positive zu sehen, lediglich auf die Fehler blicken. Sowohl die Marxisten der Ultralinken als auch die Leute der Ultrarechten beschmutzen den Prozess. Anstatt den Frieden zu suchen, trachten sie nach Krieg ... Ich bin davon überzeugt, dass uns die Doktrin des Generals Perón mit ihrer Vision vom "Dritten Weg" einen wichtigen Platz unter den Völkern der Dritten Welt sichern wird."

In einem Gruß zum Jahreswechsel vom 17.1.77 antwortete Mercedes auf die besorgte Anfrage des Vf. bezüglich ihres Ergehens noch vollkommen sorglos: "Ich kann Ihnen nur sagen, dass es keinen Anlass für Ihre Besorgnis gibt und dass es mir gut geht ... Es ist mir gelungen, mein Leben wieder zu ordnen, ich habe mich verheiratet und habe noch einen dreijährigen Sohn und betrachte mich als sehr glücklich ... und obwohl es noch nicht lange her ist, dass ich von der Kirche nichts mehr wissen wollte, hat mir die Lektüre Ihrer Botschaften in den Nachrichten des Ökumenischen Studienwerks in dieser konfliktreichen Zeit spirituell sehr geholfen."

Es konnte nicht ausbleiben, dass Mercedes als eine Person, die im Privatsekretariat Peróns und der Vizepräsidentin etc. mitgearbeitet hatte, als *Camporista* denunziert und danach monatelang von Unbekannten telefonisch belästigt wurde. Im Februar 1977 setzte eine verstärkte Welle des Psychoterrors ein, bis hin zu dem Versuch, die einst besonders von *Isabelita* Perón Protegierte nach bewährtem Muster mit einem Pkw zu überfahren. Mehrere Kollegen aus dem "*Ministério de Bien-Estar-*

Social", in dem sie tätig war, waren in jenen Wochen ermordet aufgefunden worden. Mitte März kam es in der Hauptstadt zu einer umfassenden Verhaftungsaktion, der vor allem Angehörige des, vormals von López Rega geleiteten, Wohlfahrtsministeriums zum Opfer fielen. Der frühere Rektor der Nationalen Universität in Buenos Aires, Rodolfo Puiggrós, den ich später in seinem Refugium in Mexico-City besuchte, hat von López Rega behauptet, er sei ein Mann des CIA gewesen. "Die Zentren der weltweiten Spionage hatten die Erfahrung mit Evita. Man mußte Perón eine Anti-Evita an die Seite stellen. Isabelita war schlicht und einfach ein Mittel, dessen sich López Rega bediente, um selbst in das Umfeld Peróns zu gelangen und unersetzbar zu werden. Während wir gegen die Militärdiktatur und für den Sozialismus kämpften, arrangierte sich López Rega mit der CIA und war zweifellos mit den Geheimdiensten des Imperialismus in Verbindung. So sieht die Wahrheit aus." (Alejandro Dorrego, Victor Azurduy, *El Caso Argentino, Hablan sus protagonistas*, Editorial Prisma, S.A., Serie América Latina: Los actores, México 1977) In der letzten Märzwoche 1977 erschien Mercedes aus Angst um ihr Leben nicht mehr in ihrem Büro, sondern hielt sich bei Verwandten verborgen. Nach einem verzweifelten Hilferuf, der das ÖSW über einen USA-Reisenden erreichte, wurde der akut Gefährdeten die Einreise in die Bundesrepublik ermöglicht, wo sie Mitte April - ohne die Familie (die später nachkam) – eintraf.

Wie die junge Zahnärztin Mercedes waren zur Zeit Peróns unzählige junge Leute zunächst entscheidend von der Religion, die ihr "soziales Gewissen" geweckt hatte, motiviert und fanden sich am Ende in politischen - zum Teil militanten - Bewegungen wieder. So beschreibt es auch Teté Piñero, deren politischer Weg dem der idealistischen Zahnmedizinerin, einschließlich des endlichen Exils, weitgehend ähnlich ist: "Die Botschaft Paulo Freires hatte mein Leben verändert. Es begann nach dem Vaticanum II und nach Medellin, im Gebiet der alten jesuitischen Mission. Im Rahmen der katholischen Kirche hatten unser Engagement begonnen und wir waren nicht mehr weit von dem Augenblick entfernt, an dem wir post-konziliaren Katholiken unserer politischen Verantwortung gewahr wurden. In jenen Tagen lernte ich meinen Mann kennen und im Bewusstsein unseres religiösen und sozialen Auftrags verschrieben wir uns beide dem Kampf um Gerechtigkeit für jene, die immer nur die Brosamen vom Tisch der Herren bekommen hatten. Mein Mann fiel in die Hände der Repression und wurde ermordet. Sieben Monate später begab ich mich mit unserer dreijährigen Tochter ins Exil, ins Nirgendwohin, es hätte Bangkok oder Australien sein können, es war alles einerlei; doch ich landete in Paris und fand schließlich eine Bleibe in der Schweiz. Der Ökumenische Rat der Kirchen öffnete mir seine Tür, ich bekam dort eine Stelle und konnte an der Genfer Universität mein Studium fortsetzen."

Eine wichtige Rolle bei der Motivierung besonders junger Menschen spielte die "*Bewegung der Priester für die Dritte Welt*", von der auch Mercedes sprach und unter deren Einfluss auch Teté zur Mitarbeit im "Kampf um Gerechtigkeit" gelangt war. Es war die Blütezeit der "Theologie der Befreiung", und dies war zugleich eine

Zeit der Widersprüche, übrigens gerade auch bezüglich des Verhältnisses von Hierarchie und Klerus. Dieser Widerspruch ist nirgends derart eklatant in Erscheinung getreten wie in Argentinien. Chile hatte den unerschrockenen Kardinal Silva Henríquez, Brasilien Dom Paulo Evaristo Arns und Dom Hélder Câmara; die Hierarchie in Argentinien hegte wohl eher Sympathie zu Leuten wie Padre Christian von Wernich. Bei den "Priestern für die Dritte Welt" in Argentinien dagegen war stets deutlich eine Inklination zu linken Ideologien zu erkennen, vor allem zum "Linksperonismus" - *montoneros* - oder auch zum "Trotzkismus" - *Ejercito Revolucionário del Pueblo* (ERP). Bei dieser, an Kuba, China und Vietnam orientierten, "Revolutionären Volksarmee" handelte es sich um eine rein von der Ideologie des Marxismus geprägte bewaffnete Terrororganisation analog zur "Revolutionären Arbeiterpartei" - *Partido Revolucionario de los Trabajadores* (PRT). Sie machte seit dem *cordobazo* (1969) von sich reden. Als sich die politische Situation im Lande auch nach dem Triumph des Peronismus im Jahre 1973 nicht wesentlich veränderte, ging sie, im Gegensatz zu den *montoneros*, in den Untergrund und nahm nach Cámporas Rücktritt ihre bewaffneten Aktionen wieder auf. Ihre Basis war vor allem die Region Tucuman. Auf Anordnung der Präsidentin Isabel Martínez de Perón griff dort die Armee massiv ein, um die Untergrundbewegung auszuschalten.

In der Anfangszeit waren die *montoneros*, analog zur Entwicklung der *guerrilla*-Bewegung in Brasilien, aus den Reihen der katholischen Jugend gekommen. Es war allerdings klar, dass es sich dabei um eine entschieden peronistische Bewegung handelte, was dann 1973 faktisch zum Zusammenschluss mit FAR (*Fuerzas armadas revolucionarias*) führte. Von ihrem ursprünglichen Idol Perón barsch abgelehnt, entwickelte sich die Ideologie der *montoneros* immer mehr von einem christlichen zu einem marxistischen Selbstverständnis.

Im Juni 1968, nach dem "*cordobazo*", wandten sich die *Sacerdotes para el Tercer Mundo* mit einem Manifest an die Öffentlichkeit, in dem es u. a. hieß:

"Wir, die regionalen Koordinatoren der *Bewegung* ..., die ca. 400 Priester im gesamten Land umfaßt, haben uns in der Stadt Córdoba mit dem Ziel versammelt, die schwerwiegenden Ereignisse die dort in den letzten Maitagen zu verzeichnen waren, zu erkennen und zu analysieren. Als Bürger dieses Landes und Priester Jesu Christi fühlen wir uns verpflichtet, der öffentlichen Meinung unsere Feststellungen hinsichtlich dieser Vorfälle und das Ergebnis unserer Analyse zur Kenntnis zu bringen.

Wir konnten feststellen, dass eine in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkte Presse wie auch eine Reihe von Bekanntmachungen, "Botschaften" und offiziellen Erklärungen, die im Land verbreitet wurden, ein völlig verzerrtes Bild der Ereignisse von Córdoba und eine willkürlich tendenziöse Interpretation ihrer Ursachen und

Motive verbreitet haben. Angesichts dieser Situation glauben wir erklären zu müssen:

1. Es ist falsch, dass die Brände und Verwüstungen, die zu verzeichnen gewesen waren, einem "*plan premeditado*", einem vorbereiteten Plan zur Ausführung wahlloser vandalistischer Handlungen entsprochen hätten. Wir konnten nachweisen, dass alles mit einem friedlichen Marsch unbewaffneter Arbeiter und Studenten begann, die sich genötigt sahen, sich mit allem, was sie zur Hand hatten, zu verteidigen, als sich die Polizei ihrer Feuerwaffen bediente und einige der Manifestanten aus dem Hinterhalt tötete. Wir verstehen, dass ihre Empörung sie zu dem Punkt führte, Eigentum und Fahrzeuge derjenigen anzuzünden und zu zerstören, die sie für diese Situation für verantwortlich hielten. Bei allen Objekten, die sie angriffen, handelte es sich um Eigentum des Staates, der Streitkräfte oder prominenter Angehöriger der Oligarchie...

2. Es ist falsch, dass die Vorfälle vom 29. und 30. Mai in Córdoba von ausländischer Hand oder von "extremistischen Gruppen, die ausländische Interessen vertreten" gelenkt worden seien. Ganz im Gegenteil, wir sind davon überzeugt, dass es sich um eine spontane Reaktion der Bevölkerung von Córdoba handelte, die in Übereinstimmung mit einer gewaltigen Mehrheit von Landsleuten der Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Verfolgung, welche eine Minderheit von Privilegierten gegen sie ausübt, müde ist.

3. Das Bild einer von Heckenschützen dominierten Stadt, die wahllos auf die "Ordnungskräfte" feuern, ist gleichermaßen unzutreffend."

In der Analyse der regionalen Koordinatoren ist dann zu lesen: "Die Ereignisse in Córdoba wie auch zahlreiche andere, kleineren Ausmaßes, die das Land in jüngster Zeit erlebte, drücken das tiefe Bedürfnis nach einem menschlicheren Leben aus, den Wunsch nach einer Gesellschaft, die auf ein wahrhaftigeres Fundament erbaut ist und die volle Entwicklung des nach Gottes Ebenbild erschaffenen Menschen ermöglicht; ein Wunsch, der, wenn er keine legitimen Kanäle findet, sich auszudrücken, dieses in immer explosiverer Weise tut."

Es schließt sich ein "Appell an diejenigen, die gegenwärtig die Macht innehaben", an: "Sie sollen die Waffen niederlegen, ehe es zu spät ist. Die Macht des Volkes lässt sich nicht unterdrücken. Wer sich dieser Macht entgegenstellt, hat die Schlacht bereits verloren."

Mittlerweile hatte die *Comision Permanente del Episcopado Argentino* den Sacerdotes *para el Tercer Mundo* eine entsprechende Erklärung zukommen lassen (12.8.70), in welcher die Existenz und die Prinzipien dieser Bewegung verurteilt worden waren, insbesondere wegen der Zustimmung zum Sozialismus.

Im Oktober 1970 erfolgte die Antwort der "Bewegung der Priester für die Dritte Welt" an die *Comisión Permanente*:

"Die Ablehnung der für die Priester der Dritten Welt geltenden Prinzipien durch die *Comisión Permanente* beruht vor allem auf deren Zustimmung zu den Grundsätzen des Sozialismus, dessen Ideologie über weite Strecken als nicht mit dem gottgegebenen Naturrecht und damit auch mit der katholischen Soziallehre übereinstimmend betrachtet wird. Außerdem vertritt die Hierarchie die Auffassung, es stehe dem Priester nicht zu, sich mit Angelegenheiten zu befassen, die in die Kompetenz der weltlichen Macht fallen.

So beruft sich die *Comisión Permanente* z. B. auf die Enzyklika "*Mater et Magistra*" (109), die das bleibende Recht auf Privateigentum unterstreicht, was auch mit Zitaten aus der Enzyklika "*Populorum Progressio*" und aus Texten von Pius XII aus dem Jahre 1944 bekräftigt wird.

Die *Priester für die Dritte Welt* betonen demgegenüber, dass die Dokumente über Gerechtigkeit und Frieden von Medellín eine ganz andere Sprache sprechen. Sie stellen Lateinamerika als einen Kontinent von nahezu universaler Frustration dar. Die Diagnose der Konferenz von San Miguel bezog Argentinien in dieses Bild ein und sprach von einer "ungerechten Struktur", deren Wurzeln weit in der Geschichte zurück liegen."

Die argentinischen Bischöfe werden eindringlich auf die Essenz der Konferenzen von Medellín und San Miguel hingewiesen und aufgefordert, daran zu denken, wenn sie sich anschickten, den Gebrauch von Gewalt zur Befreiung der Unterdrückten zu verurteilen oder abzulehnen. Bei der Konstruktion des Sozialismus sei zwar nicht zwingend Gewalt vonnöten, es hänge vielmehr davon ab, in wessen Händen sich die Privilegien befänden. Schließlich wird die *Comisión Episcopal Argentina* eingeladen, zu passender Zeit mit einigen der vom *Movimiento de Sacerdotes para el Tercer Mundo* benannten Priestern ernsthaft in ein ehrliches Gespräch über die hier angesprochenen Themen einzutreten. (*Polemica en la Iglesia, Bispos Argentinos y Sacerdotes del Tercer Mundo*, ediciones búsqueda, Octubre 1970)

Es ist gut, sich in diesem Zusammenhang die politische Chronologie des Landes noch einmal zu vergegenwärtigen: 1966 kam es mittels eines Staatsstreichs unter Führung General Onganias zum Sturz des Präsidenten Arturo H. Illia und zur Auflösung des Parlaments wie auch der Parteien. Der neue Staatschef wurde *Tenente General* im Ruhestand Juan Carlos Ongania. Die Mehrheit der Bevölkerung nahm seine Regierung wie ein Naturereignis hin. Es gab allerdings Ausnahmen. Niemand war wirklich überrascht, aber keiner erwartete, dass Ongania sein Volk in schwerste Proben - "*en la tormenta*" - lenken werde. Das öffentliche Leben war mehr oder weniger "steril"; der echte politische Diskurs fehlte ebenso wie das soziale Engagement. Die Jugend lechzte nach politischen Debatten, die sie

dann in Schule und Kirche suchte. Mangels einer echten politischen Auseinandersetzung kam zunehmend eine aggressive Opposition auf, die schließlich auch vor der Gewalt nicht zurückschreckte.

Julio Santucho, Mitglied des *Ejercito Revolucionário del Pueblo* (ERP) und des *Partido Revolucionario de los Trabalhadores* (PRT), erinnerte sich im mexikanischen Exil an seine Erfahrungen in der Partei und in der *guerrilla*. Seine Brüder gründeten in der Provinz Santiago das *Centro de Investigaciones Socioeconomicas*. Sie veranstalteten *peñas americanistas*, man studierte die Kultur der Inkas, Mayas, Aymaras und lernte Quechua; man gründete sogar ein zweisprachiges Periodikum, in Spanisch und Quechua. Es herrschte großes Interesse für diese Dinge. Während Julio in Tucumán lebte, nahm er an allen diesen Aktivitäten teil. Zur Mobilisierung der Massen in Tucumán trug gerade auch die Gewerkschaft ein gut Teil bei, vor allem die *Federación Obrera de Trabajadores de los Indigenios Azucareros* (FOTIA), deren Führung zum Teil vom Peronismus herkam. Was die Mobilisierung der Studenten betraf, war das *Movimiento Estudantil Relaciones Obreras* (MERO) ein wirksames Vehikel. Es waren antiimperialistische Initiativen, die man 1956 für die Studenten entwickelt hatte. Unter den Mitgliedern der *Frente Indigena Popular* (FRIP) wuchs die Sympathie für den Freiheitskampf in Kuba und die Sympathie für den Sozialismus. Der Sieg der Revolution in Kuba hatte große Begeisterung unter der argentinischen Studentenschaft entfacht. Im Dezember 1962 begann eine Gruppe der Linken unter dem Kommando des Journalisten Jorge Masetti in der "*selva*" den bewaffneten Kampf aufzunehmen und verstand sich am Beginn der entscheidenden Phase eines Prozesses offener und "prolongierter" Kriegsführung.

Die Partei entwickelte sich im städtischen und ländlichen Proletariat sowie unter den Studenten und in weiteren revolutionär gesinnten Sektoren der Bevölkerung und vertrat das Konzept und die Strategie eines "revolutionären prolongierten Krieges". Die Genossen aus der Arbeiterschaft bemühten sich darum, den Marxismus-Leninismus zu begreifen und arbeiteten daran, ein wissenschaftliches Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung zu erwerben, dazu solide Kenntnis hinsichtlich der praktischen Anwendung der Lehre des Marxismus im Klassenkampf.

Nach dem Staatsstreich 1966 suchte Ongania die Entwicklung der revolutionären Kräfte im Land zu bremsen. Eines seiner wichtigsten Ziele war, das Zuckerproletariat in Tucumán, das sich seit Beginn der 60er Dekade zu mobilisieren begonnen hatte, mit allen Mitteln in Schach zu halten. In Bella Vista war es zu einem gewaltigen Zusammenstoß gekommen, bei welchem die Arbeiter die Polizisten besiegten, so dass diese im Polizeikommissariat hatten Schutz suchen müssen. Damals kam der Gedanke an eine wirksamere Form des Kampfes gegen die Diktatur auf. Man hatte die Erfahrung gemacht, dass man die Diktatur nicht mit Steinen bekämpfen konnte. Die Leute wollten sich bewaffnen und in einigen Kolonien Kollekten zur Anschaffung von Waffen erbitten. Die Partei kam zu

dem Ergebnis, dass sie nicht hinter den Aspirationen der Massen zurückbleiben durfte, sondern als erste handeln musste.

Bald war jedoch zunehmender Einfluss des Kleinbürgertums innerhalb der Partei zu registrieren. Während auf der einen Seite die Mehrheit in der Partei die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zu betonen begann, mahnte die andere Seite zur Ruhe und Geduld, da die Voraussetzungen für den revolutionären Kampf noch nicht gegeben seien. Die treuen "Parteisoldaten" billigten die Aufnahme der *lucha armada* zu jenem Zeitpunkt nicht. Die Erfahrung im Kontext der "Arbeit mit den Massen" bewahrte sie davor, in den *desviacionismo* und in unangebrachte Eile bezüglich der Aufnahme des bewaffneten Kampfes zu verfallen. Die Gefahr, dass alle Kämpfer auf einen Schlag ihr Leben verlieren könnten, ohne etwas für die Sache der Revolution gewonnen zu haben, bewog die führenden Leute der Partei, gegenüber jeglichem *apresuramiento* zurückhaltend zu bleiben. Die *lucha armada* hatte sich unter allen Umständen in Übereinstimmung mit dem Willen der revolutionären Partei zu befinden. Es nahm mehrere Jahre in Anspruch und zunächst fand eher eine *lucha interna* statt,, bevor es zu einer gemeinsamen Willensbildung der Partei und ihrem "verlängerten Arm" kam.

1967 wurde die Diskussion von Che Guevaras Aktionen in Bolivien beflügelt und inspirierte zahlreiche Bewunderer. Als der Guerrillaführer dann erschossen wurde, nahmen die maßgeblichsten Parteistrategen von dem Gedanken an eine solche Art der Kriegsführung Abstand und sprachen von der *guerrilla "guevarista"* als einer kleinbürgerlichen Verzweiflungsalternative. Die untergründig vorhandenen ideologischen Differenzen konnten letztlich nicht ausgeräumt werden. Der Wunsch, künftige Kämpfer in Kuba ausbilden zu lassen, überdauerte in den Köpfen mancher Genossen derartige Phasen der parteiinternen Diskussion und eines Tages wurden dann doch *militantes* nach Havanna entsandt, um später, nach einem militärischen Training, in irgend einer argentinischen Guerrillagruppe zu agieren. Schließlich waren auch die beim IV. Kongress anwesenden Genossen zu dem Ergebnis gekommen, dass es durchaus eine *responsibilidad militar del Partido* gab. Um 1968 war Tucumán dann ein wichtiger Nukleus der Landguerrilla. Die erste große Aktion war ein Überfall auf eine Bank - *Banco Escobar* -, bei dem man 64 Millionen *Pesos* erbeutete. Eine Reihe von *guerrillas* geriet bei dem Unternehmen in Gefangenschaft.

Die jungen Genossen der Region Tucumán hatten sich gegenüber der Parteispitze durchgesetzt. Die Mehrheit von ihnen befand sich bereits mitten im Kampf gegen die Diktatur; sie hatten sich bereits den Panzern entgegengestellt und Bombenangriffen standgehalten. Die Gründung des ERP erfolgte 1970. Bereits die Mobilisierung der Massen 1969 in Córdoba entsprach einer vorrevolutionären Bewegung und kennzeichnete eine allgemeine Offensive der Bevölkerung gegen die systematische kapitalistische Unterdrückung. Zugleich mit dem Beginn dieser Mobilisation entstand die "revolutionäre Vorhut", gesplittet in verschiedene

08/08/2007

25 MAYO 1810
JUICIO Y CASTIGO

Guerrillaorganisationen: "*Montoneros*", FAR, FAL und ERP, eine Frucht der Revolutionären Arbeiterpartei. (*El Caso Argentino, Hablan sus Protagonistas*, México 1977)

"Argentinien verwandelte sich in einen Tummelplatz internationaler terroristischer Sekten, die auf diesem Exerzierplatz ihre Erfahrungen sammelten; es gab aber auch bewußte oder unbewusste Helfer. Jedenfalls begann sich damals die Gewalt in die Antriebskraft des gesamten Landes zu verwandeln - wie es Videla später einmal - durchaus zutreffend - ausgedrückt hat." (Alejandro A. Lanusse, *Mi Testimonio*, Lima 1977) Mit Ongania hatte das Klima der Gewalt im Lande ständig zugenommen, bis es in Córdoba zu einem vorläufigen Kulminationspunkt kam und in ganz Argentinien kein Zweifel mehr darüber bestehen konnte, in welcher Lage sich die Nation tatsächlich befand.

Die Diktatur Onganias und seiner Nachfolger sei eine *fábrica de peronismo* gewesen. Junge Leute, die bislang politisch völlig uninteressiert gewesen waren oder auch eifrige Anhänger eines vorkonziliären Katholizismus, denen aus diesem Grunde die modernen Ideen Peróns missfallen hatten, andere die vielleicht scharfe marxistisch orientierte Kritiker gewesen waren: sie alle hatten sich sozusagen über Nacht in fanatische Peronisten verwandelt. Allerdings seien auch gerade diejenigen, die zuletzt auf den Dampfer aufgesprungen seien, zugleich die Ersten gewesen, die ihn wieder verlassen hätten, konstatiert Álvaro Abós. *(El Posperonismo*, Editorial Legasa, BsAs 1986)

Nicht nur der *cordobazo* (1969) fiel in Onganias Amtszeit, sondern auch die Ermordung des von Peronisten entführten Ex-Präsidenten Aramburu (1970). Dies zog unweigerlich die Absetzung Onganias und die Einsetzung General Levingtons als Präsident des Übergangs nach sich. 1971 übernahm eine Militärjunta unter Führung von General Alejandro A. Lanusse die Macht. Im Zeichen eines "ideologischen Pluralismus" erfolgte darauf die Wiederzulassung der Parteien. In diesem Zusammenhang wurde auch die Erwägung einer Rückkehr Peróns ins Land (und an die Macht) wieder salonfähig.

Es war deutlich geworden, dass eine Kluft zwischen den Streitkräften und der großen Mehrheit des argentinischen Volkes bestand, und dass die Militärs im Begriff waren, das Ruder der Nation wieder fest in ihre Hände zu nehmen. Die *West-Point*-Doktrin kam wieder in Erinnerung: Wenn die zivile Regierung versagt und das Volk zu schwach ist, eine Änderung der Politik herbeizuführen, hat die Armee einzugreifen.

Am *Día del Ejército*, dem 29. Mai 1969 war der Zustand der Nation allen erschreckend deutlich geworden.

Am Morgen jenes Tages hatten sich in Córdoba die Arbeiter der Autoindustrie, der Stromversorgung und andere Gruppen zusammen mit Studenten und Angehörigen der freien Berufe unter dem Beifall der ganzen Bevölkerung - die auf diese Weise ihre Unzufriedenheit mit der Regional- und Zentralregierung zum Ausdruck brachte - zu einem friedlichen Protestmarsch auf den Weg zum Justizpalast gemacht. Gegen 11.15 Uhr begannen die Ordnungskräfte damit, die Demonstranten mit Tränengasbomben am Weitermarschieren zu hindern. Gegen Mittag wurden an verschiedenen Stellen Barrikaden errichtet und es waren die ersten Brände in der Stadt zu verzeichnen. Die Sympathie der Bürger gehörte zweifelsohne den Demonstranten. In den Wohngebieten der Mittelklasse wurden diesen sogar mit Benzin gefüllte Kanister gereicht.

Bereits in den Vormittagsstunden fanden sich in den Hospitälern Verletzte zur Behandlung ein. Ein bekannter "Peronist", der Arbeiter Máximo Mena, war der Erste, der bei den tumultuösen Ereignissen des Tages ums Leben kam. In den Nachmittagsstunden wurden auch Truppen der Armee gegen die Demonstranten eingesetzt. Nach Berichten aus Militärkreisen soll es zum Zeitpunkt des Eingreifens der Armee (15.45 Uhr) nur noch Aktionen von "Subversiven", *agitadores profesionales*, gegeben haben, unter diesen allerdings auch einige *francotiradores* - Heckenschützen - die mehrere Soldaten verletzt hätten.

General Carsagrio konstatierte im nachhinein "eine massive Manifestation der Unzufriedenheit der Einwohnerschaft mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen." Bei den *subversivos* habe es sich nur um eine kleine Minderheit gehandelt.

Am folgenden Tag vermeldeten die Medien, es habe bei der Manifestation am Vortag in der Stadt 4 Tote und 25 Verletzte gegeben, Hunderte seien festgenommen worden.

Bezeichnend für das damalige Klima im Lande ist die Tatsache, dass nach den gravierenden Ereignissen in Córdoba u. a. das Gerücht aufkam, die Organisatoren des *cordobazo* hätten sich der indirekten taktischen Unterstützung seitens der Armee oder der Regierung - z.B. der C.G.T. (Gewerkschaft) - bedient.

Die Regierung ihrerseits konnte nicht laut genug von einem "wahrhaftigen Klima der Subversion" sprechen "perfekt organisiert und geplant". Der Präsident unterstellte den Urhebern des *cordobazo* die Absicht, sie wollten einen "Bürgerkrieg um jeden Preis" herbeiführen.

Eine erkennbare Staatskrise hatte der 29. Mai 1969 auf jeden Fall bewirkt: sämtliche Minister reichten ihr Rücktrittsgesuch ein. Etliche unter ihnen suchten sogleich Kontakt zu den "Insurgenten". Es ist schon bemerkenswert, wenn Alejandro A. Lanusse, später aus dem Exil bemerkt, die terroristischen Formationen

der Linken der 70er Dekade hätten sich großenteils (in einem Fall ausschließlich) von der Unterstützung der extremen Rechten genährt. "*Una alianza con Dios y el Diablo*" - eine Allianz von Gott und dem Teufel - nennt es der Autor. "*Los jovenes radicalizados del peronismo, inmigrantes políticos que habia llegado del nazifacismo o del marxismo trotzkista en número sustancial, constituían los llamados "bombos nuevos" del movimientom con capacidad de movilización y combatividad bélica ...*" (*Mi Testimonio*, S. 17; 230)

Der *montonerismo* , wie er ein Jahr später in Erscheinung treten sollte, zeichnete sich bereits ab. Für die Jugend hatte das ihr quasi eingeimpfte Gegensatzpaar Marxismus - Christentum keine Bedeutung mehr, auch nicht der angebliche Antagonismus Marxismus - Nationalismus. Worum es ihr ging, war der Antikapitalismus. Die akademische Jugend las Sartre und Paulo Freire. Bei den Seminaristen war es nicht anders. Die Studenten gingen auf die Straße und reizten damit den Tiger mit der kurzen Peitsche. Dies kostete in jenen Maitagen in Corrientes (*"correntinazo"*) dem 22jährigen Juan José Cabral und in Rosario dem ebenfalls 22jährigen,als engagierten katholischen *terceromundista* bekannten Alberto Ramón Bello das Leben. Auch in Buenos Aires hatte es bei Manifestationen 20 Verletzte gegeben und 160 Demonstranten wurden festgenommen. In Rosario fiel der nur 15jährige Metallarbeiter Roberto Blanco der Repression zum Opfer (*"rosariazo"*). In Tucuman spielten sich ähnliche Szenen wie in Córdoba ab. Die Studenten riefen einen landesweiten Generalstreik aus. Die Regierung zeigte sich total hilflos.

Am 15. April hatte eine zu einer Untergrundorganisation gehörende Gruppe ein Infanterielager in Campo de Mayo angegriffen. Militärs der extremem Rechten machten ebenso von sich reden wie faschistische Eiferer oder extreme Nationalisten.

Viele sahen in solchen Vorfällen die Anzeichen künftiger wesentlich gravierender Ereignisse. Hatte man nicht eine Reihe von Agitatoren, die nach dem *cordobazo* inhaftiert worden waren, amnestiert und auf freien Fuß gesetzt? Diese subversiven Elemente würden doch nun nicht untätig bleiben! Die Armee rechnete sowohl mit gewalttätigen Aktionen der Opposition als auch mit Anschlägen sektiererischer Gruppen. Zugleich mehrten sich Signale, die auf eine Ablösung Onganías hindeuteten. Immer öfter fragten sich Militärs, wenn ihnen - wie in Córdoba - befohlen wurde, die gestörte Ordnung wiederherzustellen, ob es gerechtfertigt sei, politische Fragen militärisch lösen zu wollen.

Das Verhältnis Armee - Regierung war bald an einem absoluten Tiefpunkt angelangt: "*el gobierno no da para más.*" Die Kommandanten sprachen von einem "*nuevo Presidente*" oder von einen "*gobierno de transito*". Nahezu alle Generäle befürchteten, die Regierung habe vor, die leidende Nation mit dem Heilmittel Faschismus zu kurieren, allerdings mit einem "*facismo sin Duce*", wie man es

ausdrückte. Der Präsident hatte den Sinn für die Realität verloren. Er lamentierte: "Immer, wenn jemand nach Spanien reist, bringt er mir Botschaften von Franco mit zurück, der mir ausrichten läßt, ich solle mich von den Schwierigkeiten nicht unterkriegen lassen."

Mit der Entführung und Ermordung des Generalleutnants Pedro Eugenio Aramburu war dann bei der Armee das non plus ultra erreicht. "*Duro, duro, duro, vivan los montoneros que mataron a Aramburu*" tönte es der Bevölkerung entgegen. Zum 2. Juni wurde der Nationale Sicherheitsrat einberufen. Den Argentiniern sollte nicht nur bewusst werden, welche Stürme auf sie zukommen würden; sie sollten auch erkennen, dass sie zusammenstehen müßten, um die Herausforderung der nächsten Zukunft zu bestehen. Dies bedeutete in den Augen des Sicherheitsrates unter anderem oder sogar vor allem den Dialog mit den "*ex-partidos políticos*", sprich: mit den Peronisten, z. B. mit Frondizi und sogar mit dem im spanischen Exil befindlichen Perón. Und solches müsse unverzüglich geschehen, denn "*esta bola viene rodando y haciendose cada vez mas grande*." Ein *plan gobierno* könne schließlich die Politik und damit die Politiker nicht ausschließen, so Lanusse.

Im Verlauf dieser Diskussion wurde klar, dass die *Junta de Comandantes*, welcher der Präsident sein Amt verdankte, auch in der aktuellen politischen Krise wieder aktiv werden und die "nationale Pazifizierung" in Marsch setzen müsse. Nunmehr erteile nicht mehr der Präsident der "*Junta de Comandantes*" Anweisungen, sondern nun sei es gerade umgekehrt. Im Laufe der Diskussion mit den Generälen ließ Ongania in seiner Erregung die Bemerkung fallen, er müsse sich gegebenenfalls den Rücktritt vorbehalten. Damit sprach er nur laut aus, was inzwischen alle längst erwarteten: seine Ablösung. So durfte es nicht verwundern, dass Lanusse als Chef des Generalstabs sogleich ein Essen anberaumte, zu dem er auch Peronisten unterschiedlicher Schattierungen einlud, um über einen gemeinsam getragenen Ausweg aus der Situation zu sprechen, nach der Devise: "*Nada se puede hacer sin convencer a la gente*" - frei übersetzt: Wenn man etwas erreichen will, muß man mit allen reden.

Die Militanten im Lande trauten dem Frieden nicht, vor allem die im Gewahrsam der Regierung befindlichen Mitglieder bewaffneter Organisationen; sie hatten den Verdacht, dass man sie eher liquidieren werde als auch mit ihnen zu reden. Und sie wollten auf Ihre Art selbst entsprechend mitreden. So kamen sie auf die Idee, den Klauen des Condors durch eine abenteuerliche Flucht zu entkommen. So einfach ging dies allerdings nicht. 16 im patagonischen Rawson einsitzende Angehörige militanter Widerstandsgruppen wurden nach ihrem missglückten Versuch, aus dem Gefängnis zu fliehen und das Land in einem entführten Flugzeug Richtung Chile zu verlassen, in der Nacht des 22. August 1972 in der Marinebasis Almirante Zar von einem Bewachungskommando der Marine kaltblütig niedergemäht.

Der raffiniert ausgeklügelte Fluchtplan war von inhaftierten hochrangigen Führern des ERP und der FAR lange vor dem Stichtag, dem 16. August 1971, auch unter Mithilfe der im Lande operierenden Genossen, ausgearbeitet worden. Es hatte selbstverständlich auch ein *Comité de fuga* gegeben. (Über die interne Organisation der politischen Gefangenen in dem 1.300 km südlich von Buenos Aires gelegenen Rawson hatte unser Stipendiat, Flávio Koutzii Saidemberg, der dort lange einsass, 1984 an der *Ecole de Hautes Etudes* in Paris eine aufschlussreiche These geschrieben: *LE SYSTEME E LE CONTRE SYSTEME CARCERAL POUR LES PRISONNIERS POLITIQUES EN ARGENTINE 1976-1980.*)

Zuerst begaben sich die 6 Komponenten des Comites in einem bereitgestellten Ford "Falcon" zum Flughafen, wo bereits eine von Kämpfern des ERP gekaperte Maschine der Austral bereitstand. Von den übrigen Genossen, die in gekaperten Lastwagen, die jedoch ausgeblieben waren, zum *airport* hätten gebracht werden sollen, gelang es nur 19, mit gekaperten Taxis zum Flugplatz zu gelangen, wo die gekaperte Maschine bereits abgeflogen war. Sie handelten mit den Sicherheitskräften des Flughafens gegen das Versprechen, ihr Leben zu schonen, die sofortige Kapitulation aus.

Man brachte sie zur Basis der Seestreitkräfte und sperrte sie in Einzelzellen. Gleichzeitig wurde der Gefangenenaufstand in Rawson von einem starken Truppenaufgebot beendet. Am 17. August meldete sich die "Justitialistische Partei" mit einem Telegramm, in dem es hieß: "*Reclamamos respeto derechos humanos presos políticos unidad carcelaría Rawson responsabilizándolo por su integridad física amenazada por medidas de represión.*"

Unterdessen bemühte sich die Junta in Buenos Aires bei der Regierung Allende in Santiago um die Auslieferung der sechs Anführer des Fluchtunternehmens, allerdings erfolglos. Den Betreffenden gelang es - wie anderen Flüchtlingen zuvor und danach - auf dem Weg über Chile Cuba zu erreichen.

Am 22. August hatten die auf der Marinebasis Almirante Zar inhaftierten Gefangenen morgens um 3.30 Uhr ihre Zellen zu verlassen und sich auf dem Korridor, Gesicht nach unten, aufzustellen. Kaum in einer Reihe aufgestellt, wurden sie auf der Stelle niedergemäht, die noch nicht tot waren, in einem zweiten Durchgang. Drei der Verletzten,, die das Massaker dennoch überlebten, mussten später - zu Videlas Zeiten - zum Heer der *desaparecidos* addiert werden. Unter den 16 Todesopfern - 13 Männer und 3 Frauen - befanden sich 11 Mitglieder des ERP, 2 Angehörige der FAR und 3 *montoneros*. Bei den Überlebenden handelte es sich um 2 *guerrilleros* der FAR und 1 *montonero*.

In jener Nacht verhängte die Junta eine radikale Nachrichtensperre. Aus diesem Grund figurierten auch die in der nächsten Zeit aus Protest gegen das Wüten der Repression registrierten Bombenanschläge nicht in den Medien des Landes. Der

A BENEFICIO P.I.P.
1er Recital Solidario
DANIEL VIOLETTI
ASOCIACION CULTURAL JOSE M

Konteradmiral Hermes Quijada, zur Zeit des Massakers Chef des Generalstabs, wurde im April 1973 von einem ERP-Mitglied, das dabei selbst ums Leben gekommen war, auf der Straße erschossen.

Wenige Tage nach dem Massaker, am 5. September, erklärte ein Offizier der Marinebasis Almirante Zar vor versammelter Truppe u. a.: *"Debemos dejar de lado estúpidas discusiones... Lo hecho bien hecho está. Se hizo lo que se tenia que hacer. No hay que desculparse porque no hay culpa. La muerte está en el plan de Dios no para castigo sino para la reflexión de muchos."* (Wir müssen stupide Diskussionen beiseite lassen ... Was getan wurde, wurde gut getan. Es wurde getan, was getan werden mußte. Man braucht sich nicht zu entschuldigen, denn es gibt keine Schuld. Der Tod ist im Plan Gottes enthalten, nicht um zu strafen, sondern zum Nachdenken für viele.) (Wikipedia Masacre_de_Trelew)

Es war überhaupt bezeichnend, dass alle, vom kleinen Truppenführer vor Ort bis hinauf zu den *Comandantes en Jefe*, völlig "unschuldig" waren, wie seinerzeit bei uns, beim Nürnberger Tribunal, wo alle jene uniformierten und zivilen "Verantwortungsträger" feige votierten: "nicht schuldig", "*not guilty*" - ein historischer Moment, der uns noch heute die Schamröte ins Gesicht treibt.

Mit dem Massaker von Trelew war ein Punkt erreicht, von dem an der Staatsterror immer ungezügelter in Erscheinung trat, bis hin zur systematischen Exterminierung der "Subversion", was am Ende 30.000 "*desaparecidos*" zur Folge hatte, ganz abgesehen von denen, die zum Zeitpunkt des Abtretens der Militärs im Jahre 1984 zwar nicht physisch, aber psychisch vollständig erledigt waren.

Auf diesem Hintergrund wurde vor der Wahl 1973 sogar ein kurzfristiger Aufenthalt Peróns in Argentinien möglich. Im Unterschied zum Jahr 1964, als Illia die Rückkehr des Caudillos nach Argentinien untersagt hatte, durfte Perón 1973 unter Lanusse auf dem Internationalen Flughafen erst einmal ohne jegliche Dramatik von Bord seiner Maschine gehen. Allerdings hatte es zuerst unvorhersehbare kritische Momente gegeben, als es schien, dass man dem illustren Besucher nach der Landung in Ezeiza nicht erlauben werde, das Gebäude des Flughafens, wo er zunächst einmal eine Reihe von Versammlungen mit den wichtigsten Politikern und Gewerkschaftsführern abhielt, zu verlassen. Erst nach 24 Stunden bezog er ein für ihn bestimmtes Haus, das er dann nur selten verließ. Es befand sich in einer an der Periphere der Hauptstadt gelegenen Ortschaft namens Vicente López. Von dort aus nahm er dann - z.B. im Stammlokal der Parteifreunde, dem Restaurant *Nino* - an Versammlungen mit den maßgeblichen Leuten teil. Die ihn verehrenden Massen kamen nicht an ihn heran. Den Wahlkampf bestritten allein seine Statthalter im Lande. Er selbst begab sich nach einem sehr kurzen Aufenthalt auf dem Boden der Heimat nach Paraguay, von wo aus er zu guter Letzt die Namen der peronistischen Kandidaten für die bevorstehende Wahl - Cámpora und Solano Lima - verkündete. Dann kehrte er wieder nach Spanien zurück.

5.) Postludium für die Ära Perón

Im Verlauf dieser 46 Jahre von 1930-76 konnten lediglich zwei Präsidenten - Agustín P. Justo (1932-38) und Juan Domingo Perón (1946-52) - ihr Mandat regulär beenden, während sechs Staatschefs gewaltsam aus ihrem Amt entfernt wurden.

Seit dem Sturz Peróns im September 1955 hatten fast ohne Unterbrechung Militärs regiert. 1973 versuchte man bei der Wahl Héctor Cámporas zum Präsidenten das Ruder radikal herumzuwerfen. Man hegte die Absicht, wieder zum Ausgangspunkt und ursprünglichen Zustand von 1955 zurückzukehren, indem man sich anschickte, den früheren Präsidenten Perón aus dem spanischen Exil zurückzuholen. Der Wahlkampf pro Cámpora wurde offen unter der Parole geführt: "Cámpora an die Regierung - Perón an die Macht." Insbesondere seit den Tagen Cámporas hatte sich das soziale und politische Klima im Lande extrem verändert. 1973 hatte Cámpora den Wahlsieg errungen und trat am 25. Mai das Amt des Präsidenten der Republik an. Kurz darauf, am 20. Juni, kehrte Juan Domingo Perón aus dem Exil zurück und ein paar Wochen später, am 13. Juli, legte der Platzhalter sein Amt nieder, um - nach einem kurzen Interim mit Raul Lastiri an der Spitze der Nation - Perón den Weg freizumachen. Am 12. Oktober übernahm dieser zum dritten Mal das Präsidentenamt, an seiner Seite seine Frau als Vizepräsidentin.

Bereits bei seiner Ankunft in Buenos Aires hatte es unter seinen linken und rechten Anhängern ein schreckliches Blutbad gegeben. Perón nannte die Anhänger der ultralinken Bewegung am 1. Mai 1974 "überhebliche Dummköpfe", "gefährlicher als die Bedrohung aus dem Ausland", von denen sich Argentinien befreien müsse! Die innere Spaltung des *peronismo* war unübersehbar. Im Prinzip hat sich bis zur Ära Kirchner nichts daran geändert: Bei der zweiten Beisetzung des Ex-Präsidenten Juan Domingo Perón, 32 Jahre nach seinem Tod, kam es bei der Feier im Zuge der Umbettung in ein neues Mausoleum zu tumultuösen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen unter den 62 dort versammelten peronistischen Organisationen, wobei es sogar zu einer Schießerei kam, die mit einem Hagel von Flaschen und Pflastersteinen beantwortet wurde. Bei der heftigen Schlägerei, z. T. mit schweren Holzlatten, unter Absingen der Nationalhymne, waren um die 40 Verletzte zu verzeichnen. Viele der 20.000 Anwesenden warfen sich in Panik auf den Boden. Präsident Kirchner, dessen Anwesenheit vorgesehen gewesen war, sagte angesichts der tumultuösen Umstände seine Teilnahme ab. Als der Sarg mit dem Leichnam des Caudillos im Abendlicht eintraf, wurde er eilig ins Mausoleum gebracht. Einer der früheren Minister Peróns, der achtzigjährige Antonio Cafiero, ergriff das Mikrofon und rief aus: Mein General, ruhe in Frieden!" Der historische Säbel samt seiner Mütze, die man auf den Sarg gelegt hatte, kam bei dem Tumult abhanden.

Bei Peróns Rückkehr aus dem spanischen Exil war viel Blut von Peronisten unterschiedlicher Konvenienz geflossen. Peróns Haltung war eindeutig: der marxistische Sektor war zu entfernen! Angesichts der Realität entschloss man sich zur radikalen Ausrottung des Marxismus, der sich in die Peronistische Partei infiltriert oder mit dieser assoziiert hatte.

Man sollte nicht vergessen, dass Perón nach seiner Flucht im Spanien des Generalíssimo Franco Aufnahme und Schutz gefunden hatte. Zu Beginn seiner politischen Karriere hatte er sein politisches Programm in aller Deutlichkeit definiert. Er wolle in Argentinien eine Version des Faschismus schaffen, der frei von den Fehlern Mussolinis sein werde. Was bei diesem Experiment letztlich herauskam, war eine - von Juan Manoel Rosas und Benito Mussolini inspirierte - Version des Totalitarismus, in dem letzten Endes die Armee den Ton zur Musik angab. Die einerseits strikt antikommunistische, andererseits anti-imperialistische Prägung Peróns war auch daran zu erkennen, dass er nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus und den Faschismus ohne zu zögern Flüchtlinge dieser Couleur, u nclusive international gesuchte Kriegsverbrecher, aufnahm; der Name Eichmann genügt als pars pro toto. Wie man in Argentinien wirklich zu den Alliierten stand, lässt sich auch daran bemessen, zu welchem Zeitpunkt das Land sich im Verlauf des 2. Weltkrieges endlich an ihre Seite stellte und den Achsenmächten den Krieg erklärte: im März 1945 - „*só para o inglês ver*“ (nur, um dem Engländer etwas vorzuspiegeln), möchte man mit einer brasilianischen Redewendung sagen.

Es darf daran erinnert werden, dass in den Jahren nach dem Ende des 1. Weltkriegsin Argentinien die Kampfansage dem ausländischen, insbesondere jedoch dem verhassten britischen, Imperialismus, galt. Die angestaute Idiosynkrasie der Argentinier gegen Großbritannien führte eine Generation später im „Malvinenkrieg“ zu einem desaströsen Abenteuer der Generäle und kostete sie die Herrschaft im Lande.

Der aufkommende Peronismus bemühte sich, das gesamte historische Erbe der immer noch im Aufbau befindlichen Nation in sein Programm aufzunehmen und mit den aktuellen politischen Erfordernissen so gut es ging in Einklang zu bringen. Wie die Brasilianer unter Getúlio Vargas, auf deren Banner die Parole stand „O PETROLEO É NOSSO“, verteidigten die Nachbarn im Süden mit Hörnern und Zähnen die Bodenschätze ihres Landes gegen die *ganancia* der ausländischen Konzerne. Die Präsidentschaftswahl stand vor der Tür. Gegen die Interessen der stärker werdenden Arbeitermassen trat ein, als anglophil geltender, Repräsentant der Zuckerindustrie und damit zugleich des Latifundiums, Robustiano Patrón Costas, in die politische Arena. Auf der anderen Seite kämpften an einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Alliierten intendierte Kreise der Armee unter der Führung des General Arturo Rawson, unterstützt durch die nationalistisch geprägte GOU - *Grupo de Oficiales Unidos* - deren treibende Kraft Oberst Juan Domino Perón war, der sich der besonderen Sympathie der *descamisados* erfreuen durfte, der in einem

traditionellen Agrarstaat von den Herrschenden sträflich vernachlässigten Arbeitermassen, Das Gros des städtischen Proletariats war vorwiegend aus italienischen und spanischen Immigranten hervorgegangenen und trat plötzlich mit ausgeprägten sozialen Wünschen und Forderungen in Erscheinung. Ihr Organ war die CGT - *Confederación General de Trabajadores* - ein aus zwei Flügeln, der *Unión Ferroviaria* und einem kommunistischer Sektor. bestehender Gewerkschaftsverband. Angesichts einer rasanten Industrialisierung insbesondere des Großraums Buenos Aires war Perón Ende 1943 mit der Leitung des zunehmend wichtiger werdenden Arbeits- und Fürsorgeministeriums betraut worden und hatte von daher ein besonderes Verhältnis zur Arbeiterschaft und ihren Anführern entwickelt. (Hector, Cary, Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika, Berlin 1964)

Im Gefolge des Staatsstreichs vom 4. Juni 1943 war Perón dann endlich ans erstrebte Ziel gekommen. Im Oktober fiel ihm folgerichtig das höchste Amt im Staate - fast unangefochten - zu. Der Wahlsieg im Februar 1946 besiegelte die bereits antizipierten Tatsachen. Die USA hatten wider ihre Intention durch die antiperonistische Agitation ihres Botschafters Spruille Braden kräftig zu dieser Entwicklung beigetragen. Einen besseren Wahlslogan als „Braden oder Perón" hätten die Justitialisten überhaupt nicht finden können!

Auf solchem Nährboden konnte der bald so bezeichnete „Peronismus" (oder „Justicialismo") prächtig gedeihen. Er verfügte über ein eingängiges Basisprogramm, das sich im Verlauf des Entwicklungsprozesses, den das Land erfuhr, jeweils entsprechend an den „Zeitgeist" anzupassen verstand. Die frei Grundsäulen des Peronismus - von drei Fahnen" hatte Perón gesprochen - wirken in der argentinischen Politik bis heute fort: Soziale Gerechtigkeit, ökonomische Unabhängigkeit, politische Souveränität. Perón selbst hatte sie für den „Zweiten Fünfjahresplan" 1953 formuliert: *„...definese como doctrina nacional, adoptada por el Pueblo Argentino, la Doctrina Peronista o Justicialismo, que tiene como finalidad suprema alcanzar la felicidad del Pueblo y la grandeza de la Nación, mediante la Justicia Social, la Independencia Economica y la Soberania Política, armonizando los valores materiales con los valores espirituales, y los derechos del individuo con los derechos de la sociedad."* (2. Plan Quinquenal, ed. Presidencia de la Nación, Subsecretaría de Informaciones, BsAs 1953, pg.29)

Was die Justicia Social, die soziale Gerechtigkeit, betraf, fing es praktisch um eine *pacífica convivencia* - ein friedliches Miteinander - und um einen *acuerdo justo* - eine gerechte Übereinkunft - zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bzw. um die Abschaffung oder Milderung des Klassenkampfes. Bei der *Independencia Economica*, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, ging es um den Kampf gegen die „Herrschaft der internationalen Monopole". Das Stichwort *Soberania Política*, politische Souveränität, bezog sich einerseits auf den Antiimperialismus der

Peronisten, andererseits charakterisierte es einen durch sie gepflegten sensiblen Nationalismus.

In Anbetracht einer sich schnell wandelnden Welt - das Aufkommen des Ost-West-Konfliktes, der Sieg Fidel Castros in Cuba und der Einfluss der Fidelismus auf die peronistische Jugend - wurde es für den „Justitialismus" ständig schwerer, den berühmten „dritten Weg" zu definieren und die Richtung zu halten und die Identität zu bewahren. Die Peronisten von 1955 hatten wenig mit dem Peronismus von 1947 zu tun; um von 1973 erst gar nicht zu sprechen. Es dauerte nicht lange, bis sich im Peronismus zwei ideologisch völlig unterschiedliche Blöcke gegenüber standen. Der Caudillo sah sich stets vor der Herausforderung, „seine Truppen" immer wieder durch einem neuen machtpolitischen Balanceakt bei der Stange zu halten, eine Politik, welcher ihr Erfinder 1955 selbst zum Opfer fiel, als unzufriedene Teile der Armee ihn zur Aufgabe und zur Flucht ins Exil zwangen.

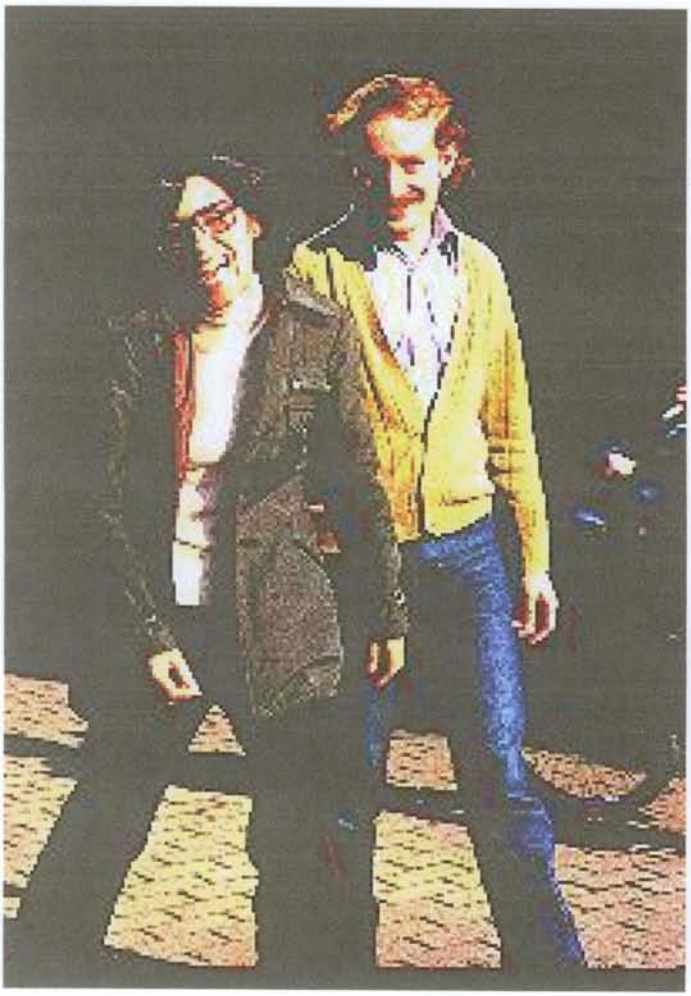
Beim „Peronismus ohne Perón" haben sich die Dinge konsequenterweise nur ständig verschlimmert.

Nach dem Urteil der Marxisten vertrat der Peronismus nicht nur hinsichtlich seiner Ideologie und seines Programms, sondern auch angesichts der "Klassenzugehörigkeit" seiner bedeutendsten Repräsentanten nicht den "Klassenkampf", er favorisierte vielmehr den *policlasismo* und verteidigte den Besitz der Produktionsmittel in privater Hand. Der Peronismus war nach marxistischer Lesart eine politische Kraft der *burguesía* und der *pequeña burguesia*, deren Ziel es war, die Arbeiterklasse ihrem politischen Konzept zu unterwerfen. Eine solche "polyklassistische" Partei konnte wohl antiimperialistische und demokratische Positionen vertreten und sich auch bestimmte soziale Reformen vornehmen. Es war durchaus vertretbar, sie bei der Implementierung derartiger Projekte zu unterstützen, gleichzeitig aber war es die Pflicht der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte, alle Vorstellungen bezüglich einer Vielklassengesellschaft zu bekämpfen, denn historisch war allein die Arbeiterklasse zur authentischem Vertreterin und als die Avantgarde der antiimperialistischen, demokratischen Revolution, die zum Sozialismus führt, berufen. *(RETRATO POLITICO DE AMERICA LATINA, Fascicula II*, Praga 1975) Was den zahlenmäßigen Anteil der verschiedenen ideologischen Tendenzen in den mannigfaltigen politischen Gruppierungen, die im Lande agierten, anging, deuteten grobe Schätzungen auf "50% Peronisten, 25% Radikale, 10% linke Nationalisten und 15% Rechte" hin. Unabhängig von einer genauen Proportionierung der *tipos de peronismo* war klar: Alle Zeichen deuteten auf Sturm. Niemand allerdings vermochte sich selbst in seinen allerschlimmsten Alpträumen die Schrecken vorzustellen, die dem argentinischen Volk bevorstanden, als Perón 1974 starb und seine Witwe, *Isabelita,* die Präsidentschaft übernahm. Mit ihr begann die *guerra súcia* zu kulminieren. 1974 befahl sie die militärische Intervention in der Provinz Tucumán. Der "schmutzige Krieg" der ideologischen Widersacher gegeneinander hatte jedoch bereits um das

Jahr 1970 seinen Anfang genommen. Damals begannen die katholisch geprägten *montoneros* und die marxistischen Ultras des *Ejercito Revolucionário del Pueblo (ERP)* mit bewaffneten Aktionen. Nun aber deckte die Präsidentin selbst mit ihrem Namen und mit ihrer Autorität den Staatsterrorismus, der von ihrem eigenen *Ministério de Bien Estar Social,* dem Sozial- bzw. Wohlfahrtsministerium, gelenkt und finanziert wurde. Ihr Berater José Lopez Regas, *El Brujo,* vormals Privatsekretär Peróns, hatte die *Triple-A* oder *Alianza Anticomunista Argentina-AAA,* eine Sturmtruppe aus einigen tausend Pistolenschützen, die er als Lohnempfänger des Sozialministeriums unterhielt, geschaffen und eingesetzt. Der Bischof der Arbeitervorstadt Avellaneda, Monseñor Jerónimo Podestá, (auch schon einmal als „der argentinische Dom Hélder Câmara" bezeichnet) ein hochrangiges Mitglied des *Movimiento de Sacerdotes para el Tercer Mundo* charakterisierte die "*Triple-A*" in folgender Weise: "Wir alle sind von dieser Gruppe (AAA) zum Tode verurteil. Es ist definitiv das System gegen die Revolution; das bedeutet: wir alle, die Revolutionäre, die eine neue Welt wollen, leben mit dieser schrecklichen Drohung, denn es handelt sich um den Terror jener, welche die Macht haben und sie nicht verlieren wollen. Wann begann der Terror der AAA? Es begann nach dem Tode Peróns. Es waren offenbar Gruppen, die bereits im Begriff gewesen waren, sich im Geist der Reaktion und des Faschismus, der die Welt durch die Ermordung aller derer, die fortschrittliche Ideen haben, in Ordnung bringen möchte, zu formieren. Es ist die Mentalität derer, welche die peronistische Bewegung als Vehikel benutzt hatten und die jetzt ihre Felle davonschwimmen sehen. Für sie war der Peronismus eine Waffe des Systems, das ihren Interessen entsprach. Einschließlich der Interessen des auswärtigen Imperialismus. Was diese Gruppen stärkt und ihnen Straflosigkeit garantiert, ist ihre Wirkung als Barriere gegen die Revolution." (*El Caso Argentino, Hablan sus Protagonistas*, México 1977)

Angesichts der Atmosphäre von Gewalt, die seit Peróns Tod stetig zunahm, und der politischen Auszehrung der Regierung war es allen Beobachtern klar, dass das Eingreifen der Armee unmittelbar bevorstand. Den Militärs behagte der zunehmende Linksdrall weiter Teile des "Peronismus" nicht. Der Putsch richtete sich jedoch nicht in erster Linie gegen den Peronismus als solchen, sondern gegen die Gefahr von links, gegen eine kommunistische Unterwanderung des Landes. Der einzige Terrorismus sei der von links, hieß es, der von rechts sei nichts anderes als ein von den Viren des Terrorismus von links geschaffener Antikörper, mit der Aufgabe, diesen zu vernichten.

Schon nach einem Dreivierteljahr, am 1. Juli 1974, verstarb der Präsident, woraufhin seiner Witwe die Präsidentschaft zufiel. Was nach Peróns Tod folgte, kommentierte der deutsche Botschafter in Argentinien dann so: "Eine verschüchterte Führerin des auf Führerkult ausgerichteten Peronismus, ein Medium magischer Einflüsterungen als Regentin einer jungen Nation im Umbruch und auf der Suche nach innerer und äußerer Identität: Diese Ohnmacht der Staatsgewalt trägt die Hauptschuld an der heutigen Krise Argentiniens. Seit dem Tod des greisen



Volkstribunen, der das politische Spiel mit den Kunstgriffen eines routinierten Mimen zu handhaben pflegte, ist die Geschichte des Landes vollends auf die Stilstufe des Schmierentheaters abgeglitten, mit Isabelita, Peróns Witwe, als Heldin." (*Akten zur Auswärtigen Politik ..., Botschafter Kastl ...*, a. a. O. S. 449)

6.) Das Ende eines Mythos: Peronismus ohne Perón

Wenn es Analytiker geben sollte, die etwas zugunsten der Präsidentenwitwe und Nachfolgerin des Caudillos, Maria Estela Martínez de Perón, vorzubringen haben, dann sind es sicherlich sehr wenige. Man darf wohl generell sagen, dass die Historiker kein gutes Haar an *Isabelitas* Staatskunst gelassen haben. "Isabel hatte eine unwahrscheinliche Perfektion darin entwickelt, nichts zu repräsentieren, ein Gespenst ging um in der Casa Rosada." (Alejandre Horowicz, *Los quatro Peronismos*, Edhasa, BsAs, 2007)

Manche charakterisieren die Phase unmittelbar nach Peróns Tod als den Übergang vom Peronismus zum "Lopezregismus". Damals begann die "Authentische Peronistische Partei" - *Partido Peronista Autentico* - unter der Führung einiger Dissidenten, an ihrer Spitze mehrere frühere Gouverneure, insbesondere in der Region von *Misiones*, aktiv zu werden. Sie wurde vor allem von López Rega und Raul Lastiri unterstützt und erfreute sich der vollen Sympathie der Peronistischen Jugend" (*Juventud Peronista*) und der *montoneros*.

Die terroristische Organisation AAA begann bereits 1974. In dem 2007 von der Deutschen Botschaft in Buenos Aires herausgegebenen Jubiläumsband *ARGENTINA ALEMANIA 150 AÑOS* kann man dazu einiges lesen, insbesondere in dem Interview mit Osvaldo Bayer (S. 132ff. "*Cuando te sientas en peligro, venite a mi casa*"). Am 12. Oktober 1974 fand sich sein Name auf einer Todesliste der AAA, und in seinem Briefkasten die Drohung, wenn er nicht binnen 24 Stunden das Land verlasse, werde er exekutiert. Er schickte sogleich seine Frau und die vier Kinder, die einen deutschen Pass besassen, nach Deutschland, blieb jedoch selbst, mehr oder weniger heimlich, bis 1975 im Lande, ehe er sich aus Gründen der Sicherheit ebenfalls nach Deutschland begab. Frau Bayer, die drei Jahre später, 1977, aus Deutschland zur Bestattung ihres jüngeren Bruders, der an einer unheilbaren Krankheit gestorben war, angereist war, fand bald auch einen Gruß der AAA im Briefkasten vor: *"Se quieres volver a ver a tus hijos en Alemania le damos 24 horas"* - wenn du deine Kinder in Deutschland wiedersehen möchtest, geben wir dir 24 Stunden!

Damals wurde ein Mitglied des Kabinetts, José López beschuldigt, der ideologische Anführer dieser Gruppen zu sein, deren Ziel es gewesen sei, alle Oppositionellen physisch zu eliminieren. Die Streitkräfte und die Sicherheitsdienste waren über

diesen infamen Plan perfekt informiert. Nach dem Sturz Cámporas verstärkten sich auch die Aktionen der AAA. Bis heute ist nicht exakt bekannt, welche Leute eigentlich hinter dieser Gruppe standen; es gibt allerdings starke Indizien dafür, dass es eine personelle Verbindung zu den Streitkräften gab.

Unübertrefflich ist die Schilderung des politischen Chaos in jener Zeitspanne aus der Feder Jacob Timermans: "Die Gewalt, die das Land erfasst und sich auf breiter Front entfacht hatte, war der Höhepunkt einer Entwicklung, die 1964 mit dem Erscheinen der ersten, von einem argentinischen Adjutanten Che Guevaras in Cuba ausgebildeten, *guerrilleros* begonnen hatte. Was man jedoch in Argentinien alles gleichzeitig nebeneinander antraf, war urbane und ländliche guerrilla trotzkistischer Konvenienz; linksperonistische Stadtguerrilla; rechtsgerichtete peronistische Todesschwadrone; bewaffnete Guerrillagruppen der großen Syndikate zur Sicherung der Gewerkschaftsarbeit; paramilitärische Einheiten der Streitkräfte zur Durchführung von Racheaktionen für ermordete Kameraden; parapolizeiliche Gruppen sowohl linker als auch rechter Couleur, die darum kämpften, die Oberhand innerhalb der Bundes- und Provinzialpolizei zu erlangen; rechtsgerichtete terroristische, von antikonziliären Sektoren organisierte Gruppen von Katholiken, die sich gegen die von Johannes XXIII empfohlene Öffnung sperrten und die mit den linken oder auch mit liberalen Priestern abrechnen wollten, die bestrebt waren - im allgemeinen mit anarchischen Exzessen - ihre ideologischen Thesen über die Hinwendung der Kirche zu den Armen in die Praxis umzusetzen. Dies waren zweifellos die wichtigsten Gruppen der organisierten oder systematisierten Gewalt. Daneben existierten Hunderte von Gruppen, die in den Erotismus der Gewalt verwickelt waren, kleine Gruppen, die eine ideologische Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes in einem Gedicht von Neruda oder in einer Schrift von Marcuse fanden; Lefebvre konnte ebenso nützlich sein wie Heidegger; ein Gedicht von Mão Tse Tung konnte zum Schlüssel für die Ermordung eines Industriellen im Großraum Buenos Aires werden und eine vage Interpretation von Mircea Eliade eignete sich perfekt zur Entführung eines Industriellen und die Erpressung eines Lösegelds, welches die Vertiefung der mystischen Philosophie Indiens zugunsten der nationalen Befreiung erlaubte." (*Preso sin nombre, Celda sin número*, Nueva York 1981, S. 13f.

Insbesondere auch die Kirche war zwischen Johannes XXIII und Lefebvre hin- und hergerissen. Nicht nur junge Priester, sondern auch Bischöfe waren auf den Pfaden der "Theologie der Befreiung" zu extremen Positionen und Optionen gelangt, wie der junge Padre, der seinem Bischof erklärte: "Sie sind guten Willens und möchten mitarbeiten, doch Sie können nicht tun, was Sie möchten, die Institution hält Sie zurück; ich aber habe eine politische Option vollzogen!" Dies seien "Priester, die direkt in eine stärker politische Inkarnation eintreten wollen", rechtfertigte Monseñor Podesta jene *sacerdotes*, für die zwischen einer katholisch motivierten Strategie analog zur "Befreiung des Volkes Israel aus der Sklaverei in Ägypten" und einer marxistisch begründeten "Befreiung der Massen vom Kapitalismus" kein

Wesensunterschied bestand. Einer dieser Priester, Padre Miguel Ramondetti, äußerte sich zu diesem Komplex während seines Exils in Mexiko. Zunächst beschreibt er die Gewalt in Lateinamerika, indem er vier Feststellungen trifft: Erstens nennt er die ungerechte Gewalt der Unterdrücker, der die gerechte Gewalt der Unterdrückten gegenüberstehe. Die Unterdrückten sähen sich gezwungen, auf die gerechte Gewalt zurückzugreifen, um auf diese Weise ihre Befreiung zu bewirken. Zweitens bezieht er sich auf Personen oder Gruppen, die im Verlauf von Jahrhunderten die Völker des Kontinents unterdrückt haben und fordert, die gerechte Notwehr in der diese Völker auf die ihnen zugefügte Gewalt reagieren, als solche anzuerkennen. Drittens erwartet er, dass alle Christen des Kontinents entschieden und standhaft für einen jeden optieren, der zur wirklichen Befreiung des lateinamerikanischen Menschen und zur Schaffung einer gerechteren und brüderlicheren Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens beiträgt. Viertens erwartet er, dass man diesen Christen hinsichtlich der Wahl ihrer Mittel, von denen sie glauben, dass sie für diese Befreiung und die Errichtung einer solchen Gesellschaft geeignet sind, einen weitgespannten Rahmen der Freiheit sichert.

1968 habe die Geschichte der Priester für die Dritte Welt begonnen. Es habe sich um die erste Gruppe von Priestern in Lateinamerika gehandelt, die auf recht massive Weise die politische Option pro Sozialismus vollzogen hatte. Die Bewegung anerkannte den Peronismus als ein authentisches, fundamentales populäres Phänomen. In seinem Gefolge durfte man damit rechnen, dass die Befreiung des Volkes gelingen werde. Aus diesem Grund unterstützte die Bewegung der *sacerdotes* nicht nur die Rückkehr des Peronismus an die Macht, sondern auch den Gedanken, Perón erneut an der Spitze der Nation zu haben. Aus diesem Grund befürwortete sie Wahlen, umso mehr, als Wahlen in Argentinien seit Jahrzehnten gleichbedeutend mit dem Sieg des Peronismus gewesen waren. Für die *sacerdotes para el Tercer Mundo* war Peronismus im Endeffekt gleichbedeutend mit Sozialismus argentinischer Prägung. Für sie war ein christlich-sozialistisches Konzept unter ideologischen und strategischen Gesichtspunkten schlichtweg eins. In ihren Augen befanden sich sowohl das Christentum als auch der Marxismus in einer Phase der Entwicklung, die noch lange nicht abgeschlossen war; während beide sie sich entwickelten, konnten sie sich auf einem Weg, dem Weg der endgültigen Befreiung des Volkes, definitiv begegnen und gemeinsam kämpfen. "*Trabajamos juntos en esa lucha, caminemos juntos en esa lucha.*" "Ich denke, dass die Existenz oder Nichtexistenz Gottes für die Erfüllung dieser gemeinsamen Aufgabe - einen neuen Menschen, einer Gesellschaft, in der das Privateigentum abgeschafft und die Produktionsmittel vergesellschaftlicht werden, zu schaffen - für das Volk, das seine Befreiung sucht, nicht von großem Interesse ist, so dass es nicht sogleich wissen muß, ob Gott existiert oder nicht existiert." *(El Caso Argentino, Hablan sus Protagonistas*, México 1977)

Seit 1974, beginnend mit der chaotischen Zeit *Isabelitas*, herrschte im ganzen Land der *estado de sitio* mit "Notstandsgesetzen" und legal reduzierten oder gänzlich außer Kraft gesetzten allgemeinen Bürgerrechten - Ausnahmezustand - der übrigens erst 1983 wieder beendet wurde.

Die wichtigste, weil tonangebende, Figur im Vierten Peronismus war der allmächtige *ministro de Bienestar Social,* López Rega, sein interner Kontrahent im System war Gelbard, der die Gewerkschaft - CGT - hinter sich hatte. Von dem Moment des Ausscheidens Gelbards aus dem Finanzministerium war der Peronismus nur noch "eine unbestattete Leiche". Die Söhne des "Dritten Peronismus" überlebten den Vater nicht. Der "Vierte Peronismus" ging an internen Differenzen zugrunde: die bedingungslosen Anhänger Isabelitas auf der einen, die Dissidenten auf der anderen Seite. (Alejandro Horowicz, *Los Quatro Peronismos*, Edhasa, Buenoss Aires, 2007)

Maria Estela Martínez de Perón, die Präsidentin der Republik, spielte, im wahrsten Sinne des Wortes, keine Rolle in der Politik. Juan Domingo Perón hatte zur Blütezeit des Justitialismus von seiner Frau - Evita - einmal gesagt: *"Eva es obra mia".* Von Isabel sagte Lopez Rega, der allmächtige Wohlfahrtsminister, *El Brujo,* einmal: "*Isabel no existe, es obra mia. El que existe es Perón. Perón esta muerto* - Isabel gibt es nicht, sie ist mein Werk. Derjenige, den es gibt, ist Perón. Perón ist tot!"

Nach der allfälligen Entmachtung Lopez Regas (der sich ins mexikanische Exil begab), kamen zeitweilig sogar Gerüchte über Rückkehrabsichten Cámporas auf. Die letzte Phase der Regierung Isabelita begann unter dem Motto "ERP attackiert, das Chaos regiert", auch die Arbeiterbewegung wurde täglich chaotischer, die Streitkräfte liefen Gefahr, sich zu spalten und einander zu bekämpfen.

Ende August 1975 erfolgte Videlas Aufstieg ins Amt des Generalkommandanten des Heeres. Damit war die Zeit für eine radikale Veränderung im Lande reif geworden. Der Sturz *Isabels* war die Voraussetzung einer besseren Zukunft.

Als es der Präsidentin einfiel, "Urlaub" zu nehmen, wurden die anarchischen Zustände im Lande noch schlimmer und es kursierte die satirische Parabel: "Der Zirkus ist bankrott: Der Principal ist tot, der Zauberer entlassen, die Tänzerin krank und die Raubtiere sind losgelassen."

Der kritische Ex-Bischof, Monseñor Jerónimo Podestá, hatte bei seinem - von der Regierung im Verein mit dem Apostolischen Nuntius erzwungenen . Ausscheiden aus dem Amt weitsichtig geäußert: "Ich zittere, wenn ich an die Zukunft Argentiniens denke."

Es waren noch keine zwei Jahre vergangen, als es am 18. Dezember 1975 zu einer Teilrebellion der Luftstreitkräfte gegen die Präsidentin kam; sie wurde niedergeschlagen. Die Konspiratoren im Generalstab jedoch warteten geduldig ab, bis die Regierung Isabelitas politisch restlos abgewirtschaftet hatte. Der Putsch und der Sturz der Präsidentin waren in ihren Augen - und nicht nur in ihren - unumgänglich.

Die Agonie dieser Regierung zog sich hin bis zum 24. März 1976. An diesem Tag wurde *Isabelita* von der Armee gestürzt. Fünf Tage später nahm General Jorge Rafael Videla das Staatsruder in die Hand. Am 24. März 1976 erklärte er, dass in Argentinien von nun an eine neue historische Etappe beginne.

Niemand verteidigte die Regierung; sie war ein Nichts. Die sonst so empfindliche Arbeiterklasse rührte nicht einen Finger zur Verteidigung Isabels. Keiner regte sich besonders über ihren Sturz auf, man betrachtete ihn als etwas längst Fälliges und Irreparables. Osvaldo Bayer hatte in einem Gespräch mit dem Montoneroführer Rodolfo Walsh einmal gesagt: *"El pueblo es peronista pero no es revolucionário"* - die Menschen sind wohl Peronisten, aber sie sind keine Revolutionäre. Und er hatte prophezeit: *"El pueblo no los va a acompañar"* - die Menschen werden euch nicht folgen. Walsh hatte, seiner Sache sicher, erwidert: "*Vamos a ver*" - wir werden sehen! Die Menschen folgten den *montoneros* nicht.

Isabel wurde festgenommen. Unter anderem legte man ihr zur Last, dass sie zu Beginn ihrer Amtszeit ein Dekret unterzeichnet hatte, in dem die Streitkräfte zur Ausmerzung der Aktivitäten subversiver Elemente aufgefordert worden waren. 1980 ging sie ins Exil nach Spanien.

Die Militärjunta unter der Führung Videla setzte sich an die Spitze der Nation, die zunächst eher erleichtert der weiteren Entwicklung harrte. Die Streitkräfte standen bereit, "einen umfassenden chirurgischen Eingriff" vorzunehmen, wie es bei Horowicz heißt. Obwohl man von den Militärs allerlei gewohnt war, hätte niemand erwartet, dass es nun nach der Parole gehen würde: "In Argentinien werden so viele Leute wie nötig sterben müssen, damit der Friede wiederhergestellt werden kann", so Videla. Die Strategen im Oberkommando waren zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht zu "kleckern", sondern zu "klotzen" galt, was die "Reinigung" der politischen Szene anging. Generalstabsmäßig hatten sie eine "wissenschaftliche Operation" geplant, deren Ziel die Auslöschung jeglicher sozialer und gewerkschaftlicher Bewegung peronistischen oder marxistischen Charakters war. Ein Blatt der Linken - *Politica Obrera*, 25.8.72 - sprach von der *brasileñización* der Repression in Argentinien. Einer der Generäle, Saint Jean, Gouverneur von Buenos Aires, verkündete den zynischen Vernichtungsplan: "Zuerst werden wir alle Subversiven töten; dann ihre Helfer; dann die Sympathisanten; dann die Indifferenten und zuletzt auch noch die Furchtsamen." General Lanusse, der Vorgänger Cámporas als Präsident der Republik, schrieb einige Wochen vor seiner

eigenen Verhaftung im Frühjahr 1977, was damals für ganz Argentinien galt: "Jeder vernünftige Mensch weiß, dass er jeden Augenblick aus seinem alltäglichen Leben herausgerissen und in ein Reich unvorstellbaren Horrors hineingestoßen werden kann, dass er entführt werden oder die schmerzliche Nachricht über den Tod eines ihm nahestehenden Menschen erhalten kann."

Die Richterin Dora Goldfarb Lucero, geb. 11.6.35 in Argentinien, und ihr Ehemann, der Journalist Pedro Lucero, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung "Los Andes" und Mitarbeiter bei "La Nación", haben dies in eklatanter Weise erfahren: Sie wurden am Tag der Machtenthebung der Präsidentin Isabel, dem 24.3.76 um 00.00 Uhr in Mendoza ohne jegliche Vorwarnung verhaftet. Gründe für die Verhaftung wurden nicht genannt. Zunächst lieferte man das Ehepaar in das Militärgefängnis von Mendoza ein. Ende September wurde Dora in das berüchtigte Gefängnis *Villa Devoto* überführt. Bis dahin hatte man sie, mit auf dem Rücken gefesselten Händen, wie eine gefährliche Schwerverbrecherin gehalten. Der Verbleib des Ehemannes war monatelang unbekannt. Anklage wurde nicht erhoben, ein Prozess fand nicht statt. Frau Goldfarb blieb bis zum 13.5.77 in Haft. An diesem Tages wurde sie plötzlich aufgerufen, ihre Sachen zu packen. Man sagte ihr nicht, wohin man sie bringen würde. Es konnte ein anderes Gefängnis sein; es konnte aber auch, wie beobachtet worden war, bedeuten, dass die Exekution bevorstand. Dora wurde von zwei Bewaffneten im Auto zur Einwanderungsbehörde geschafft. Unterwegs fragten ihre Wächter sie: "Bist du katholisch?" Sie bejahte die Frage, obwohl sie zur israelitischen Gemeinde gehörte. Die Begleiter warfen ein: "Lüg' nicht! Goldfarb ist ein jüdischer Name!" - "Nein", verteidigte sie sich, "es ist ein deutscher Name; Gold ist *oro;* Farbe ist *color,* das "e" hat ein Notar einmal versehentlich weggelassen." - "Wenn du Jüdin wärest," drohten die Männer, "würden wir dich umlegen und hier in die Büsche werfen!" (Der Antisemitismus war in Argentinien verbreitet und wurde durch den Synagogenbrand in Buenos Aires 1977 aller Welt eindrücklich sichtbar.) Bei der Einwanderungsbehörde unterrichtete man Dora vom unmittelbar bevorstehenden Flug nach Deutschland und gab ihr zu verstehen: "Wenn du im Ausland sprichst, denk' an deinen Mann und deine Kinder!" Zum Flugplatz begleitete sie ein Angehöriger der deutschen Botschaft. Von der Polizei wurde sie in dessen Anwesenheit "wie ein Gott" behandelt, was beweisen sollte, wie korrekt man mit den Gefangenen umzugehen pflegte. Der Ehemann und die Kinder befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch im Lande, die Kinder in der Obhut ihrer alten Großeltern. (Luceros Vater war der letzte Heeresminister unter Perón gewesen.) Als Dora die LH-Maschine betreten hatte, wurden die Türen geschlossen und Frankfurt war das nächste Ziel. Im Ruhrtal lebte ihre Schwester Alice, die sich zusammen mit Persönlichkeiten der Öffentlichen Lebens für ihre Freilassung aus der Haft und für ihre Aufnahme in Deutschland eingesetzt hatte. In den Akten des Politischen Archivs des AA fand ich bei Recherchen über jene Zeit einen Brief des Oberbürgermeisters der Stadt Essen vom 12.1.77 an die deutsche Botschaft in Buenos Aires, in dem dieser einer Aufnahme zustimmte. Zugleich fand ich auch eine von mir unterschriebene *Declaración de Beca* im Namen des

Ökumenischen Studienwerks e. V. Bochum vom 7.1.77. Diese Stipendienerklärung hatte sowohl Doras Freilassung (eine Art "Abschiebung") als auch eine problemlose Einreise in die Bundesrepublik Deutschland als Stipendiatin der Evangelischen Kirche bewirkt. Manchmal geschehen auch wunderbare Dinge!

Dora Goldfarb Lucero wurde in den Sprachkurs des ÖSW und im Anschluss daran zum Jurastudium in das Flüchtlingsprogramm des ÖSW aufgenommen, zunächst für 2 Jahre. De facto erstreckte sich dann die Förderung bis zum Jahr 1981. Die Kinder waren nach der Verhaftung der Eltern zunächst in der Obhut der Großeltern verblieben. Später kamen sie für eine Weile in den Haushalt einer in Deutschland lebenden Tante. Sie waren anfangs so desorientiert, dass die Kleinste von ihnen einmal fragte: *"Cuantas mamás tengo yo?* - Wieviele Muttis habe ich eigentlich?" Im Herbst 1978 konnte auch der Vater anreisen. Dora schrieb am 13.10.78 überglücklich: "Die Kinder sind glücklich wie nie, nachdem sie sich - nach zweieinhalbjähriger Trennung - wieder in der vereinten Familie wissen."

Die Militärs subsumierten die Vorgänge im Lande seit *Isabelitas* Entmachtung kurz als einen "Kampf gegen die Subversion". Im Unterschied zu Chile, wo es nach dem Putsch einen nennenswerten Widerstand gegen die Junta kaum gegeben hatte, war in Argentinien die Existenz militanter Gegner des Regimes nicht zu übersehen. Allein gegen Videla hatte man binnen weniger Monate drei Anschläge inszeniert, den letzten auf dem *Aeropuerto Doméstico* der Hauptstadt, dem der General nur um ein Haar entgangen war. Allein während der wenigen Tage meines Aufenthalts in Buenos Aires im März 1977 hatte man 5 Supermärkte und 3 Eisenbahnwaggons in Brand gesetzt und am Jahrestag des Putsches wenigstens 30 Bomben zur Explosion gebracht, u. a. im *Sheraton* und in der Börse. Bei einem Feuerüberfall durch die *montoneros* war ein Armeeoffizier verletzt worden. Drei Personen wurden entführt. In der LAN-Agentur von Buenos Aires explodierte eine Bombe.

Auf der anderen Seite blieben auch die Polizei und das Militär nicht untätig. In der Provinz Mendoza entdeckte man ein Waffen- und Munitionslager, in dem 25 Tonnen Munition und Sprengstoff gelagert waren. Vor einem Besuch Videlas in Santa Fé deckten die Sicherheitskräfte einen Aktionsplan der Extremisten auf. In der Provinz wurden innerhalb weniger Tage *1 terrorista, 8 guerilleros, 4 extremistas* (so in der Presse zu lesen) sowie 3 Männer und 1 Frau, die aus einem Haus das Feuer auf die Polizei eröffnet hatten, erschossen. Am 25.3. gab es allein in Buenos Aires 3 Tote aus der Subversionsszene. Aber auch völlig Unbeteiligte geraten immer wieder in die Schusslinie der Polizei, wie z.B. ein Verwandter des brasilianischen Konsuls in Buenos Aires, der wenige Tage vor meiner Ankunft in Argentinien nachts auf der Straße erschossen worden war. Es sei auch an die Verschleppung von Mauricio López, des in der gesamten Ökumene geschätzten protestantischen Philosophieprofessors, aus seiner Wohnung in Mendoza zu Beginn des Jahres 1977 erinnert. Trotz weltweiter Bemühungen war es nicht

gelungen, seinen Aufenthaltsort in Erfahrung zu bringen. So waren Terror und Repression überall im Lande nicht zu übersehen.

Ein Beispiel dafür mag das Schicksal des Arztes und Medizinprofessors Dr. Adolfo Gass sein, der wesentlich in der Zeit zwischen den ersten beiden Mandaten Peróns wirkte. Unter Illia (1963) war er bis zum Putsch 1966 Botschafter in Israel. Bei den Wahlen 1973 errang er ein Abgeordnetenmandat für die *Unión Cívica Radical* (UCR), mit einer Laufzeit bis 1977. Als die Militärs 1976 die Macht ergriffen, wurde er aller seiner Ämter enthoben. Zunächst erlitt er subtile Verfolgung, beobachtete jedoch, wie die Situation für ihn täglich gefährlicher wurde. Als er sich entschloss, das Land zu verlassen, verweigerte man die Ausstellung von Pässen für ihn und seine Familie. So suchte er in der Botschaft von Venezuela Schutz und wurde nach Caracas ausgeflogen. Kurz darauf plünderte eine Gruppe von Leuten sein Haus und brachte danach eine Bombe zur Explosion, die das gesamte Gebäude zerstörte. Eine große Zahl seiner Parteigenossen - auch Anhänger anderer Parteien und Gewerkschaftsmitglieder - waren verfolgt, entführt, inhaftiert und ermordet worden. Gass war dessen gewiss, dass dahinter die *Junta Militar* steckte. Die Gewalt käme von denen, die den Putsch durchgeführt hätten, erklärte er. Die Verfolgung richte sich gegen solche, die für demokratische Verhältnisse, gegen den Imperialismus und für die Menschenrechte kämpften. Für die allgegenwärtige Gewalt sei die Regierung verantwortlich. "Es gibt in diesem System keine *parallele Gewalt*, keine unkontrolliert agierenden parapolizeilichen Gruppen, abgesehen von dem Kampf *guerrilla*-Regierung. Entsprechend den offiziellen Erklärungen der Regierung liegt die Repression in Argentinien ausschließlich in der Hand der staatlichen Gewalt." Es gab keinen Grund, daran zu zweifeln. Emilio F. Mignone hatte es bereits Anfang April 1976 - sechs Wochen vor der Entführung seiner Tochter aus seiner eigenen Wohnung - begriffen, als er bei einem Empfang des *Banco Interamericano de Desarrollo* unbeabsichtigterweise Zeuge einer Unterhaltung hochkarätiger Funktionäre mit General Alcides López Aufranc geworden war. Die Rede war auf einen möglicherweise bevorstehenden Streik gekommen. Als einer der Anwesenden bemerkte, er habe vernommen, dass 23 Betriebsräte verhaftet worden seien, beruhigte ihn der General mit den Worten: *No se preocupe, todos estan bajo tierra* - "kein Grund zur Beunruhigung, alle sind bereits unter der Erde." (Emilio F. Mignone, *Iglesia y Dictadura*, Buenos Aires 1986)

Die grenzenlose praktizierte politische Gewalt - sowohl gegen die Diktatur als auch gegen ein paar der mehr oder weniger verfassungsgemäß gewählte Regierungen der jüngeren Zeit - die beispiellose Gewalt, die während der von den Militärs veranstalteten Orgie von Staatsterror ausgebrochen war, bewirkte beim Volk zum Schluss Ekel und Abscheu vor jeglicher Gewalt und führte damit auch zur Entmythologisierung militanter Gruppen wie die der *montoneros*.

Der Staatsterror zog in Argentinien nicht erst mit dem 24. März 1976 ein. Er hatte bereits eine lange Geschichte, zu der auch Ereignisse wie die des Massakers von

Trelew gehörten. In der Vorweihnachtszeit des Jahres 1976 kam ein weiteres nationales Trauma hinzu:

Am 13. Dezember 1976 wurden - während einer vorgetäuschten Verlegung einer Gruppe politischer Gefangener vom Gefängnis der Stadt Resistencia ins Gefängnis der Ortschaft Formosa - in einer abgelegenen Gebirgsregion auf der Höhe von km 1.042 der *Ruta Nacional 11* bei Margarita Belén sämtliche Häftlinge vom Begleitkommando kaltblütig erschossen. Die amtliche Version des unglaublichen Vorgangs lautete, der Konvoi sei von einer bewaffneten Bande angegriffen worden, der es entweder um die Befreiung der *subversivos* oder aber - aus Angst, diese könnten sie bei einem Verhör vielleicht belasten - um deren Liquidierung gegangen sei. Es habe Tote unter beiden Gruppen gegeben; einigen Gefangenen sei es gelungen zu fliehen.

In Wirklichkeit war das Massaker bereits Tage zuvor von hohen Chargen der Streitkräfte geplant worden, unter Anführung des Militärgouverneurs der Region, Oberst José Zucconi, und des Oberstleutnants Jorge Alcides Larrateguy, die in einem Militärhubschrauber die Gegend, in der sich das Verbrechen dann abspielte, inspiziert hatten.

Man weiß heute, dass es sich bei dem Unternehmen um eine Aktion im Rahmen des *Plan Condor* gehandelt hatte. Entsprechende Dokumente wurden in dem von Dr. Martín Almada in Lambaré, einem kleinen Ort in der Nähe von Asunción, entdeckten "*archivo del terror*" gefunden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich unter den ermordeten Gefangenen auch Paraguayer und Brasilianer befunden haben. Bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung der vorgefundenen sterblichen Überreste wurden bisher 22 registriert. Die genaue Zahl der Massakrierten konnte bis dato nicht ermittelt werden.

Diese Männer und Frauen kamen nicht in irgend einem verborgenen Konzentrationslager (die es auch gegeben hat) um, sondern sie starben, wie Tausende, als Gefangene der Diktatur in regulären Gefängnissen, die nichts anderes waren als vom Gesetz abgedeckte Konzentrationslager, in denen gefoltert und füsiliert wurde und aus denen "Verlegte" auf Nimmerwiedersehen verschwanden.

Die *guerrilla* verstand sich als Antwort auf solchen Terror "von oben", doch er wurde mit einer "Erbsünde" geboren: er verstand sich als Alternative zum Widerstand der Bevölkerung und agierte am Rand des Volkes als das Werk einer "erleuchteten Vorhut" *(vanguardia iluminada)* - wie viele Kritiker es heute sehen - und agierte losgelöst von den Erwartungen und Bedürfnissen des Volkes. Und schlimmer noch: der "Fokismus" infizierte oder kontaminierte sich immer mehr mit dem Feind, den er bekämpfen wollte: mit dessen Militarismus, mit dessen Verachtung der Wünsche und des Willens des Volkes, mit dessen messianischem Elitebewusstsein, mit

dessen *aparatismo* und seiner doppelten Moral. Mit alledem trat er die Menschenrechte mit Füßen, deren Verteidigung er doch auf seine Fahnen geschrieben hatte.

Im Juni 1974 waren mehrere Mordanschläge der *Triple-A* - z.B. *la masacre de Pacheco* - zu verzeichnen. Damit hatte sich der aktuelle "Peronismus" genau der Methoden der Militärs (Trelew) bedient und spätestens hier seine "Unschuld" verloren. Im übrigen, so sehen es viele Kritiker, verwandelte sich die *guerrilla* objektiv in die Komplizin des Putsches, indem sie ihn sozusagen rechtfertigte, ungeachtet der globalen Strategie der "Nationalen Sicherheit" die vom "Imperium" ausging, sowie des berüchtigten Ablegers im Süden des Subkontinents, des "*Plan Condor*" bzw. der "*Operação Condor*". Die Ideologie der "Nationalen Sicherheit", die Ideologie des "inneren Feindes", überflutete die "Westliche Welt" - und insbesondere den "Hinterhof" - sintflutartig, seit Ronald Reagan die Parole ausgegeben hatte: "Nicht einen Meter weiter mit der Revolution, in keinem Land der Erde!" (Es ist nicht von ungefähr, dass just ein Argentinier, nämlich Federico J. Pagura, Bischof der *Iglesia Evangelica Metodista Argentina* und Gründer des *Movimiento Ecuménico por los Derechos Humanos* (MEDH) anlässlich der Amtsübernahme des neugewählten US-Präsidenten einen Offenen Brief an Barack Obama und Hilary Clinton schrieb, in dem er die neue Administration aufforderte, "das Netzwerk der Ideologie der Nationalen Sicherheit, die unseren Völkern so viele Tote und Zerstörung gekostet hat, endlich aufzulösen."

Am 9. März 2009 wandte sich auch Dr. Martín Almada aus Asunción, Träger des *Premio Nobel Alternativo de la Paz* und Mitglied des *Comité Ejecutivo de la Asociación Americana de Juristas* (AAJ), in einem Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Barack Obama, in dem er diesen um die Schliessung der *Escuela de las América* bat und vorschlug, dieselbe in eine UNIVERSIDAD POPULAR DE LOS DERECHOS HUMANOS Y ECOLOGIA umzuwidmen. Wie Guantánamo sei die auf dem Gelände der Militärbasis von Georgia situierte School of the Americas (SOA) untrennbar mit der Folter und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verquickt. „Ich erinnere mich", schreibt Almada, „dass ich am 26 November 1974 in Asunción von Militärattachés aus Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile und Uruguay und ohne Frage auch von Angehörigen der paraguayischen Armee und Polizei brutal gefoltert worden bin, weil ich mich für meine, der Universidad de La Plata Argentina vorgelegte, Doktorarbeit - „Paraguay. Educación y Dependencia" von der befreienden „Pädagogik der Unterdrückten" des grossen brasilianischen Erziehers Paulo Freire hatte inspirieren lassen: dieser galt seinerzeit als subversiv.

Alle, die mich gefoltert haben, hatten einen Kurs in der *Escuela de las Américas* in Panama absolviert. Ich beobachtete, dass im Folterraum des Gefängnisses, in dem man mich festhielt, während eines Monats über 200 Personen gefoltert wurden. Der Grund dafür: sie dachten anders als die paraguayische Regierung unter

General Stroessner, der von dem damaligen Vizepräsidenten der USA, Richard Nixon, als der Champignon des Antikommunismus in Lateinamerika bezeichnet worden war." Dr. Almada sprach in seinem Brief zurecht von einer „juristischen Mitverantwortung" für die in seinem Land und in den zum *Phoenix Program* zu zählenden Ländern auf internationaler Ebene begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Almada hatte am 22. November 1992 das ARCHIVO DEL TERROR der Stroessner'schen Geheimpolizei entdeckt und war dabei auch auf die ACTA DEL NACIMIENTO DE LA OPERACIÓN CONDOR - Phoenix Program - gestossen. Dabei handelte es sich um einen „kriminellen Pakt unter den Militärregierungen der 70er Jahre Argentina, Bolivia, Brasil, Chile, Paraguay y Uruguay, dem über 100.000 Personen in der Region zum Opfer fielen. über die Hälfte der Betroffenen waren Gewerkschaftler, Studenten, Professoren, Anwälte, Ärzte, Priester und Nonnen, Journalisten, Verteidiger der Menschenrechte, Künstler, Intellektuelle, LA CLASE PENSANTE DE AMERICA LATINA - die Klasse der Denker Lateinamerikas.". Zu den „geistigen Tätern" der an diesen Menschen verübten Verbrechen zählt Almada den damaligen Secretary of State der USA, Henry Kissinger, gegen den er im Jahre 2002 in Santiago de Chile Klage erhoben hat.

Übrigens gibt es inzwischen eine Reihe von eindrücklichen Dokumenten zum Komplex der antisubversiven Kriegsführung auf internationalem Terrain, bei dem Frankreich mit den in seinen Kolonialkriegen - insbesondere in Algerien und Vietnam - gewonnenen Erfahrungen eine Art Führungsrolle unter den westlichen Sicherheitsdiensten gespielt und z. B. auch in Argentinien kräftig mitgemischt hat. So ist es auch nicht zu verwundern, dass an die französische Botschaft gerichtete Hilfeersuchen seitens Angehöriger entführter oder verschwundener franco-argentinischer Herkunft erfolglos blieben: „no acontecia absolutamente nada ..." („Escuadrones da la muerte; la escuela francesa" http://www.piensachile.com/content/view/5292/1/). Beteiligte aus mehreren Ländern sprechen vor der Camera frei und unbedarft über ihre frühere Funktion; so z. B. ein amerikanischer Offizier, der den Auftrag seiner Abteilung militärisch kurz und präzise definiert: „exporting intelligence" und „we explained torture" und sich auch nicht scheut, im Blick auf die Folteropfer hinzuzufügen: „what to do with those people? - they were executed". Und dann hört man einen Zeugen von der Routine der Tötungsmaschine ESMA in Buenos Aires berichten: vom wöchentlichen „dia de traslado" - manchmal waren es auch zwei Tage - an denen die Helikopter mit den Folteropfern starteten, die kurz darauf bei lebendigem Leibe ins Meer geworfen wurden - „por motivo de capacidad". Das Morden hatte seine wissenschaftliche und technokratische Logik.

Der *montonerismo* - ebenso wie sein marxistisch geprägtes Pendant - geprägt von Sektiererei und Autoritarismus - brachten unzählige junge Menschen unter die Erde. Er trieb sie in die "*máquina de picar carne*" - in den "Fleischwolf" der

Repression. Auf fast alle ihre *militantes* wartete ein grausamer Tod. Dabei waren es de facto nur wenige, die stricte dictum im Kampf mit dem Feind fielen. Die meisten gingen vor dem Ende durch unbeschreibliche Höllenqualen, andere wurden gnadenlos hingemordet und ihre sterblichen Überreste verschwanden an unbekannten Orten. Am 14. Dezember 2008 gedachten Freunde und Angehörige eines dieser : Guillermo Pablo Jolly. Von einem *compañero* verraten, der den unsäglichen Torturen, denen man ihn in der Haft unterzogen hatte, nicht länger hatte widerstehen können, lauerte man dem ahnungslosen Jolly in einer Bar auf, die ihm als Treffpunkt genannt worden war und nahm ihn auf der Stelle fest. Nachdem er eine Woche lang schreckliche Folterqualen erlitten hatte, versprachen ihm seine Peiniger, ihn forthin in Ruhe zu lassen, wenn er bereit sei, ihnen seine Genossen auszuliefern. Er zeigte sich kooperativ und schlug vor, mit den *compañeros* ein Treffen am Bahnhof *Migueletes* einzufädeln. Die Sicherheitsagenten gingen darauf ein und verbrachten den Gefangenen zur genannten Bahnstation. Als sie am Bahnsteig angekommen waren, machte Jolly seine Bewacher darauf aufmerksam, dass aus einem Treffen mit seinen Genossen nichts werden könne, solange man ihn an den Armen festhalte. Wenn sie keinen Verdacht schöpfen sollten, müsse man ihn schon frei umherlaufen lassen. Dies leuchtete den Bewachern ein und man ließ ihn los. Als sich der Zug näherte, warf er sich vor die Lok und war auf der Stelle tot. Er hatte seine Freunde nicht verraten und war der Folter entronnen.

Die große Mehrheit des Volkes hat diese Menschen nicht vergessen. *"No hay un hogar argentino que no llore a un hijo, a un padre, o un hermano, desaparecido o encarcelado",* konstatiert ein einstiger "*militante".* Den größten Anteil an den n der Diktatur hatte die Altersgruppe 21-25, gefolgt von der Altersgruppe 26-30. Wenn man die ganz Jungen - 15-20 dazu nimmt, kommt man auf einen Anteil dieser Gruppe von ca. 70%. (*NUNCA MAS Informe de la COMISION NACIONAL SOBRE LA DESAPARICION DE PERSONAS*, Buenos Aires 1985, S. 294) Es waren ihre Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern, Väter und Mütter, Ehemänner und Ehefrauen. Zu Beginn des Monats Februar erreichte mich eine kurze Nachricht aus Buenos Aires mit folgendem Inhalt: "Heute, am 1. oder 2. Februar, ist es 32 Jahre her, dass sie Ángel Georgiadis, meinen Gefährten und Vater von Maria de la Paz im Gefängnis von La Plata umgebracht haben. Sicherlich haben sie ihn zum 7. Regiment gebracht. Das Datum ist nicht sicher, denn im Telegramm wird ein Tag, in der Sterbeurkunde ein anderer genannt. Ich wollte die Erinnerung mit euch teilen, eine schlichte Weise des Gedenkens." Es ist bewegend zu erleben, wie die Angehörigen der noch heute ihrer ermordeten Verwandten gedenken. Aber ihre Anführer, wie Rodolfo Walsh und Mario Eduardo Firmenich mit Norma Arrostito etc. wurden von den Argentiniern mitnichten zu Volkshelden erhoben.

Der Ruhm der Welt verblaßt. So ging es auch mit dem *Caudillo* der Aufbruchszeit. Schon nach 1955 Peronist zu werden, bedeutete, einem Mythos anzuhängen. Nach dem Rückzug der Militärs in den 80er Jahren war nicht nur deren *gloria* zuende, sondern auch der Mythos Perón hatte seine Zeit überschritten.

Was blieb, war nicht allein das Bild des größten Sozialreformer des modernen Landes Argentinien, dem es zumindest ansatzweise gelungen war, die *clases humildes* - z. B. durch die Reform des Sozialversicherungswesens - in den Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung einzubeziehen, sondern auch die Erinnerung an einen *Caudillo*, der an Figuren wie Hugo Chávez erinnert, welcher sich zwar lautstark als *integracionalista* mit einer *visión continentalista* gibt und die *bolivarianistische* Idee nicht laut genug verkünden kann, im Grunde jedoch durch und durch nationalistisch geprägt ist und auch dementsprechend handelt. Als *dictadorzito* bezeichnete ihn der nach Peru geflüchtete Oppositionsführer Manuel Rosales, In diesem Sinne war wohl auch Perón *integracionista, continentalista* und ein *bolivarianistischer* Vorkämpfer der *Unión Continental*, der Einheit Lateinamerikas. Wie meilenweit entfernt Perón von bolivarianistischen Überzeugungen de facto gewesen ist, zeigt u. a. sein gestörtes Verhältnis zum brasilianischen Rivalen. Dieses ideologische Erbe war noch unter den Militärs virulent, welche die Brasilianer als ein „nicht ernst zu nehmendes Negervolk" und den damaligen brasilianischen Außenminister als „unfähigen Mulatten".bezeichnet hatten, wie dies einer Bemerkung des Bonner Botschafters vom 28.7.77 an das Auswärtige Amt zu entnehmen ist.

7.) Akzeptanz und Ablehnung des Putsches

Die uns vorliegenden Schilderungen der Lage des Landes und des Zustands der Gesellschaft vermitteln ein eindeutiges Bild der Gegebenheiten in jener Phase: die Gesellschaft versank in irrationaler Gewalt und befand sich am Rande einer totalen Anarchie.

"Mittels der Intervention - die sie als einen Prozess der Nationalen Reorganisation bezeichneten - nahmen sich die Streitkräfte vor, die Subversion zu überwinden und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erreichen. Das Ende dieses Prozesses der "Reorganisation" des Zusammenlebens zwischen den Argentiniern würde dann in eine authentische Demokratie einmünden." (Walter Techera, *Revista Parroquial de la IERP*, Abril 1996) Bei einem Besuch in Managua (unter Somoza) im Juni 1977 nahm das Juntamitglied, Admiral Massera, sogar in Anspruch, seine Regierung und die Regierungen befreundeter lateinamerikanischer Militärregime seien "als Bollwerk, nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen den moralischen Zerfall der westlichen Welt, die Gefahr laufe, ihre Seele zu verlieren", zu verstehen.

Weite Kreise der Bevölkerung akzeptierten die Militärherrschaft, was vielfach bezeugt wurde und noch immer bezeugt wird. "Wie so oft in Krisenzeiten, wird der Staatsstreich von einem Teil der Gesellschaft mit einer gewissen Erleichterung

hingenommen. Viele Kleinbürger sind einer korrupten und demoralisierten Regierung überdrüssig und von der alltäglichen Gewalt erschreckt und hegen die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Ordnung." (Flávio Koutzii, *Pedaços de Morte no Coração*, Porto Alegre, 1984) Sogar die "orthodoxe" Kommunistische Partei (Partido Comunista Argentino) stellte sich nicht gegen den Putsch, sondern hielt seine Maßnahmen für erforderlich; so jedenfalls liest es sich bei dem Aktivisten der kommunistischen - marxistisch-leninistischen - Jugend (PCML): "Die Kommunistische Partei unterstützt durch ihre höchsten Führer, wie Fernando Nadra, einen Staat, der die Repression monopolisiert, um die Revolution zu vernichten, den Terrorismus der Linken und der Rechten. Er ist einverstanden mit einem faschistischen Projekt wie das des Generals Videla ... Diese falsche Kommunistische Partei versucht die Diktatur zu rechtfertigen. Der "demokratische" General Videla - wie ihn die Kommunistische Partei bezeichnete - hat angesichts der argentinischen kirchlichen Hierarchie, die sich für eine Veröffentlichung der Liste aller Gefangenen ausgesprochen hatte, entgegnet, dass man dem Terrorismus der Linken keine Informationen zukommen lasse, schließlich befinde man sich im Krieg ... Der Partido Comunista kooperiert fundamental mit oligarchischen und bürgerlichen Gruppen wie auch mit der Spitze der Streitkräfte." (Alberto Cárdenas. Politica estudantil PCML, *El Caso Argentino*, *Hablan Sus Protagonistas*, BsAs, 1977)

Über die Haltung der dominierenden Kirche konnte kein Zweifel bestehen. Dem Nuntius des Vatikans warf man vor, er habe ein geheimes Konzentrationslager besucht und sei von einem *Verschwundenen* gebeten worden, seine Familie davon in Kenntnis zu setzen, dass er sich in dem Lager Nueva Baviera in der Provinz Tucumán befinde. Pio Laghi habe diese Bitte nie erfüllt, sondern geschwiegen. In einer weiteren Pressemeldung beschuldigte man 15 Geistliche der Mitwisser - oder gar der Mittäterschaft. Die argentinische Presse berichtet noch heute über zum Teil schier unfassbare Details aus der hierarchischen Kirche. In den Augen deutscher Beobachter war "die Einstellung der Kirche zu dem argentinischen Militärregime vorwiegend positiv." Der Vatikan betrachte die argentinische Armee offenbar als ein "Element der Sauberkeit, der Kompetenz und der Stabilität." Zwischen Kirche und Staat gebe es keinerlei ernsthafte Probleme. Allerdings habe sich das Klima später etwas verändert. Besonders belastend wirkten sich die ungeklärten Morde an zahlreichen Priestern aus, berichtete die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland nach Bonn. (4.8.76) Im übrigen habe sich die Kirche "von der Bedrohung durch die Bewegung der Priester der Dritten Welt ... inzwischen befreit. Diese haben sich gebeugt ... eine Handvoll sitzt in argentinischen Kerkern," merkte ein diplomatischer Chronist an.

Auch protestantische Einwanderer- oder Missionskirchen, unterschieden sich bezüglich ihrer Stellung zu den Militärs von der katholischen Kirche kaum, wofür es eindeutige Zeugnisse gibt. So konstatiert Pastor Enrique Bösenberg (*Revista Parroquial de la IERP*, Marzo 2001): "In den Leitungsgremien und in den Pfarreien

begrüßte man überwiegend die Militärdiktatur und leugnete die Tatsache der Entführungen und Folterungen." Der Berichterstatter fügt barmherzigerweise hinzu: "Dieses Abstreiten war eine künstliche Blindheit, um der Wirklichkeit nicht in die Augen sehen zu müssen."

"Sie stellten weder die Legitimität noch die Legalität des "Prozesses" in Frage... Ihre [der Militärs] Hauptziele und die Grundlage ihrer Legitimität waren die Eliminierung der Subversion und das Voranbringen der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Putsch wurde mit Erleichterung oder Resignation aufgenommen. Seine Legitimation (Rechtfertigung) gründete sich auf die politischen Bedingungen, denen das Land ausgesetzt gewesen war... Niemand war dazu bereit, eine Regierung zu verteidigen, die mit sieben Millionen Stimmen gewählt worden war." (Walter Techera, *Revista Parroquial de la IERP*, Abril 1996)

"Die Kirchen unterhielten freundliche Beziehungen zu den faktischen Autoritäten. Ein Beispiel dafür ist das Essen am 29. September 1976 mit General Jorge R. Videla, zu dem führende Persönlichkeiten der katholischen, protestantischen und orthodoxen Kirche eingeladen worden waren. Als der Vertreter der Föderation Evangelischer Kirchen in Argentinien (FAIE) seine Besorgnis bezüglich der kursierenden Hinweise auf Entführung und Folterung zur Sprache brachte, erwiderte Videla mit dem Hinweis, "das Land befinde sich im Krieg."... "Jedenfalls brachten es die historischen protestantischen Kirchen, obgleich sie sich in ihren Gemeinden selbst mit dem Phänomen der "Verschwundenen" konfrontiert sahen, nicht fertig, eine konkrete und umfassende Verurteilung des Militärregimes zu artikulieren." Es muss allerdings angefügt werden, dass sich diese Kirchen bereits vor dem Militärputsch der politischen Flüchtlinge aus Uruguay und Chile angenommen hatten, z.B. mittels des von P. Armin Ihle verwalteten Programms *Comisión Argentina para los Refugiados* (CAREF). "Bereits vor dem Putsch und vor der Initiative des Weltrats der Kirchen (CMI) hatten die historischen protestantischen Kirchen auf die Nöte der politischen Flüchtlinge aus Uruguay und Chile reagiert; ihr Engagement im Rahmen der Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte schloss allerdings nicht zugleich die Verurteilung der Diktatur als solche ein. Die EKALP begrüßte die Repression der Subversion, verurteilte jedoch die Exzesse bei der Durchführung derselben." Der damalige Kirchenpräsident Peter Lienenkämper besass allerdings den Mut, beim Besuch einer Delegation des Weltrats der Kirchen zu erklären: "Ein so unerhörtes Geschehen wie Raub und Folterung einer Person beim Namen zu nennen, wer immer auch die Täter sein mögen, ist [...] die Pflicht eines Christen, und man kann sie nicht mit dem Schlagwort *antiargentinische Kampagne* disqualifizieren." "Allerdings wurde die Haltung Lienenkämpers nicht von der Mehrheit geteilt." (Walter Techera, a. a.O. S. 6) Sein Nachfolger im Amt, Rodolfo R. Reinich, der seinerzeit auf mein Ersuchen hin u. a. einen seit Jahren inhaftierten politischen Gefangenen aus Córdoba regelmäßig besuchte, erklärte in einem "Brief des Kirchenpräsidenten" (4/1996) in Erinnerung an die Ereignisse der Periode 1976 bis 1983: "Als evangelische

Gemeinden müssen wir bekennen, dass wir oft geschwiegen haben, wenn wir hätten reden sollen und dass wir diejenigen allein gelassen haben, die den Mut hatten, Gewalttätigkeiten anzuzeigen und etwas zu machen, um Menschenleben zu retten, während wir uns vom Los jener, die anders dachten und handelten als wir, fern hielten." [Die bittere Erfahrung der EKALP während der Zeit der Diktatur hatte am Ende die Einbeziehung der UNO-*Declaration of Human Rights* von 1948 in die "Ordnung des kirchlichen Lebens" zur Frucht. Darin heißt es in Art. 6 u. a.: "Es gehört zum Auftrag der Kirche, Verantwortung auch im Blick auf die Gesellschaft, in der wir leben, zu tragen, insbesondere bezüglich der Verteidigung der Menschenrechte (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948)." *Regime Eclesial de la Iglesia Evangelica del Rio de la Plata* (1998) Art 6.]

8.) Flüchtlingsbetreuung und humanitäre Hilfe seitens der Kirchen

Vom humanitären Engagement der IERP, insbesondere im Kontext der Flüchtlingshilfe, konnte ich mir in jenen Jahren selbst ein Bild machen. Seit Mitte der 70er Jahre unterhielt ich - damals im ÖSW Bochum mit dem Ökumenischen Stipendienprogramm, einschließlich eines effektiven Flüchtlingsprogramms, befaßt - kontinuierlich Kontakt mit meinem Kollegen Armin Ihle, CAREF-Generalsekretär in Buenos Aires.

Mein Besuch bei CAREF erfolgte just zu einem Zeitpunkt, zu dem ein Polizeifotograph der 6. *Comisaría* im Büro P. Ihles erschien, um sich nach dem sechs Tage zuvor geschehenen bewaffneten Überfall auf das Büro *der Comisión Católica Argentina de Imigración (CCAI)* und der *Comisión Coordinadora de Acción Social (CCAS),* in dem auch CAREF funktionierte, im Gebäude *calle Venezuela 2048* zu erkundigen und fotographische Aufnahmen zu machen. Inzwischen war alles längst aufgeräumt. Ich hatte jedoch die von P. Ihle am 15.3.77 privat geschossenen Fotos gesehen, auf denen die Verwüstung in den einzelnen Büroräumen deutlich zu erkennen war. Was war geschehen?

Am Abend des 14.3.77 fuhren vor dem Gebäude *calle Venezuela 2048* etwa 20 Zivilisten vor und drangen über eine unmittelbar daneben liegende Baustelle in die Diensträume der genannten kirchlichen Stellen ein. Sie rissen die Telefonleitungen aus den Wänden, stürzten Einrichtungsgegenstände um und verstreuten Dokumente. Sie entwendeten eine Anzahl von Telefonapparaten, eine elektrische Schreibmaschine, eine Rechenmaschine und einen Computer. Vor allem entwendeten sie Informationen über Flüchtlinge und Hotels, in denen solche untergebracht worden waren, sowie vertrauliche Korrespondenz mit verschiedenen Botschaften. Dies bedeutete eine akute Gefährdung der Klienten, die von *CAREF, CCAI* und *CCAS* betreut wurden. Im Erdgeschoss des Gebäudes fand man auch

eine Patronenhülse und ein Geschoss, womit das Schloss der Haustür freigeschossen worden war.

Am Morgen nach dem Überfall besuchte eine holländische Regierungsdelegation das Büro, um mit einer Reihe von Flüchtlingen Interviews zu führen. Vermutlich über diese Delegation wurde das Außenministerium der Vereinigten Staaten von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt, da dieses sich noch am selben Tag beim Vertreter des Flüchtlingskommissariats und bei der argentinischen Botschaft in Washington danach erkundigt hatte, was denn in der *calle Venezuela* geschehen sei.

Die betroffenen Stellen hatten sowohl bei der 6. *Comisaría* (deren Hauptquartier nur 100 Meter von *CAREF* entfernt lag) Anzeige erstattet als auch beim Außenministerium protestiert. Eine *schonungslose Aufklärung des Vorfalls* wurde dem Hochkommissariat für Flüchtlinge, unter dessen Protektorat CAREF arbeitete, zugesagt.

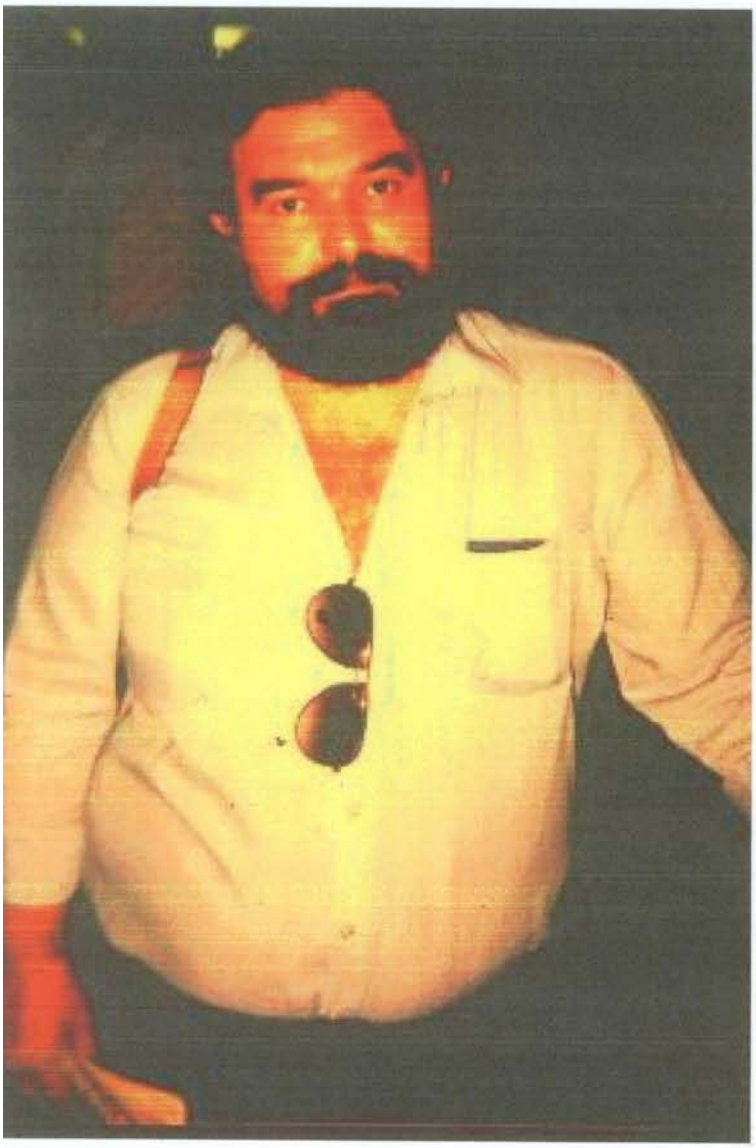
Bei meinem zweiten Besuch im CAREF-*Büro* am folgenden Tag begegnete ich dort erneut der Polizei. Diesmal, acht Tage nach dem Überfall, erkundigte sich ein Polizeiinspektor, der in Begleitung zweier bewaffneter Uniformierter erschienen war, nach den entstandenen Schäden. Die Flüchtlinge, die vor dem Büro P. Ihles auf ein Interview warteten, beobachteten das Eintreten der behelmten und mit Karabinern bestückten Polizisten mit Herzklopfen. P. Ihle überspielte das in einem solchen Augenblick aufkommende Gefühl der Unsicherheit mit der Bemerkung, die recht selbstsicher klingen sollte: *Por favor, no me asusten mis amigos refugiados con sus fuziles!* - "Erschrecken Sie mir bitte meine Freunde, die Flüchtlinge, nicht mit Ihren Gewehren!"

Bestanden zu diesem Zeitpunkt noch Zweifel, was mit dem Überfall letztlich bezweckt werden sollte, so gab es bald handfeste Indizien dafür, dass die Arbeit der Kirchen und insbesondere die des Weltrats der Kirchen auf dem Gebiet der Flüchtlingsbetreuung systematisch in Misskredit gebracht werden sollte. Ich entnahm dies Zeitungsmeldungen, in denen man CAREF ausdrücklich mit *Terroristen* und *Extremisten* in Verbindung brachte. Sowohl *LA NACION* als auch *LA OPINION* vom 31.3.77 berichteten von der Festnahme zweier uruguayischer Flüchtlinge auf dem Internationalen Flugplatz *Ezeiza* in Buenos Aires, die von CAREF und der *Acción Católica* finanziell unterstützt worden seien. In dem, mit doppeltem Boden ausgestatteten Handgepäck der Flüchtlinge, die mit Hilfe des Hochkommissars und *ICEM* Asyl in Holland erhalten hatten, habe man falsche Papiere, Blankopässe, Fotokopien von Dienstsiegeln argentinischer und ausländischer Behörden sowie subversive Schriften gefunden. Beide *extremistas* seien seit November 1976 von *CAREF* mit je 140.000 Pesos unterstützt worden. Uruguay habe inzwischen einen Auslieferungsantrag gestellt. Es gab gute Gründe für die Annahme, daß hinter der ganzen Angelegenheit uruguayische und argentinische Geheimdienste steckten, die lediglich einen *casus* hatten schaffen

wollen, um die Flüchtlingsarbeit der Kirchen zu diskreditieren. Im Kontext der Flüchtlingsbetreuung und der humanitären Hilfe - und hierzu gehörte auch bald die (diskrete) Protektion argentinischer Verfolgter - fanden sich viele engagierte Vertreter insbesondere der evangelischen Kirchen zusammen, deren Motivation aus ihrem Glauben kam, wie Miguel Bonino es einmal formulierte: "Für uns handelte es sich nicht um eine bloße moralische oder humanitäre Pflicht. Was auf dem Spiel stand, war die Authentizität unseres Glaubens, das Recht, uns Christen zu nennen; in diesem Kampf galt es ein Zeugnis unseres Glaubens abzulegen." (*Testimonio de la Solidaridad Internacional*, Buenos Aires, Ministerio Relaciones Exteriores, Comércio Internacional y Culto, 2007, S. 56)

CAREF hatte im Oktober 1973, gleich nach dem Putsch in Chile, mit der Flüchtlingsarbeit begonnen und arbeitete - unter der Schirmherrschaft des Hochkommissars für Flüchtlinge in Lateinamerika - mit der *Comisión Católica de Imigración* und der *Comisión Coordinadora de Acción Social* eng zusammen und war durch die *Resolution DNM 2853ff* 4 vom argentinischen Innenministerium offiziell anerkannt. Hinter CAREF standen die *Igiesia Evangélica Metodista,* die *Ig!esia Evangélica Luterana Unida* und die *Iglesia Evangélica del Rio de la Plata.* Die Arbeit wurde vom WCC unterstützt. CAREF billigte bestimmten Flüchtlingen aufgrund von Kriterien, die der Hochkommissar aufgestellt hatte, offiziell den Flüchtlingsstatus zu. Ausschlaggebend war dabei der Grad der Gefährdung in Argentinien. In dringenden Fällen bemühte sich CAREF um Einreisevisen in bestimmte Länder. Hier war dann auch das ÖSW Bochum gefragt. Nicht oder weniger gefährdete Flüchtlinge wurden, soweit die argentinischen Behörden dies ermöglichten, in Argentinien integriert. 1976 hatte Ihle noch den kühnen Plan einer Ansiedlung chilenischer Flüchtlinge in Argentinien gehegt, ein Projekt, das von EZE in Bonn wohlwollend aufgenommen worden war. Ganz in diesem *ductus* vertrat das Bonner Innenministerium gegenüber dem AA (3.1.77) im Blick auf Chileflüchtlinge in Argentinien, denselben "Lebensmöglichkeiten in Ländern ihres bisherigen Lebensraumes" zu eröffnen. Die Realitäten des Lebens haben derartige Utopien bald zur "Lyrik" werden lassen.

Von Ende 1973 bis Ende 1976 billigte CAREF 14.119 lateinamerikanischen sowie einigen vietnamesischen Flüchtlingen in Argentinien den Flüchtlingsstatus zu. Die meisten Menschen, die in Argentinien Zuflucht vor Verfolgung suchten, kamen aus Chile (22.254) und Uruguay (4.581), Kuba und Vietnam. Im Jahre 1976 übertraf die Zahl der Flüchtlinge aus Uruguay die der Chilenen. CAREF konnte von 1973 bis Ende 1976 immerhin 5.992 Flüchtlingen zur Ausreise ins Ausland verhelfen. Die Länder Lateinamerikas schieden, mit Ausnahme von Kuba, als Aufnahmeländer aus, da keines von ihnen die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hatte. Die wichtigsten Aufnahmeländer waren damals Kanada, Schweden, Frankreich, Holland und Österreich. Die Bundesrepublik war seinerzeit noch äußerst zurückhaltend, was die Aufnahme südamerikanischer Flüchtlinge anging, eine Zurückhaltung, die allerdings von der DDR noch übertroffen wurde. Nach den zu jenem Zeitpunkt



bestehenden Weisungen aus Bonn konnten z.B. uruguayische und paraguayische Staatsangehörige nicht in eine geplante Aufnahmeaktion einbezogen werden, wie die deutsche Botschaft Buenos Aires in einer Notiz an das AA vom 30.12.76 bemerkte.

Neben anderen Faktoren, die sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Region hemmend auswirkten, war die Furcht vor terroristischen Aktionen in jenen Jahren auch in Deutschland groß. In den Medien war immer wieder von der Bewegung 2. Juni, Baader-Meinhof-Bande, RAF - Rote Armeefraktion -, Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers, Entführung der LH-Maschine Landshut, Mogadischu, Carlos, Tupamaros, Montoneros etc. zu lesen. Die deutsche Auslandsvertretung in Argentinien erwähnte in ihrer Korrespondenz "beabsichtigte Attentate auf chilenische und argentinische Einrichtungen in Deutschland durch aus den Niederlanden und Belgien eingesickerte Personen" oder einen "Attentatsversuch auf den chilenischen Botschafter in Paris durch *el Grupo Defensa de la Libertad*." (1.7.76)

Auch die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland selbst fühlten sich vom internationalen Terrorismus bedroht. Was am 24.4.75 in Stockholm geschehen war - deutsche Terroristen hatten dort unsere Botschaft überfallen - war allen noch in guter Erinnerung. Die Konsequenz war verstärkter Polizeischutz für diplomatische und konsularische Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland durch die Gastlandregierungen, z. B. in Buenos Aires sowie u. a. in Managua, Quito und San Salvador. Eine potentielle Gefährdung bestand nicht nur für die Gebäude oder Büros der Auslandsvertretungen, sondern auch für die in jenen Ländern tätigen Diplomaten. Infolge der prekären Sicherheitslage und des Terrors in Argentinien hatten sich die Lebensbedingungen für die Bediensteten der dortigen Vertretung ganz erheblich verschlechtert. Symptomatisch für die Lage insgesamt war ein Artikel im STERN (187) - *Der Terror nimmt in Argentinien täglich mehr zu* - in dem über einen Plan berichtet wurde, nach dem die Botschaft Buenos Aires eine schnelle und totale Evakuierung sämtlicher deutscher Firmenangestellter aus Argentinien vorbereite. Die Botschaft dementierte und wies auf eine Zahl von zwischen 50.000 und 200.000 Deutschen hin ... Worum es tatsächlich ging, war der Schutz der Auslandsvertretungen und ihrer Mitarbeiter. Immerhin hatte es bereits einen Überfall auf das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Córdoba gegeben und in Bahia Blanca waren am 29.6.76 die Räume des Honorarkonsuls der Bundesrepublik Deutschland - und zwar von "Angehörigen des 5. Heereskorps - durchsucht worden. (Bericht der Sicherheitsgruppe vom 1.7.76) Es ist leicht zu verstehen, dass die Botschaft in der Hauptstadt den am 11.11.76 auslaufenden Vertrag mit einem Bewachungsinstitut zunächst um weitere drei Monate zu verlängern wünschte.

Es darf nicht wundern, dass es unter diesen Umständen auch eine spezifische Zusammenarbeit auf der Polizeiebene gab. So berichtete unsere Botschaft in

Buenos Aires an AA , dass sich der Polizeipräsident in Berlin, Klaus Hübner, vom 10.-14.9.1976 im Kontext des Eröffnungsfluges der Lufthansa in Buenos Aires befunden hatte. "In ihrem Bemühen um einen deutschen Besucher zeigten die argentinischen Sicherheitskräfte ein demonstratives Interesse an engen Kontakten zu der deutschen Polizei. Bezeichnend ist, dass der Chef der Bundespolizei zusammen mit seinem Vertreter und mehreren leitenden Beamten seines Hauses an den beiden mit den Besuchen verbundenen gesellschaftlichen Veranstaltungen teilnahmen." (18.9.76) "Eine *unmittelbare* Verbindung zwischen deutschen und argentinischen Terrorgruppen ist hier bisher nicht festgestellt worden. Es liegen keine Anzeichen dafür vor, dass Deutsche aktiv in den hiesigen Hauptgruppen des Linksterrors , ERP und Montoneros, tätig sind. Für die Zukunft wird eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen deutschen und argentinischen Gruppen nicht ausgeschlossen. Im Interesse beider Länder sollte einer solchen Entwicklung bereits jetzt Rechnung getragen werden ... Beide Seiten vertreten die Ansicht, dass ein wesentliches Mittel in der Terroristenbekämpfung darin bestehen müsse, die Mobilität im Bereich des Nachrichtenaustausches zu erhöhen. (Der Chef der Bundespolizei erwähnte in diesem Zusammenhang angesichts der wachsenden Terrorbewegungen auf internationaler Ebene die Möglichkeit, bei Auslandsvertretungen der betreffenden Länder spezielle Sicherheitsreferenten einzusetzen.)"

Die Einstellung der argentinischen Regierung gegenüber den Flüchtlingen war, wenngleich nicht offiziell definiert, eindeutig negativ. Dies ließ sich auch aus der hohen Zahl der Flüchtlinge ablesen, die bereits einmal verhaftet gewesen oder entführt worden waren. Seit 1975 waren dies etwa 1.500. Während meines Besuches bei CAREF im Frühjahr 1977 befanden sich mindestens 100 Flüchtlinge mit UN-Flüchtlingsstatus in Haft. Dazu mußte eine unbekannte (und sicherlich viel höhere) Zahl nichtanerkannter Flüchtlinge, die verhaftet oder verschleppt worden waren, addiert werden.

Im Mai 1974 kam es zur Verhaftung des uruguayischen Flüchtlings Mario Garcia Dotta; im Juni wurde der brasilianische Flüchtling Paulo festgenommen, im September erfolgte die Verhaftung von 300 chilenischen Flüchtlingen in Mendoza, Neuquén und Buenos Aires. Die chilenischen Flüchtlinge Ramos Silva, Quinteros und Valenzuela wurden an Chile ausgeliefert, ebenso 150 chilenische Exilierte in Mendoza. In Bahia Blanca kam es zu einer Massenverhaftung chilenischer Flüchtlinge. Bei einem Überfall auf das Hotel Rich in Buenos Aires kam es zur Verhaftung von 80 chilenischen und uruguayischen Flüchtlingen. Immer wieder waren Gerüchte vom Verschwinden politischer Flüchtlinge zu vernehmen. Eine ganze Reihe von Chilenen wurde "bei Widerstand gegen die Staatsgewalt", "auf dem Gefangenentransport", "bei Befreiungsversuchen" oder "auf der Flucht" erschossen. Es wurde immer häufiger von einer beabsichtigten Abschiebung von Flüchtlingen in ihr Heimatland gesprochen. Ein kirchlicher Gewährsmann aus Buenos Aires bemerkte dazu: "Das wäre ja gleich einem Todesurteil." Seit der

primavera 1974 wurden kontinuierlich chilenische Flüchtlinge ermordet. Im Oktober war die Ermordung des früheren Chefs des chilenischen Generalstabs und Vizepräsidenten der Republik, General Carlos Prats und seiner Frau, zu registrieren. Die "Argentinische Antikommunistische Allianz" (AAA) ließ bei einigen Leichen Zettel mit der Aufschrift zurück: "Tod der chilenischen Linken". In einem Massengrab entdeckte man 25 männliche und 5 weibliche jugendliche Leichen, der AAA oder der Gruppe "Befreier Amerikas".

Seit der Machtübernahme durch die Militärs hatte sich die Lage der Flüchtlinge noch verschlechtert. Nach einer Reihe von Morden - z.B. an dem bolivianischen Ex-Präsidenten Juan Jost Torres - sowie Überfällen auf Flüchtlingsasyle, Entführungen und Ausweisungen wurde die völlige Rechtsunsicherheit und Schutzlosigkeit der lateinamerikanischen Flüchtlinge in Argentinien deutlich.

Hinter den Verhaftungen und Entführungen standen die Sicherheitsdienste der drei Waffengattungen, der offizielle Geheimdienst, die Staats- sowie die Landespolizei, paramilitärische Organisationen wie die *AAA,* aber auch rechtsradikale Geheimorganisationen aus benachbarten Ländern, denn der "*Plan Condor*" war im gesamten südlichen Dreieck des Subkontinents voll in Kraft. Die um das Jahr 1973 in Erscheinung getretene terroristische Vereinigung *Triple-A - "Alianza Anticomunista Argentina"* - (AAA), die sich später auch "Ali*anza Antiimperialista Argentina*" nannte, war ohne Zweifel eine Kreation des Staatsterrorismus. Auf ihr Konto gehen unzählige grausame Mordanschläge. Ihren Höhepunkt erreichte sie in der Zeit nach dem Tode Peróns. Man geht davon aus, dass das Sozialministerium - *Ministerio de Bienestar Socia*l - unter der Leitung von Peróns früherem Sekretär José López Rega, "der Hexer" genannt ("*el Brujo*"), hinter dieser schrecklichen Terrororganisation stand. Argentinien hatte sich nicht nur *in ein von internationalen terroristischen Sekten auserwähltes Objekt mit dem Ziel, großangelegte Experimente zu verwirklichen, verwandelt,* wie es bei *Alejandro A. Lanusse, Mi Testemonio, S. XVI,* heißt, sondern zugleich in ein von den Militärs absolut beherrschtes Schlachtfeld der antisubversiven Kriegführung, der *guerra súcia,* des schmutzigen Krieges, der mit beispielloser Grausamkeit geführt wurde. Prekärer noch als die Lage der Flüchtlinge war daher die Lage der argentinischen Staatsbürger, die im Zuge des *Kampfes gegen die Subversion* verfolgt, inhaftiert und gefoltert wurden und in unzähligen Fällen als ewig "Verschwundene" endeten. CAREF durfte ihnen von der Institution her nicht helfen. Es mussten also andere Wege gefunden werden, Hilfe zu leisten, wobei ganz klar zu sehen war, dass jede Hilfe, die nicht durch die Institution legitimiert war, große Risiken auch für die Helfer mit sich brachte. In einem Brief vom 28.5.76 aus Buenos Aires bemerkte mein alter Freund, Prof. D. Rudolf Obermüller: "Ihle, als Sekretär der Schutzkommission, hatte sich militärisch gefangennehmen lassen, und erreichte dadurch auch, dass ein Bischof, ein Konsulatsangestellter, mehrere Kirchen mit Generälen ins Gespräch kamen. Er wurde nach 12 Stunden wieder frei. Eine Audienz in Außen- und Innenministerium ist allerdings trotz Ersuchens noch nicht bewilligt worden.

("Zeitmangel"). In einem vom (eigenen) Militär okkupierten Lande gibt's natürlich keinen Beschwerdeweg mehr, so wenig wie in Geislingen, Banzershausen, Strössnerheim, Pinochetien, Bordaberien, und seit Breschnew und Fidel von Angola aus den Südatlantik abriegeln können, erst recht nicht." In Wirklichkeit hatte mein Kollege Armin Ihle sich nicht "militärisch gefangennehmen lassen", vielmehr war er am 28. März 1976, nur wenige Tage nach dem Putsch, wie üblich entführt worden. Von seiner Zelle aus konnte er wahrnehmen, wie im Hof 13 Verschleppte erschossen wurden. Einen seiner Mitarbeiter hörte er - unter der Folter schreien. Die deutsche Botschaft sprach mit großer Sorge von der Bedrohung des deutschen Pastors Armin Ihle, der in seiner Eigenschaft als Generalsekretär von CAREF vorübergehend (28./29.3.76) verhaftet worden sei und unterrichtete am 31.3.76 das AA (300 -531.45 ARG), angesichts seiner Gefährdung habe man seine Abberufung aus Argentinien dem KA dringend nahegelegt. Ihle wurde schließlich nach Asunción "entsandt", um "Flüchtlingsfragen für die ev. Kirche zu bearbeiten." Wir haben uns später in Asunción wiedergetroffen. Alles deutete in meinen Augen darauf hin, dass er vom Regen in die Traufe gekommen war.

9.) Zur humanitären Hilfe für argentinische Staatsbürger

Als eine Institution der historischen protestantischen Kirchen in Argentinien besass CAREF kein Mandat zur Unterstützung argentinischer Staatsbürger, die Schutz vor der Repression suchten. Wo es dessen ungeachtet den Willen zur Protektion solcher unglücklicher Menschen gab, war die Gefährdung aller Beteiligten groß. Wir haben damals erfahren, dass es in der Kirche ebenso wie bei CAREF - neben P. Ihle ist hier auch P. Lavigne von der Methodistischen Kirche zu nennen - Personen gab, die Wege der Hilfe suchten und fanden, wo es scheinbar keinen Ausweg gab. Was die Haltung der EKALP und anderer Religionsgemeinschaften in Buenos Aires hinsichtlich solidarischer Signale im Kontext der Menschenrechte betrifft, ist die Retrospektive einer hart betroffenen deutschen Immigrantin, Frau Ellen Marx de Pincus, recht aufschlussreich. Ina Bretz und Alexander Schwarz ist es in ihrem Interview mit Frau Marx - *La desesperación de toda madre* - gelungen, ein eindrückliches individuelles Bild aus den *años de plomo* zu vermitteln (*ARGENTINA - ALEMANIA 150 AÑOS*, hrsg. von der *Embajada de la Repúblia Federal de Alemania* 2007, S. 127 ff.):

Ellen Marx ist 1921 in Berlin geboren und als achtzehnjährige Deutsche jüdischer Abstammung zusammen mit ihren Eltern im Jahre 1939 nach Buenos Aires geflohen, um - ähnlich wie unsere spätere ÖSW-Stipendiatin Irene Löwenstein - der barbarischen Ausrottungsmaschinerie des nationalsozialistischen Reiches zu entrinnen. Seit dem 21. August 1976 zählt ihre jüngste Tochter, Leonor Gertrudis Marx, damals 28 Jahre alt, zu den Ersten der ungefähr 30.000 "Verschwundenen" der *años de plomo* - der schrecklichen Jahre der Diktatur. Wie viele unter den

jüngeren Leuten gehörte Leonor den *Montoneros* an, einer vom Peronismus geprägten militanten Gruppierung jener Zeit, in der sich auch zahlreiche andere politisch radikal motivierte Gruppen, namentlich auch in der Kirche - wie die Bewegung der Priester für die Dritte Welt" oder von den päpstlichen Sozialenzykliken geprägte Bewegungen - entwickelten und gerade die nationalbewusste und sozial empfindende Jugend Argentiniens anzog. So hatte auch Leonor bereits als Fünfzehnjährige begonnen, in einem der vielen Armenviertel der Hauptstadt - *villas miserias* - mitzuarbeiten und sich dort um Kinder zu kümmern. Beruflich arbeitete sie später in einer Druckerei, in der sie mit ihren Gleichgesinnten heimlich Flugschriften herstellte, die des nachts in der Umgegend verteilt wurden. Der Tenor dieser Schriften lief auf die programmatische Feststellung hinaus: *Si Evita viviera, sería montonera* - wäre Evita am Leben, wäre sie *montonera*!

An einem Sonntag (21.12..76) hatte sie sich mit Freunden in einem, im Stadtzentrum gelegenen, Kino verabredet, kam jedoch nicht dort an und blieb seitdem spurlos verschwunden. Die Mutter lief Tag für Tag von Pontius zu Pilatus, um nach der Vermissten zu forschen - in den Ministerien und in allen einschlägigen Polizeistellen - doch die Auskunft war stets die gleiche: "niemand wusste nichts von nichts"...

In der Gruppe der deutschen Immigranten, zu denen sich Mutter Marx hielt, zählte man mindestens hundert Söhne und Töchter, die in jenen Wochen plötzlich wie vom Erdboden verschluckt waren. Die Mütter trafen sich alle vierzehn Tage in der *Esmeralda*, in der sich seinerzeit auch das Büro der EKALP befand. Dort stellte man ihnen einen Raum für ihre Zusammenkünfte zur Verfügung. Pfarrer und Gemeinde von Belgrano unterstützten die Mütter voller Verständnis und Hilfsbereitschaft. Die Gruppe der Mütter suchte alle Kirchen und Religionsgemeinschaften in Buenos Aires auf, um sie zu informieren. Es konnte nicht ausbleiben, dass auf diesem Wege auch Kirche und Öffentlichkeit in Deutschland der schrecklichen Dinge gewahr wurden, die sich in Argentinien tagtäglich ereigneten.

Wie andere Einwanderer aus Deutschland, erbat auch Ellen Marx in ihrer verzweifelten Lage die Hilfe des Heimatlandes. Obwohl sie erfahren hatte, wer alles in der Deutschen Botschaft tätig war - viele von diesen Leuten seien keine "verehrungswürdigen Heiligen" gewesen, erinnert sie sich, es habe jedoch auch viele hervorragende und außergewöhnlich hilfsbereite Menschen dort gegeben - wandte sie sich auch an die deutsche Auslandsvertretung in Buenos Aires. Einer der außergewöhnlich hilfreichen Menschen sei der Konsul gewesen. Die Botschaft habe den hilfesuchenden Müttern auch einen Anwalt gestellt. Man bot ihnen auch an, nach Deutschland überzusiedeln, was sie aus mehreren Gründen ablehnten, u. a., weil die Kinder in Argentinien als Argentinier aufgewachsen waren. Darüber hinaus hatten die Emigranten ja noch "ein anderes Deutschland" in Erinnerung,

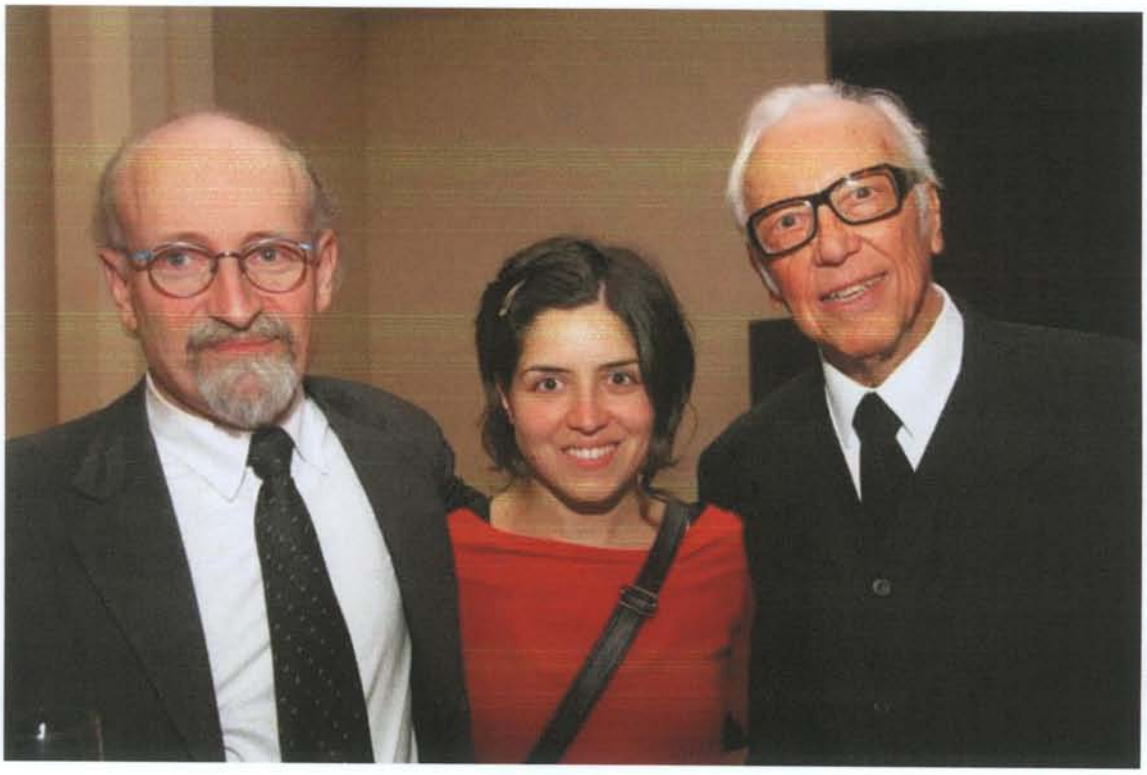
dessen menschenverachtender Gewaltherrschaft sie mit viel Glück gerade noch entronnen waren. Übrigens widerspiegeln sich die hier geschilderten Erfahrungen mit der deutschen Botschaft auch in einer Aktennotiz des Vortragenden Legationsrates Dr. Hampe in Bezug auf "die beachtliche Arbeit unserer Botschaft Buenos Aires." "In zahlreichen Fällen wurden unsere Wünsche nach Freilassung von Häftlingen erfüllt." (Hampe 1.8.77 - Abt. 3 300 - 321 ARG Ref. VLR I . Dr. Hampe)

10.) Zur politischen Einschätzung und Behandlung des Militärputsches in Argentinien durch die Bundesrepublik Deutschland

Wie man in diplomatischen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland die Lage in Argentinien einschätzte, läßt das folgende Exzerpt aus einem Bericht des Botschafters Jörg Kastl - "*Betr. Argentinischer Staatsstreich vom 24.3.76, hier: Möglichkeiten und Gefahren*" - deutlich erkennen. Der Botschafter wandte sich in seinem Schreiben vom 2.4.1976 an das AA "zur Unterrichtung" desselben über die aktuellen Vorgänge und die Lage in Argentinien und bemerkte u. a.: "Das reiche, ruhelose Argentinien, ein Eckpfeiler im erweiterten atlantischen Sicherheitsgefüge, Absatzmarkt und Rohstofflieferer, Heimat vieler deutscher Siedler und Vermögen und stets ein treuer Freund unseres Volkes - Argentinien steht wie achtmal zuvor in seiner kurzen Geschichte an einer Wende: Am 24. März glaubten seine Generäle wieder einmal, den Zivilisten die Macht im Staat entwinden zu müssen, den diese zerrüttet hatten. Ihr Eingriff verarmt nicht die Demokratie, denn der argentinische Kongress erwies sich als unfähig, mit verfassungsgemäßen Mitteln den Staat aus dem Abgrund zu retten ... Ihr Eingreifen war indessen unter den heutigen Umständen der einzig gangbare Ausweg aus der Sackgasse, denn das Ungestüm vieler Truppenoffiziere zwang die besonnene Spitze der Streitkräfte schon jetzt zur Tat... Die Streitkräfte setzten die öffentliche Ordnung mit fester Faust durch, doch die Faust steckt im Glacéhandschuh."

Nach weiteren Einschätzungen und Bewertungen der Generäle, die "an den Schuldigen [...] keine Rache zu üben" gedachten, die "aus den Fehlern General Pinochets in Chile" gelernt hätten und des Landes Bestes suchten, und die bereits nach einer Woche "fest im Sattel" sässen, stellt der Berichterstatter mit Befriedigung fest: "Videla und seine Mannschaft haben die erste Prüfung behende und mit Auszeichnung bestanden."

Zwar werde nach dem "Abnutzungseffekt der letzten Staatskrise""eine artikulierte parlamentarische Opposition als Alternative auf sich warten lassen", doch könnten die Generäle sich "auf die Sachkunde ihrer wirtschaftlichen Ratgeber verlassen und auf die bisher ungehobenen geistigen und materiellen Reserven des Landes. Sie rechnen daher auch mit dem handfesten Verständnis des Auslands, vor allem der



Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland." *(Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland,* Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber Horst Möller, Mitherausgeber Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen, R. Oldenbourg Verlag München 2007; *Botschafter Kastl, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt*, Schriftbericht Nr. 457 2. April 1976. Betr.:Argentinischer Staatsstreich vom 24.3.762; hier: Möglichkeiten und Gefahren, Bezug: Bericht vom 2.4.76 - Nr. 4543 S.97 ff.)

Die Analyse der Situation durch den Botschafter zeige allerdings auch glaubwürdig "die Klippen, die den Generälen bei ihrem Versuch entgegenstehen, das Ziel der Klasse zu erreichen, nämlich Argentinien endlich politisch und wirtschaftlich zu gesunden."

Der Berichterstatter bemerkte: "Der Terrorismus hat wieder mit seinen Morden begonnen." Unter dem 2.4.76 informierte die Botschaft das Bundeskriminalamt über die im März registrierten Terroranschläge im Lande: "Die Eskalation der Gewalt spiegelt sich in den hohen Zahlen der Statistik wieder." Anhand der verfügbaren Zeitungsmeldungen hatte man nicht weniger als 22 Bombenanschläge, 104 Schusswaffendelikte und 39 Entführungen registriert. Bei diesen Aktionen hatte es 130 Tote und 51 Verletzte gegeben. Im Vergleich zu den Zahlen des Vormonats hatten terroristische Akte stark zugenommen. Die Statistik für die Zeit vom 25. Mai 1973 bis Ende März 1976 wies nach offizieller Zählung 1358 Personen aus, die bei terroristischen Anschlägen ihr Leben verloren hatten. "Laut ausländischen Zeitungsberichten soll sich die Zahl der getöteten Personen sogar auf 2500 belaufen. Die argentinischen Terroristen konnten bisher durch Entführungen, Überfälle und andere Guerrillatätigkeiten 479 Millionen Dollar erbeuten, die sie zur Erschütterung der Regierungen lateinamerikanischer Länder benutzen", heißt es in dem Bericht.

Die Aufzählung möglicher Störfaktoren, die das Werk der Generäle gefährden könnten, - insbesondere marxistische Agitation, Anarchie, Peronismus, Nationalismus - veranlasste den Botschafter zu der äußerst merkwürdigen Frage: "Und droht nicht auch das wetterwendische, maffiose Naturell der Argentinier früher oder später das Streben der Generäle zu vereiteln, die auf geduldige Mitarbeit und öffentliche Sauberkeit angewiesen sind?"

Das Fazit seiner Darlegungen lautet: "Da auf absehbare Zeit die Alternative nur das Abgleiten dieses für uns wichtigen Landes in linksautoritäre Abenteuer ist, werden wir mit dem neuen Regime zusammenarbeiten müssen." Kastl vergisst nicht, hinzuzufügen: "Es hat den Anschein, dass unsere öffentliche und veröffentlichte Meinung die nüchterne Politik Videlas und seiner Kameraden zu honorieren bereit ist." In der ersten Zeit nach dem Umsturz in Argentinien mögen gewisse deutsche Medien eine Sicht der Dinge verbreitet haben, die sich dem argentinischen Exilierten Osvaldo Bayer, auf einen kurzen Nenner gebracht, so darstellte: *"Para los*

alemanes el peronismo de la Argentina era sinónimo de fascismo" - für die Deutschen war der Peronismus in Argentinien ein Synonym für Faschismus. Die Schlussfolgerung sei dann gewesen: "*Para muchos alemanes los militares argentinos habian hecho el golpe contra un gobierno fascista*" - in den Augen der Deutschen haben die argentinischen Militärs einen Staatsstreich gegen eine faschistische Regierung unternommen. Es liegt nahe anzunehmen, dass die "offizielle" Meinung - der Bonner Regierung und deren Auslandsvertretungen - der dergestalt "veröffentlichten" Meinung jedenfalls zunächst entsprach, zumal ja auch festzustellen ist, dass die "öffentliche Meinung" auch in Argentinien selbst durchaus heterogen war und, jedenfalls in der Praxis, zumindest eine gewisse "Ergebenheit" in die Lage der Dinge deutlich erkennen ließ. In der Bundesrepublik jedenfalls dauerte es wohl eine Weile, bis sich, u. a. gefördert durch die Aktionen der *Madres de la Plaza de Mayo* und ähnliche Initiativen in Argentinien, ein anderes Bild ergab, das Osvaldo Bayer auf den Nenner brachte: Es habe "dos Alemanias" - zwei Deutschland - gegeben:in *"la que luchaba por los Derechos Humanos y la otra miraba para el otro lado"* eines, das für die Menschenrechte kämpfte und ein anderes, das auf die andere Seite sah.

Mit der realistischen Einschätzung "unserer öffentlichen Meinung" tat sich die Diplomatie der Bundesrepublik Deutschland in Argentinien offensichtlich ebenso schwer wie mit der Analyse der Situation vor Ort. Sozusagen als ein kurzes Schlaglicht auf die "öffentliche Meinung" in dem oben zuerst genannten Teil der Bundesrepublik Deutschland sei auf Briefchen von Schülerinnen aus Wetzlar an den "Herrn Bundeskanzler" hingewiesen, in denen es hieß; "Zur Zeit befassen wir uns in Religion mit dem Thema Menschenrechte..." Die Absender weisen auf Verletzungen der Menschenrechte, besonders in Südamerika, hin und bitten darüber um Auskunft, "was die Bundesregierung bisher dagegen unternommen hat." (28.10.76) In einem ähnlichen Briefchen wird genauer spezifiziert: es gebe "Folterungen", "besonders in Brasilien, Argentinien und Chile" (29.10.76) Nach Eingang eines weiteren Briefleins aus Wetzlar (2.11.76) erfolgte die Beantwortung des Auswärtigen Amts an "katholische Religionsgruppen in Wetzlar."

Initiativen wie die der Gruppe jener Mütter, von welcher Frau Marx berichtet, hatten offenbar dazu beigetragen, dass "unsere öffentliche Meinung" Kenntnis von den entsetzlichen Dinge erhielt, die sich zu jener Zeit in Argentinien tagtäglich ereignet hatten. Andere Kanäle, über die entsprechende Informationen auch nach Deutschland - und zwar auch an die Instrumente der "veröffentlichten Meinung" - gelangten, trugen ihr Teil zu einer ungeschönten Unterrichtung der Bevölkerung bei; insbesondere *Amnesty International* hatte in der Bundesrepublik zur Meinungsbildung wesentlich beigetragen. Die Haltung der deutschen Sektion von AI sei offensichtlich auf Veränderungen an der Basis zurückzuführen, die den humanitären Charakter der Organisation in den Hintergrund treten lasse. Infolge des Mitgliederstroms aus der "Studentenbewegung" sei AI im Jahre 1976 "sehr viel

OEKUMENISCHES STUDIENWERK
GIRONDELLE 78-80

politischer geworden", hatte W. S. Heinz, (*Gewaltfreie Aktion* 1976, S. 58 ff.) konstatiert.

Was die von Botschafter Kastl betonte "nüchterne Politik Videlas und seiner Kameraden" anging, darf gesagt werden:

Es gab ohne jede Frage gewisse Indizien, die auch den Naivsten darauf schließen lassen mußten, dass der Terror nicht allein von "linksautoritären Abenteurern" ausging, sondern ebenso von der Staatsgewalt, doch muss es einem ordentlichen und unbedarften Bürger zweifellos außerordentlich schwergefallen sein, zu begreifen und einzusehen, dass sich die Ordnungsmacht verbrecherischer Mittel und Methoden bediente, um ihre Ziele zu erreichen. Dass der Botschafter nicht auf einer fernen Insel der Glückseligen oder in einem Wolkenkuckucksheim lebte, sondern ohne Frage mannigfaltig Kontakt zur politischen Realität im Lande hatte, beweisen Bemerkungen wie diese: "Vertraulich erfahre ich aus nicht zu überprüfender Quelle, dass seit der Machtübernahme der Militärs mehrere Tausende Extremisten "eliminiert" worden seien" (Kastl 6.7.76 an AA); andererseits konnten gewisse Signale der neuen Machthaber den klaren Blickt auf die Wirklichkeit sicherlich auch trüben: "Das argentinische Außenministerium hat unter dem Datum vom 30.9.76 die hiesigen Botschaften unterrichtet, dass unter Federführung des Unterstaatssekretariats für Auswärtiges im argentinischen Außenministerium eine "Arbeitsgruppe Menschenrechte" eingerichtet worden ist." (Kastl 26.10.76 an AA)

Die Militärs waren gerade in der Anfangszeit ganz besonders darauf bedacht, international nicht in den Geruch des "Pinochetismus" zu kommen. Das Beispiel Chile - Einpferchen der Festgenommenen in Fußballstadien und öffentliche Erschießungen etc. - sollte unter allen Umständen vermieden werden. Was sich in Santiago oder Viña del Mar bei hellem Tageslicht für alle sichtbar auf der Straße abgespielt hatte, sollte in Buenos Aires, La Plata oder Tucuman wie von Geisterhand in der Stille der Nacht geschehen. Die Nationale Kommission, die sich in Argentinien mit dem Verschwinden von Personen befasst, stellte fest, dass der *momento de la desaparición* zu 62% in der Nacht und zu 38% am Tage lag. Der "Ort des Verschwindens" war überwiegend - zu 62% - das eigene Domizil und zu 24% die Straße, während lediglich 0,4% der im Gewahrsam der Polizei oder des Militärs Befindlichen "verschwanden". (*NUNCA MAS Informe de la COMISION NACIONAL SOBRE LA DESAPARICION DE PERSONAS*. Buenos Aires 1985, S. 25 bzw. 29) Die Strategie der Militärs bestand ohne jede Frage darin, gezielt zweigleisig zu fahren: einerseits so öffentlichkeitswirksam wie möglich auf dem Weg der Rechtsstaatlichkeit, unter strenger Befolgung der Gesetze, aber auch - in größtmöglicher Heimlichkeit - parallel dazu, auf dem Weg der Gewalt und des Terrors. Bezeichnend für das Vorgehen der Repression ist die traurige Geschichte der Verschleppung der 24jährigen Tochter Mónica des militanten Katholiken Emilio F. Mignone am 14. Mai 1976. An jenem Tag drang eine schwerbewaffnete Gruppe

in die Wohnung der Familie, Avenida Santa Fe2949, 3-A, Buenos Aires, ein und nahm die junge Frau mit. Nie wieder haben die Eltern etwas von ihr gehört. (Emilio F. Mignone, *Iglesia y Dictadura*, Buenos Aires 1986) Zu den vordringlichsten Prioritäten der Putschisten gehörte es, die Oppositionellen möglichst rasch und stillschweigend "verschwinden" zu lassen. Wenn es dann Fragen gab, war es entweder so, dass "die linke Hand nicht wusste, was die rechte tat", oder aber, sie wusste es wohl, tat aber so, als wüsste sie es nicht.

Bereits eine Woche nach dem Staatsstreich, am 2. April, wurde Botschafter Kastl vom Außenminister der neuen Regierung, dem Konteradmiral Guzzetti, zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Dieser ließ den guten Willen Argentiniens zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland deutlich erkennen und es schien nichts zu geben, was diese an einer guten Zusammenarbeit hätte hindern sollen, wie anders sollte sich sonst das Hochgefühl des Botschafters erklären lassen, das in seiner bemerkenswerten Äußerung Ausdruck fand: "Die Bundesrepublik Deutschland heute in Argentinien zu vertreten, ist ein Vergnügen." ? Ganz folgerichtig heißt es dann in Kastls Schreiben vom 2.4.1976 an das AA "zur Unterrichtung" desselben über die aktuellen Vorgänge und die Lage in Argentinien: "Durch die rasche Erklärung unserer Bereitschaft, die amtlichen Beziehungen mit Argentinien fortzuführen, haben wir das bisherige Vorgehen der neuen Regierung honoriert. Weitere Beweise unseres Verständnisses und unseres Willens, mit ihr zusammenzuarbeiten, sollten schnell folgen. Ein Scheitern der Regierung würde den Weg zu Alternativen öffnen, die die freie westliche Welt schwächten. Unsere Interessen gebieten, das uns Mögliche zu tun, dies zu verhindern."

In einer, diesen Vorgaben entsprechenden, Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses und der Pflege beidseitiger Interessen fand dann - im Februar 1977 - auch der Besuch des argentinischen Stabschefs Admiral Lamburschini in Bonn statt. (In der ewig langen Liste des AA - Persönlichkeiten der Bereiche Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche etc. - figurieren, von besonderem Interesse für kirchliche Beobachter, auch die Namen Hengsbach (auf katholischer Seite) und (protestantischerseits) Dr. Held, vormals Präsident der EKALP, P. Hoppe, ebenfalls langjähriges Mitglied der Kirchenleitung in Argentinien, sowie Dr. Wischmann, Präsident des Kirchlichen Außenamts in Frankfurt/M.

Anders war es im Falle eines geplanten Besuch des Oberkommandierenden der argentinischen Marine und Juntamitglieds Admiral Massera in Deutschland gewesen, da hatte es geheißen: "Das Erscheinen eines Junta-Mitglieds kann in der deutschen Öffentlichkeit einen negativen Eindruck erwecken. Demonstrationen und eine unfreundliche Aufnahme in der Presse können nicht ausgeschlossen werden. Als Folge hiervon würde sich unter Umständen das positive Bild, das Admiral Massera von der Bundesrepublik Deutschland und von den Deutschen hat, trüben." "Unter diesen Umständen halte ich es nicht für angebracht, unsererseits in dieser Sache aktiv zu werden." (Botschaft an AA 25.11.76)

Admiral Massera ging es bei seiner Europareise in Spanien und Italien vorrangig um "Fregatten und / oder Werftindustrie". Entsprechend der Interessenlage der Regierung in Bonn revidierte die diplomatische Vertretung vor Ort ihr früheres Votum und ersuchte unter dem 24.11.77 das AA um Ermächtigung, Massera mitzuteilen, dass sein Besuch "in der *Bundesrepublik Deutschland* gern gesehen werde; zugleich hieß es jedoch: "Personenschutz ist im Hinblick auf die Verbindungen zwischen Terroristengruppen (wie "ERP" und "Montoneros") und den entsprechenden deutschen Gruppen nach hiesiger Auffassung erforderlich." [330 - 360. 90 6R6, 22.12.77] Dazu noch ein interessantes Detail: Auf Nachfragen beim argentinischen Außenministerium im "Fall Käsemann" erfolgte prompt die Reaktion, wie es denn um die Beziehungen der Bundesregierung (E. Bahr) zu den Montoneros stehe. (11.10.77 gemäß Abt. Dr. Hampe) Die Bundesregierung hat den Verdacht weit von sich gewiesen." (Hildegard Hamm-Brücher...)

Die "Interessen" waren auf beiden Seiten massiv. Auf diplomatischer Ebene war Harmonie angesagt. An "Störfaktoren" mangelte es nicht. Kritische Fragen kamen immer wieder, insbesondre vonseiten derer, die bei der Bonner Regierung wie auch bei den Vertretern ihres Landes im Ausland in Fällen krasser Menschenrechtsverletzungen ganz selbstverständlich Solidarität und effektiven Beistand suchten. Botschafter Kastl hatte ja - noch ein Zuckerl seiner sprachlichen Künste - einmal mit erkennbarem Stolz auf die "menschenrechtliche Missionsarbeit" der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Wie war es in der Praxis damit bestellt? Das Votum der seinerzeit aus dem Hitler-Deutschland nach Argentinien geflohenen Mutter einer "Verschwundenen", Frau Ellen Marx, stellt Angehörigen der deutschen Botschaft ein gutes Zeugnis aus, macht jedoch zugleich auch deutlich, dass nicht alle von ihnen "verehrungswürdige Heilige" gewesen sind.

Der in diesem Text bereits mehrmals genannte Exilierte Osvaldo Bayer berichtet (*ARGENTINA-ALEMANIA 150 AÑOS*), er sei 1976 - ohne Familie - aus dem Exil nach Argentinien zurückgekehrt, als *Isabelita* die Argentinier zur Wahl aufgerufen hatte; anstatt der Wahl kam jedoch der Putsch. Der erneuten akuten Gefährdung durch die AAA zum Trotz, blieb er im Lande. Als man allerdings den Polizeichef, einen Oberst der Armee, ermordet hatte, stellte die Truppe die Stadt auf den Kopf, durchsuchte mit brachialer Gewalt jedes einzelne Haus, wütete und terrorisierte die Einwohner rücksichtslos. In dieser extrem gefährlichen Situation begab sich Bayer zum Hause seines Freundes Gottfried Arens, Kulturattaché bei der Botschaft der Bundesrepublik in Buenos Aires, der ihn, mit Einverständnis des Botschafters, im Dienstwagen unter abenteuerlichen Umständen zu einem Lufthansa-Flug nach Ezeiza brachte. Die Maschine hatte seinetwegen eine Stunde gewartet. (S. 132ff. "*Cuando te sientas en peligro, venite a mi casa*") Das Angebot seines Freundes, des Kulturattachés der Deutschen Botschaft - "Wenn Du in Gefahr gerätst, komm in mein Haus" - und die Fluchthilfe durch die Botschaft hatten ihn gerettet; wie die Dinge lagen, hatten sie ihm aller Wahrscheinlichkeit nach das Leben gerettet. Wir wissen aber auch, und nennen dieses Beispiel im Sinne eines *pars pro toto*, um das

Drama der deutschen Studentin Elisabeth Käsemann und um die enttäuschenden Erfahrungen ihrer Angehörigen mit den zuständigen Stellen hüben und drüben. Wir haben aus dem Mund des Botschafters Jörg Kastl - im bereits genannten Filminterview mit Dokumentarfilmer Frieder Wagner - von jenem ominösen "Genschererlaß" gehört, nach dem es den Angehörigen der Botschaft untersagt worden sein soll, über derart heikle Themen wie den Fall Käsemann oder Zieschank entsprechende Informationen zu geben. Im Außenministerium der Republik Argentinien betrachtete man respektiv Anfragen als ungehörig. Es "empfindet die Behandlung bestimmter Punkte - vonseiten der UN-Menschenrechtskommission - als negativ und unzweckmäßig, da sie die Bestrebungen der argentinischen Regierung zur Wiederherstellung der nationalen Organisation und die Festigung der republikanischen Interessen in Frage stellen, zumal diese noch von dem subversiven und in aller Welt bekannten Terrorismus angefeindet wird", heißt es in einem MEMORANDUM. (Bonn 26.1.77)

In einer Information an die Botschaft in Buenos Aires durch das Auswärtige Amt - (Kontext UNO-Menschenrechtskommission [7.2.- 11.3.77]) - zum Thema "Bemühung um Freilassung Gefangener" wird eine Prioritätsliste übermittelt, in der an erster Stelle deutsche Staatsangehörige, an zweiter Stelle Deutsch-Argentinier, dann lateinamerikanische Flüchtlinge in Argentinien und am Ende Argentinier stehen, was genau den internationalen Regeln entspricht. So weit, so gut; Botschafter Kastl bemerkt allerdings in einem Schreiben "zur Unterrichtung" an das AA (2.3.77) "... Es verspreche größeren Erfolg, wenn sich die Argentinier selbst bei ihren heimatlichen Amtsstellen um das Schicksal ihrer Landsleute kümmerten, und zwar derart, dass die Regierenden immer ihr Gesicht wahren könnten, als wenn dies Ausländer täten, und dazu noch in der Öffentlichkeit." "Weder ist es den argentinischen Politikern noch uns gelungen, durch diskrete Vorstellungen die hiesigen Verantwortlichen durchweg zu gewissenhafterer Beachtung der Menschenrechte zu bewegen, noch läßt sich nachweisen, dass öffentliche Aktionen des Auslands diesem Ziel bisher geschadet hätten. Auf die Dauer sehe ich aber die Gefahr darin, dass weitere pauschale öffentliche Verdammungen des Auslands die heutigen Machthaber Argentiniens in ihrem Komplex, sie seien das einer Einkreisung der internationalen Linken bestärken und sie damit in ihren rücksichtslosen Unterdrückungsmethoden noch weiter verhärten können. Damit wäre das Gegenteil dessen erreicht, was wir wollen. Ich teile Dr. Balbins [Führer der Radikalen Partei] Auffassung, dass wir weiterhin unablässig aber differenziert und diskret vorgehen müssen, um Kurzschlusshandlungen wie die der argentinischen Reaktion auf die Kürzung der Militärhilfe der Vereinigten Staaten künftig zu vermeiden." Kastl sprach (25.3.77) von "offenkundig moralisierender Vermessenheit der heutigen Administration" der Vereinigten Staaten. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland sei erfolgreicher als die der Amerikaner, "weil wir uns um klar definierte Einzelfälle bemühen und meine Regierung sich auf dem Marktplatz mit generellen Anklagen zurückhält." Da war doch der Strauss-Besuch im November 1977 zu loben, der im Argentinischen Tageblatt unter der Schlagzeile "Keine

08/08/2007

Freiheit ohne Ordnung" freudigen Widerhall gefunden hatte! (18.11.77). Der Besuch des streitbaren bayerischen Ministerpräsidenten sei "positiv zu bewerten", kommentierte die Botschaft in Buenos Aires. (24.11.77) Eine Studienreise Wolf Grabendorffs, Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) registrierte man wohl distanzierter; es "dürfte sich um Einholen von Informationen ... handeln", heißt es in der Notiz. Der Eindruck, Grabendorff reise im Auftrag des AA sollte vermieden werden. (16.1.77) Der Besucher war international als "Lateinamerikanist" bekannt, der u. a. 1970 eine viel beachtete kritische Studie - *Lateinamerika . Wohin? Informationen und Analysen* - veröffentlicht hatte.

Am 21.4.77 schrieb Kastl an das AA, die Argentinier realisieren verwundert die zurückhaltende "verständnisvolle" Haltung gerade der Länder, deren Ideologie sie offen als tödliche Gefahr betrachten. Sie finden sich sozusagen gegen ihre eigenen Intentionen in einem gemeinsamen Lager mit Kommunisten und den Ländern der Dritten Welt, für die die internen Probleme Argentiniens zu fern liegen, um sie zum Anlass öffentlicher Polemik zu machen, und die meist auch, was die Beachtung der Menschenrechte angeht, "im Glashaus sitzen."

Angesichts der vorsichtigen, stets beschwichtigenden Haltung der Bonner Diplomatie konnten Schlagzeilen wie "Todesursache Schweigen" in der deutschen Presse ebensowenig ausbleiben wie der Vorwurf: Bundesregierung "duldete stillschweigend Abschlachten in Argentinien." (aus wirtschaftlichem Interesse). So fand die Anklage Niederschlag in den Akten der Botschaft (1.11.77).

Was sich in Argentinien abspielte, wurde von den diplomatischen Beobachtern im Prinzip unter der Feststellung subsumiert: "Von der Regierung nicht kontrollierte Aktionen rechtsradikaler paramilitärischer Verbände (die während des Machtvakuums unter Isabella entstanden." Sie seien der eigentliche Grund für das zweifellos vorhandene "Chaos", das es nun wirksam zu bekämpfen galt. Es war klar: "Unter solchen Umständen wurden oft keine Gefangenen gemacht." In den "Streitkräften" gab es überdies "Richtungskämpfe" zwischen "Tauben" und "Falken". Was auch immer geschah, stets hieß es beschönigend, die Militärregierung habe von Anfang an versucht, die Repression der Sicherheitskräfte und ihr Zusammenspiel mit dem Gegenterror von rechts zu unterbinden.

Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, sicherlich wesentlich geprägt durch die veröffentlichte Meinung, sah die Dinge überwiegend völlig anders. Für die Medien handelte es sich, was die Haltung der Diplomatie und der Bonner Regierung gegenüber der argentinischen Regierung anging, um eine zweckbedingte Optik, die letztlich von massiven wirtschaftlichen Interessen bestimmt gewesen sei. Diese Einschätzung kam dann in allen Medien, insbesondere in der Presse, immer wieder zur Geltung. Als pars-pro-toto-Beispiel sei hier der seinerzeit im SPIEGEL (35 / 2000) erschienene Artikel *ARGENTINIEN "Eine Menschheitsaufgabe"* von Mathias Matussek genannt. Dort wird, aufgehängt

am Fall des früheren Mercedes-Benz-Argentina-Angestellten Héctor Ratto, konstatiert, die Militärs hätten "die allerbesten Verbindungen zu den Firmenzentralen" gepflegt. "So wurde der Putsch im Daimler-Benz-Jahresbericht von 1976 als *wirtschaftliche und politische Stabilisierung* begrüßt." General Videla selbst hatte bei einer Pressekonferenz am 5.9.76 die über einhundert deutschen Firmen erwähnt, die mit einer Gesamtinvestition von 120 Millionen US$, im Lande tätig waren. Auch argentinische Autoren selbst sprechen von den *vinculaciones de Mercedes Benz y el golpe*, ein stilles Bündnis, das Gaby Weber unter dem Thema "*La conexion alemana*" besonders unter die Lupe genommen hat.

11.) Postscriptum: Ein Neubeginn

Der neugewählte Präsident Raul Alfonsin scheute sich nicht, nach seinem Amtsantritt sowohl Vertreter der *montoneros* und der Bewaffneten Revolutionären Kräfte wegen Mordes und Zugehörigkeit zu einer verbotenen Vereinigung unter Arrest stellen zu lassen als auch die Verantwortlichen für den „schmutzigen Krieg" im Lande sowie für die Malvinen-Katastrophe, auch aus den höchsten Rängen der Armee, verhaften und unter Anklage stellen zu lassen. Zu den Angeklagten gehörten nicht nur die militärischen Juntachefs seit 1973 - Videla, Viola, Galtieri, Bignone - sondern auch andere hohe Militärs wie Massera, Menendez oder Camps und auch Minister wie Martinez de Hoz.

Auch in Deutschland gab es eine Neuorientierung (Anzeigen, Haftbefehle zaghafte Erklärungen seitens bestimmter Politiker etc.)

Eine Synopse dieser Entwicklung findet sich in einer Notiz, die ich nach Sichtung einschlägiger Unterlagen der *Koalition gegen Straflosigkeit "Wahrheit und Gerechtigkeit für die deutschen Verschwundenen in Argentinien"* im Archiv des *Nürnberger Menschenrechtszentrums* dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Argentinien, Dr. Rolf Schumacher, nach unseren diesbezüglichen Gesprächen im August 2007 in Buenos Aires zur Kenntnisnahme zugeleitet hatte. Es entsprach auch seiner Auffassung, dass es notwendig sei, angesichts der Vorwürfe gegenüber der Botschaft und der deutschen Außenpolitik aus den Jahren der Militärdiktatur Einsicht in die Archive zu nehmen, denn die Fakten seien bisher nicht hinreichend aufgearbeitet worden. Im Verlauf unseres am 7.8.2007 im Palácio San Martín des argentinischen Außenministeriums begonnenen Dialogs, der dann brieflich weitergeführt wurde, teilte Dr. Schumacher mir u. a. mit:

"Die Botschaft beobachtet die Aufarbeitung der Militärdiktatur in Argentinien sehr genau. Auch wenn sie nicht Urheberin der Auslieferungsersuchen war (die Auslieferungsersuchen gehen formell auf Haftbefehle des Amtsgerichts Nürnberg

zurück), so betreut sie diese doch bis heute sehr entschlossen und konsequent. Darüber hinaus hat sich die Bundesrepublik im Fall von Elisabeth Käsemann dazu entschieden, als Nebenklägerin im Strafverfahren in Argentinien aufzutreten und nimmt damit international erneut - wie bei den Auslieferungsersuchen auch - eine Vorreiterrolle ein. Deutschland war das erste Land, welches Auslieferungsersuchen gegen ehemalige Machthaber stellte, und Deutschland ist auch das erste Land, welches eine Nebenklage in einem Strafprozess gegen Militärs der Militärdiktatur erhebt.

Die Botschaft bemüht sich ferner seit Jahren darum, den Angehörigen der Verschwundenen und der Militärdiktatur in Argentinien im Rahmen des Möglichen Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Gelände der Botschaft wurde eine Gedenktafel für die der Militärdiktatur, insbesondere für die deutschen , angebracht. Zuletzt haben wir uns dem Thema intensiv in unserer Publikation zu 150 Jahren deutsch-argentinischen Beziehungen gewidmet, die ich Ihnen mit gleicher Post zuschicke. Es besteht ein regelmäßiger Austausch zwischen Angehörigen der Verschwundenen und der Militärdiktatur und der Botschaft bzw. dem Auswärtigen Amt. Im Dezember wird in Buenos Aires von der Botschaft ein Strafrechtssymposium durchgeführt, an dem mehrere hundert Strafrechtler aus Deutschland und Argentinien teilnehmen werden. Das Thema eines Panels lautet: Strafrecht und das staatliche Verschwindenlassen von Menschen. Dieses Thema lag der Botschaft besonders am Herzen und ist deshalb auch in die Agenda aufgenommen worden ... all die vorgenannten Aspekte sind sicherlich noch kein "Zeichen" seitens der Botschaft oder des Auswärtigen Amtes in dem Sinne, wie Sie es meinen. Ich finde es aber gleichwohl mehr als erwähnenswert, was die Botschaft und das Auswärtige Amt in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Militärdiktatur geleistet hat. Nicht ohne Stolz möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass Menschenrechtsorganisationen mir gegenüber immer wieder betonen, wie wichtig das aktuelle Engagement der Botschaft für die juristische Aufarbeitung der Militärdiktatur in Argentinien ist..." (30.11.2007)

a.) Kritik am Verhalten der deutschen Botschaft in Buenos Aires

Die Essenz dessen, was in den Unterlagen der "*Koalition gegen Straflosigkeit*" zu diesem Thema zu finden war, wurde vom Vf. in einem Papier - Das Auswärtige Amt, die Botschaft in Buenos Aires und die Öffnung der Archive (Nürnberg, 5.11.2007) - kurz zusammengefasst:

Die Geschichte begann, als Angehörige deutscher der Militärdiktatur bei der deutschen Botschaft in Buenos Aires Einsicht in die Akten ihrer ermordeten Angehörigen zu nehmen wünschten. Zu diesen Angehörigen zählte u. a. Frau Idalina Tatter, die Schwiegermutter unseres früheren Flüchtlingsstipendiaten Dr. med. Juan Félix Bogado Gondra (Paraguay), deren deutschstämmiger Ehemann am 15. Oktober 1976 entführt worden war. Die Angehörigen hatten seinerzeit ihre

Unterlagen der Botschaft übergeben. Dabei spielte der argentinische Mayor Peirano, dem sie diese Dokumente seinerzeit ausgehändigt hatten, eine wesentliche Rolle.

Die Angehörigen deutscher und deutschstämmiger "Verschwundener", die sich in ihrer Not mit der Bitte um Beistand an die deutsche Botschaft gewandt hatten, wurden, wie es in den "Nürnberger Nachrichten" (9.10.03) unter Bezugnahme auf die Aussage von Ellen Marx, der Mutter eines der "Verschwundenen", an "angeblich informierte" Militärs verwiesen, die ihnen bei der Suche helfen sollten. "Darunter war auch ein Offizier, genannt "Major Peirano", der, wie sich später herausstellte, zum berüchtigten "Armeebattaillon 601" des militärischen Geheimdienstes gehörte." Als die Angehörigen "Verschwundener" dies 1998 geltend machten, erhielten sie seitens der Botschaft die Auskunft, es habe keinen Mayor Peirano gegeben.

In der argentinischen Presse erschien derweil ein Artikel unter der Überschrift: *"Una ayuda alemana para el genocidio."* Darin ist zu lesen - ich übersetze: "Die deutsche Botschaft erlaubte, dass "Major Peirano", ein Angehöriger des Nachrichtendienstes, in ihrem Amt Angehörigen von Verschwundenen "Beistand leistete". Diese vertrauten ihm, da sie verstanden, dass die deutsche Regierung für seine Zuverlässigkeit bürge.

Victoria Ginzberg kommentierte dies so: "Die deutsche Regierung hat anerkannt, dass während der letzten Militärdiktatur ein Agent des *Servicio de Inteligencia del Estado* (SIDE) in den Botschaftsräumen die Angehörigen Verschwundener empfing, um diesen bei der Aufklärung der Situation der behilflich zu sein, während "Major Peirano", wie er sich nannte, den Angehörigen in Wirklichkeit niemals half. Er befragte sie lediglich in der Diplomatischen Vertretung, in Anwesenheit der Ersten Konsuls Henning von Schlick, des Mittelsmannes zwischen den Personen, die nach einem Verschwundenem forschten ... Die deutschen Behörden bestritten, dass ein Angehöriger des argentinischen Militärs in der Botschaft in Buenos Aires gewirkt habe.

"Dieser Major Peirano gehörte niemals zur deutschen Botschaft in Buenos Aires; es ist jedoch korrekt, dass die damalige argentinische Regierung einen Major Peirano als vertrauenswürdigen Kontaktmann empfahl", gestand die deutsche Regierung in einem Brief vom 6. Januar, der gestern über die Agentur EFE bekannt geworden ist, zu ... Die deutsche Regierung lehnte den Zugang zu der von Rechtsanwalt Wolfgang Wiesheier beantragten Einblicknahme in das respektive Informationsmaterial ab, mit dem Argument, dass "Dokumente, die sich auf physische Personen beziehen, von Dritten erst dreißig Jahre nach dem Tode des Betroffenen benutzt werden dürfen." (Pagina/12)

1998 hatte die Koalition wider die Straflosigkeit die Angelegenheit entsprechend dokumentiert an den damaligen Außenminister Joschka Fischer weitergeleitet,

dessen Amt dann also im Januar 1999 erstmals die Existenz des besagten Majors Peirano bestätigte.

Die argentinische Presse vermeldete: "*Asi lo reconoció la cancilleria de Bonn*" - *Un militar argentino interceptó denuncias en la embajada alemana* (ein Angehöriger des argentinischen Militärs erlangte Informationen in der deutschen Botschaft): "Deutschland akzeptierte das Angebot der argentinischen Militärs, dass ein Offizier, Mitglied des Geheimdienstes des Heeres (SIDE) Vermittler für diejenigen Deutschen werde, welche sich zur Botschaft begaben, um angesichts der Repression für sich oder ihre Angehörigen Hilfe zu erlangen. (El Tribuno, 2.3.99) Oder, ein anderes Blatt: "*Como actuo durante la dictadura-*" "*Alemania reconoce sus culpas*" (Deutschland erkennt seine Schuld an): "Ich gebe zu, dass man zuließ, dass ein mutmasslicher Agent der SIDE in der Botschaft in Buenos Aires Anzeigen über Verschwundene erhielt. Ich sage, dass man dies in der Hoffnung getan hat, Hilfe für die und ihre Angehörigen zu erhalten." Der deutsche Außenminister anerkannte in einem Brief, dass ein Angehöriger des argentinischen Militärs, unter dem Namen "Major Peirano" bekannt, während der letzten Diktatur in seiner Botschaft in Buenos Aires Anzeigen über Verschwundene entgegengenommen hat. (Clarín, 25.2.99)

"Embajada Alemania en Argentina habia colaborado con dictadura"

Die deutsche Botschaft in Argentinien vertraute einem Militär der Diktatur die Entgegennahme von Anzeigen über verschwundene Familienangehörige von Besuchern an, von Deutschstämmigen, die sich zum Sitz ihrer diplomatischen Vertretung begeben hatten, um Hilfe zu suchen - dies berichteten am Dienstag die Frau eines der und einige Zeitungen. "Der Konsul selbst hatte uns gesagt, dass der (damalige Kommandeur des Heeres) General (Roberto) Viola der Botschaft einen "Major" zur Verfügung gestellt habe, um die Klagen entgegenzunehmen, erklärte Idalina Tatter, die Ehefrau eines der deutschstämmigen Verschwundenen, einem Lokalsender. Zum anderen berichteten lokale Medien darüber, dass auch der deutsche Außenminister in einem Brief zugegeben habe, in der deutschen Diplomatischen Vertretung in Buenos Aires sei ein als Major Peirano bekannter argentinischer Militär damit beauftragt gewesen, die Verschwundene betreffenden Anzeigen entgegenzunehmen. (Noticias Yahoo! - 25.2.99)

Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, Tom Koenigs, spricht (11.1.2006), von "einem ausführlichen Schreiben [des AA] aus dem Jahr 2000 an Frau Claudia Roth", in dem es u. a. heißt, "der Wunsch nach Öffnung der Archive sei von Familienangehörigen deutscher und deutschstämmiger auch gegenüber dem damaligen Bundespräsidenten Dr. Roman Herzog im Vorfeld seiner Argentinien-Reise geäußert worden. Daraufhin sei vom Auswärtigen Amt die Möglichkeit gegeben, in die jeweiligen Einzelfallakten ihrer Angehörigen in der Botschaft

Buenos Aires Einsicht zu nehmen. Eine generelle Offenlegung der Akten sei jedoch aufgrund der Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes erst nach Ablauf von 30 Jahren möglich. (Anm.: Akten aus dem Jahr 1976 ab 1.1.2007) ... Öffnung der Archive des Auswärtigen Amts grundsätzlich nur im Rahmen der Vorschriften des Bundesarchivgesetzes. Vorzeitige Akteneinsicht nur für Familienangehörige und nur in die ihre Angehörigen betreffenden Akten." "Ich bedauere sehr, schreibt Tom Koenig an Esteban Cuya, Koordinator der Koalition gegen Straflosigkeit, dass es demnach im Augenblick noch keine Möglichkeit gibt, Ihrem Wunsch zu entsprechen. Hoffentlich sehen Sie eine Perspektive darin, dass Sie im nächsten Jahr Zugang zu den ersten Akten aus dem fraglichen Zeitraum erhalten können".

Die argentinische Presse griff das Thema sogleich auf und machte entsprechende Schlagzeilen: Schlächter in der argentinischen Botschaft. "Pagina/12" war - März 1999 - der Frage nach der Identität des "Majors" Peirano oder - so soll sein *"nombre de guerra"* gelautet haben: *mayor Peña* - nachgegangen und hatte herausgefunden, dass sein richtiger Name Carlos Antonio Españadero war. Peyrano wurde seitens der Christlich Demokratischen Partei seines Landes durch eine öffentliche Anerkennung seiner Dienste für Argentinien ausgezeichnet.

Nach dem Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog in Argentinien 1999 wurde es auf dessen Betreiben den Müttern der Betroffenen gestattet, die entsprechenden Akten, die allerdings vorher entsprechend "aussortiert" worden waren, in Buenos Aires einzusehen.

Kopien der betreffenden Akten befinden sich im Auswärtigen Amt, Berlin. Von der Koalition gegen Straflosigkeit beauftragten Juristen gestattete man die Akteneinsicht nicht. Nach einer Appellation an die Justiz kam es zu einem Gerichtsbeschluss, nach dem den entsprechend befugten Juristen Akteneinsicht gewährt werden müsse.

Das AA verhinderte die Ausführung des Gerichtsbeschlusses, indem es auf einem "Vergleich" bestand, aufgrund dessen dann zwar den betreffenden Juristen, jedoch keineswegs auch einem anderen Personenkreis, generell Akteneinsicht gewährt wurde. Es handelte sich bei dem Vergleich sozusagen um eine Übereinkunft "*entre amigos*".

Im übrigen wurde, was die Akteneinsicht betrifft, auf die unbeschränkte Gültigkeit des "Bundesarchivgesetzes" verwiesen.

Das Verwaltungsgericht Berlin wies darauf hin, dass nach seiner Auffassung die Voraussetzungen des berechtigten Interesses der oder des Klägers bzw. deren Vertreter - nämlich Aufklärung über das Schicksal ihrer vermissten Angehörigen zu begehren - gegeben sein dürften. (8.5.2001)

Am 15.5.2001 schlug das Verwaltungsgericht Berlin vor, den Rechtsstreit gütig beizulegen und nannte als Bedingungen, die den Interessen beider Kontrahenten entsprächen, u. a. die Ermöglichung der Einsichtnahme der Angehörigen bzw. deren in Deutschland zugelassenen Bevollmächtigten in die Einzelakten, gegebenenfalls auch in einschlägige Akten, die sich direkt auf die Situation beziehen und die sich entweder im Auswärtigen Amt in Berlin oder in der Botschaft in Buenos Aires befinden, gegebenenfalls die Anfertigung von Fotokopien im Einvernehmen mit der die Akteneinsicht gewährenden Stelle, wobei sichergestellt sein müsse, dass eine Veröffentlichung jedweder Art dieser Dokumente nicht ohne die Einwilligung der Akteneinsicht gewährenden Stelle erfolgen werde.

In dem bekannten Fernsehinterview (2002) des seinerzeitigen Botschafters vor Ort, Jörg Kastl, erwähnte dieser auch ein "Logbuch", in welches er seinerzeit alle relevanten Fakten, die zu seiner Kenntnis gelangt waren, eingetragen habe. Bei seiner Vernehmung durch die Nürnberger Justiz hatte er außerdem einen "Genschererlaß" erwähnt, durch welchen den Botschaftsangehörigen untersagt worden sei, über bestimmte Vorgänge Auskünfte zu erteilen. Aus diesem Grunde habe er gegenüber Angehörigen leugnen müssen, vom Tode eines der deutschen der Diktatur zu wissen, obwohl ihm dessen Ableben bekannt gewesen sei. In dem Film "Todesursache Schweigen" hatte Kastl im Gespräch mit dem deutschen Dokumentarfilmer Frieder Wagner mit Bezug auf den "Fall Zieschank" erklärt: "Damals habe ich einen Geheimerlaß bekommen, von Genscher unterschrieben: "Wir wissen, er ist tot, und diese Nachricht haben Sie bei sich zu behalten, auch unter Androhung Ihrer sofortigen Abberufung." (Nürnberger Nachrichten, 9.10.03) - Nürnberg, 5. November 2007

b.) Weitere Details zum Thema "Botschafter Kastl und der Argentinische Staatsstreich" finden sich in der Sammlung *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland,* Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber Horst Möller, Mitherausgeber Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen, R. Oldenbourg Verlag, München 2007. Die einschlägigen Passagen wurden bereits unter Kap.10.) *Zur politischen Einschätzung und Behandlung des Militärputsches in Argentinien durch die Bundesrepublik Deutschland* zitiert.

Manches, was die politische Einschätzung und Behandlung des Militärputsches in Argentinien durch die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere ihre Aktuation in spezifischen Fragen und Situationen betrifft, konnte inzwischen genauer - und auch sine ira et studio - unter die Lupe genommen werden, ohne dass es allerdings zu einem wirklich befriedigenden Ergebnis gekommen wäre. Auf jeden Fall läßt sich nach wie vor deutlich erkennen, wie groß bei uns das Interesse an einer völligen Aufklärung der Dinge ist, die sich vor einer Generation in Buenos Aires zugetragen haben. Es wäre in der Tat extrem wichtig, in jeder Hinsicht Klarheit über die Dinge zu schaffen, die für spezifisch Betroffene und auch generell für die

deutsche Öffentlichkeit noch im Nebel liegen. Es müßte unser Ziel sein, ein "Zeichen" seitens des Auswärtigen Amts zu erhalten, aus dem ohne Wenn und Aber hervorginge, dass die Praxis der Auslandsvertretung hinsichtlich der Dinge, welche in Bezug auf die respektive historia immer wieder angeführt werden, schuldhaft gewesen ist, aus welchen Gründen auch immer.

Dabei geht uns nicht um eine Anklage, sondern, ganz im Gegenteil, darum, dass das odium, welches - unabhängig von all den bewundernswerten Initiativen, einzelnen Gefährdeten zu helfen - seit jenen Tagen auf der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires liegt, aus der Welt geschaffen werde. Als Theologe weiß ich, dass das Ziel, odium aus der Welt zu schaffen, nur dadurch erreicht werden kann, dass Schuld eingestanden wird. Und eine historische Schuld, darf man, wenn sie einmal anerkannt worden ist, gerechter- und fairerweise nicht auf alle folgenden Generationen übertragen. Dafür gibt es in meiner Generation viel Anschauungsstoff! Wir waren mitten drin, als seinerzeit die Diskussion um die "Kollektivschuld" begann, und haben uns dann - ohne Wenn und Aber - zu dem von Theodor Heuss geprägten terminus der "Kollektivscham" bekannt. Zuvor allerdings mußten die Fakten auf den Tisch, das war schmerzlich genug.

Literatur:

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber Horst Möller, Mitherausgeber Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen, R. Oldenbourg Verlag München 2007; *Botschafter Kastl, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt*, Schriftbericht Nr. 457 2. April 1976. Betr.:Argentinischer Staatsstreich vom 24.3.762; hier: Möglichkeiten und Gefahren, Bezug: Bericht vom 2.4.76 - Nr. 4543 S.97 ff.

Akten zur Auswärtigen Politik ..., Botschafter Kastl ..., a. a. O. S. 44

ARGENTINA - ALEMANIA 150 AÑOS, hrsg. von der *Embajada de la Repúblia Federal de Alemania* 2007

Bösenberg, Enrique, *Revista Parroquial de la IERP*, Marzo 2001

Clarín, 25.2.99

DER SPIEGEL 35/2000, Mathias Matussek, *ARGENTINIEN "Eine Menschheitsaufgabe"*

Die Suche nach Gerechtigkeit, Bd. I, 2005, Nürnberg, März 2005, Koalition gegen die Straflosigkeit, NMRZ, S. 44

Dorrego, Alejandro, Victor Azurduy, *El Caso Argentino, Hablan sus Protagonistas*, Editorial Prisma, S.A., Serie América Latina: Los actores, México 1977

Dressel, Heinz, Verfolgt um der Gerechtigkeit willen, Der Konflikt zwischen Staat und Kirche in Lateinamerika, Neuendettelsau 1979

Dressel, Heinz F., *Kirche und Flüchtlinge, Das Flüchtlingsprogramm des ÖSW Bochum*, Augsburg 1996

El Posperonismo, Editorial Legasa, BsAs 1986

El Tribuno, 2.3.99
Hampe 1.8.77 - Abt. 3 300 - 321 ARG Ref. VLR I . Dr. Hampe
Hector, Cary, Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika, Berlin 1964
Horowicz, Alejandro, *Los Quatro Peronismos*, Edhasa, Buenoss Aires 2007
Koutzii, Flávio, *Pedaços de Morte no Coração*, Porto Alegre 1984
Lanusse, Alejandro A., *Mi Testimonio*, Lima 1970
Mignone, Emilio F., *Iglesia y Dictadura*, Buenos Aires 1986
Niedergang, Marcel, The 20 Latin Anericas, Volume I, Baltimore, 1969
NUNCA MAS Informe de la COMISION NACIONAL SOBRE LA DESAPARICION DE PERSONAS. Buenos Aires 1985
Nürnberger Nachrichten, 9.10.03, 5.11.07
Polemica en la Iglesia, Bispos Argentinos y Sacerdotes del Tercer Mundo, ediciones búsqueda, Octubre 1970
STERN 187
Regime Eclesial de la Iglesia Evangelica del Rio de la Plata 1998
RETRATO POLITICO DE AMERICA LATINA, Fascicula II, Praga 1975
Techera, Walter, *Revista Parroquial de la IERP*, Abril 1996
Testimonio de la Solidaridad Internacional, Buenos Aires, Ministerio Relaciones Exteriores, Comércio Internacional y Culto, 2007
Timerman, Jacob, *Preso sin nombre, Celda sin número*, Nueva York 1981
Wikipedia Masacre_de_Trelew
2. Plan Quinquenal, ed. Presidencia de la Nación, Subsecretaría de Informaciones, BsAs 1953, pg.29